

15. Evangelische Landessynode

Stuttgart, 5. Juli 2014

08:30 Uhr

3. Sitzung

unter dem Vorsitz der **Präsidentin Schneider**, Inge
und des **Stellv. Präsidenten Stepanek**, Werner

Anwesend vom Oberkirchenrat: Landesbischof **July**, Dr. h. c. Frank O.; Direktorin **Rupp**, Margit; Prälaten **Mack**, Ulrich; **Rose**, Dr. Christian; **Stumpf**, Harald; Oberkirchenräte **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich; **Baur**, Werner; **Traub**, Wolfgang; **Hartmann**, Erwin; **Duncker**, Hans-Peter; **Kaufmann**, Dieter; Kirchenrat **Eberhardt**, Georg; Kirchenoberverwaltungsrat **Jakob**, Thorsten; Kirchenrat **Rieth**, Klaus

Sprecher der Landeskirche: **Hoesch**, Oliver

Fehlende Synodale: **Henrich**, Jutta; **Höschele**, Robby; **Knappenberger**, Dorothee; **Schick**, Isabelle

Gäste: Dr. Stefan **Meißner**, Vertreter des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart; Pfr. Volker **Fritz**, Vizepräsident der Landessynode in Baden; Dr. Christel **Hausding**, Mitglied der 11. EKD-Synode/Präsidentin der 14. Landessynode; Prof. Dr. Herbert **Lindner**, Pfarrer i. R. apl. Prof. f. prakt. Theol., Augustana-Hochschule Neuendettelsau; Prof. Dr. Gerhard **Wegner**, Institutsdirektor des Sozialwissenschaftlichen Instituts EKD; Pfr. Wolfgang **Kruse**, Team des Kirchentags 2015; Diana **Dickel**, Team des Kirchentags 2015; Wolfgang **Nebel**, Team des Kirchentags 2015; Ulrike **Kammerer**, Team des Kirchentags 2015; Monika **Johna**, Team des Kirchentags 2015

Inhaltsübersicht:

	Seite		Seite
I. Wahlen in den Sonderausschuss für Strukturfragen		Wegner, Prof. Dr. Gerhard	122
Präsidentin Schneider, Inge.	104	- A u s s p r a c h e -	
II. Projekt „Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose“		Präsidentin Schneider, Inge.	129
- B e r i c h t -		Sachs, Maïke	129
Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	105	Plümicke, Prof. Dr. Martin	130
Oberkirchenrat Kaufmann, Dieter	105	Eißler, Johannes	131
- A u s s p r a c h e -		Beck, Dr. Willi (Unisa)	132
Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	107	Jahn, Siegfried.	133
Veit, Hans	107	Hanßmann, Matthias	134
Mörke, Markus	107	Erbes-Bürkle, Sigrid	134
Mörk, Christiane	108	Reif, Peter	134
Stocker-Schwarz, Franziska	108	Keppler, Walter	135
Keppler, Walter	109	Stocker-Schwarz, Franziska	135
Trick, Werner	109	Münzenmayer, Markus	135
Kanzleiter, Götz	109	Wörner, Rolf.	135
Hinderer, Rainer.	110	Wingert, Thomas	136
Vogel-Hinrichs, Kerstin	110	Koepff, Hellger.	136
Daferner, Eberhard	110	Veit, Hans	136
Deitigsmann, Fritz	111	Hoffmann-Richter, Dr. Carola	136
Hirsch, Ulrich.	111	Hardecker, Dr. Karl	137
Koepff, Hellger.	111	Münzing, Kai	137
Oberkirchenrat Kaufmann, Dieter	112	Kanzleiter, Götz	137
		Mayer, Ute	137
		Wegner, Prof. Dr. Gerhard	138
III. Bericht zur wissenschaftlichen Auswertung der KGR- und Synodalwahl 2013		V. Überarbeitung der Agenden: „Die kirchliche Trauung“, „Die Heilige Taufe“, „Einführungen“	
- B e r i c h t e -		- B e r i c h t -	
Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	113	Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	139
Lindner, Prof. Dr. Herbert.	113	Hardecker, Dr. Karl mit Antrag Nr. 36/14.	139
Oberkirchenrat Duncker, Hans-Peter	119	- A u s s p r a c h e -	
- A u s s p r a c h e -		Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	140
Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	120	Jungbauer, Dr. Harry	140
Jahn, Siegfried.	120	Mühlbauer, Sr. Margarete	140
Koepff, Hellger.	120	Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich.	140
Braun, Wilfried.	121	Hardecker, Dr. Karl	140
Herrmann, Angelika	121	Veit, Hans	141
Fritz, Michael	121	Bleher, Andrea	141
Beck, Dr. Willi (Unisa)	121	Fritz, Michael	141
Lindner, Prof. Dr. Herbert.	121	(Abstimmung Annahme)	
IV. Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft		VI. Kirchentag 2015 in Stuttgart	
- B e r i c h t -		- B e r i c h t -	
Präsidentin Schneider, Inge.	122	Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	141
		Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich	141
		Pfr. Kruse, Wolfgang	142
		Dickel, Diana	144
		Nebel, Wolfgang	145
		Kammerer, Ulrike.	146
		Johna, Monika.	146

	Seite		Seite
- A u s s p r a c h e -		Präsidentin Schneider, Inge.	150
Stellv. Präsident Stepanek, Werner.	147	Braun, Wilfried.	150
Albrecht, Ralf.	147		
Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	147	Abstimmung über Antrag Nr. 10/14 (Annahme)	
VII. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Busan		IX. Förmliche Anfragen zu Kirchenasyl im Raum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg Übernahme (Nr. 01/15)	
- B e r i c h t e -		Präsidentin Schneider, Inge.	156
Präsidentin Schneider, Inge.	148	Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich.	156
Kretschmer, Dr. Harald	148		
Kirchenrat Rieth, Klaus	149	X. Abschluss durch den Landesbischof	
VIII. Zuwahl Jurist/Juristin auf Vorschlag Gesprächskreis Kfm		Präsidentin Schneider, Inge.	157
- B e r i c h t -		Bleher, Andrea	158
		Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	158

Präsidentin Schneider, Inge: Herzlichen guten Morgen. Vielen Dank an unseren super Posaunenchor. Sie können so gut spielen, als ob sie schon immer zusammen spielen würden, und es war der erste Auftritt. Vielen Dank Hans Veit für seine Andacht.

Wir haben einen neuen Gast. Herr Fritz, Vizepräsident unserer badischen Schwestersynode, ist hier eingetroffen. Herr Fritz, wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sein können. Sie sind den langjährigen Synodalen sehr bekannt, weil Sie schon lange in diesem Amt sind und mit großer Zuverlässigkeit zur Synode nach Württemberg kommen. (Beifall)

Sie waren bereit, heute ein Grußwort zu sprechen. Ich freue mich jetzt auf Ihr Grußwort von der Badischen Landeskirche.

Fritz, Volker: Frau Präsidentin, Herr Landesbischof, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder! Zunächst danke ich sehr herzlich für die Einladung. Es tut mir leid, dass ich die letzten beiden Male nicht konnte. Einmal hatten wir selbst Tagung, und einmal war das gesamte Präsidium bei einer Bezirksvisitation.

Ich grüße Sie herzlich von unserer Präsidentin aus der Landeskirche und aus der Landessynode, auch von unserem neuen Bischof. Wir sind in Baden zurzeit tatsächlich immer noch im Umbruch. Im Gegensatz zu Ihnen, die die Landessynodalen direkt wählen, werden sie bei uns per Delegation über die Bezirkssynoden bestimmt, und das dauert länger.

Unsere Landessynode wird sich im Oktober konstituieren. Wir werden dann auch eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten nach 18 Jahren Präsidium von Frau Fleckenstein haben. Wir haben seit 1. Juni einen neuen Landesbischof. Also, alles im Übergang.

Was uns bewegt, sind zwei Fragen. Die eine Frage dreht sich um Friedensethik. Wir haben in einem langen Prozess durch die Kirchenbezirke hindurch aufgrund einer Eingabe in die Landessynode eine friedensethische Diskussion angestoßen, haben dann einen Studientag der Landessynode im Juni letzten Jahres gestaltet, übrigens auch mit württembergischer Mithilfe, und haben dann im Herbst einen Diskussionsbeitrag der Badischen Landeskirche zum Thema Frieden verabschiedet. Ich habe Ihnen fünf Exemplare mitgebracht, aber Sie können gerne noch mehr Exemplare haben. Wir laden nämlich alle Kirchen, alle befreundeten und auch andere Kirchen, ein, sich diesem Prozess des Nachdenkens über den Frieden anzuschließen.

Worum geht es im Einzelnen? Sie kennen vielleicht alle die Denkschrift von 2007. Ich frage Sie jetzt nicht, ich habe bei uns auch nicht gefragt, wer sie wirklich gelesen hat oder wer sie nur im Bücherschrank stehen hat. Das ist das Problem bei diesen Friedensdenkschriften, bei diesen vielen Dingen, die geschrieben werden, dass sie in der Regel so lang sind, dass man sich viel Zeit nehmen müsste, um sie wirklich zur Kenntnis zu nehmen.

Was uns wichtig war: Es muss weitergehen in dieser Frage, und zwar steht in dieser Friedensdenkschrift, das wurde von einigen auch sehr kritisch bemerkt, dass militärische Einsätze die Ultima Ratio sind. Es ist uns in der Diskussion deutlich geworden, dass in der Politik die

militärischen Einsätze inzwischen nicht Ultima Ratio sind, sondern augenscheinlich das Mittel der Politik wenn man nicht mehr weiter weiß.

Uns geht es darum, dass im Gespräch mit der Politik, aber auch im Gespräch untereinander, auch in der Erziehung deutlich wird: Es gibt zivile, es gibt gewaltfreie Mittel der Konfliktlösung. Die kann man lernen, das kostet Zeit, das kostet vor allen Dingen Geduld. Da möchten wir ran auf verschiedenen Ebenen.

Wir haben uns selbst verpflichtet, dass wir dieses Thema in der Synode immer wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir haben uns dann auch klargemacht, da war am letzten Wochenende gerade eine große Tagung innerhalb der Badischen Landeskirche, dass Frieden sehr viel mit Gerechtigkeit zu tun hat, Gerechtigkeit, die dann auch Auswirkungen hat auf unseren Lebensstil. Momentan leben wir ja alle, wenn wir ehrlich sind, auf Kosten anderer, und die sich andeutenden Klimaveränderungen machen uns hier in Süddeutschland relativ wenig aus. Das war jetzt z. B. in Nordrhein-Westfalen schon wieder anders. Aber das führt dazu, dass in der Karibik Inseln in absehbarer Zeit verschwinden werden, Lebensgrundlagen, wenn wir unseren Lebensstil nicht ändern. Das gehört für uns auch zum Thema Frieden. Da sind wir dran und versuchen, das mit zu bedenken, auch z. B. im Kontext der vielen Jubiläen, die es in diesem Jahr gibt: zweimal Kriegsausbruch, einmal Fall der Mauer und nicht zu vergessen Barmen. In Barmen V steht, dass nicht nur die Regierenden, sondern auch die Regierten Verantwortung für das haben, was in unserer Welt geschieht. Das sind die Themen, die uns momentan beschäftigen.

Als ich in früheren Zeiten hierhergekommen bin, bin ich immer wieder gefragt worden: Was macht die Zusammenarbeit zwischen Württemberg und Baden? Die Älteren unter Ihnen wissen vielleicht noch, dass da auch einmal das Gespenst einer Fusion umging. Keine Angst, ich denke, das ist ausgestanden. Ich selbst bin, das sage ich ganz offen, kein Freund von großen Einheiten, aber sehr wohl ein Freund guter Kooperationen. Es kooperieren auch die Präsidien immer wieder. Es gibt da eine kleine Stadt im Süden Baden-Württembergs, Villingen-Schwenningen, da gibt es eine gemeinsame Klinikseelsorgerin, die halb badisch, halb württembergisch arbeitet. Ich weiß zwar nicht, wie man das trennen kann, aber das ist so eine wunderbare Form gemeinsamer Zusammenarbeit.

Ich bin zum ersten Mal in diesem Raum hier und wünsche Ihnen, dass Ihnen nicht passiert, was uns nach dem Umbau passiert ist, dass nach den ersten Sitzungen fast alle mit Erkältungen nach Hause kamen, weil uns die Klimaanlage so aufgewühlt hat. Es hat ein paar Sitzungen gebraucht, bis es richtig funktionierte.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Tagung heute Gottes Segen, danke.

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Fritz.

Herr Fritz, Sie wissen gar nicht, wie genau Sie unseren Nerv getroffen haben, denn gestern Morgen in der aktuellen Stunde haben wir über die Kampfdrohnen diskutiert, auch das große Thema Frieden, und eines unserer Schwerpunktt Themen 2016 wird das Thema: Friede,

(Präsidentin Schneider, Inge)

Gerechtigkeit und Eine Welt, sein. Von daher liegen wir mit der badischen Landeskirche auf einer Linie. Wir hoffen, dass es zu einer guten Zusammenarbeit kommt, und werden natürlich schauen, was Sie verabschieden. Wir brauchen ja nicht alles von Grund auf selbst erarbeiten, wenn die badische Landeskirche schon daran gearbeitet hat. Vielen Dank für Ihren Hinweis.

Damit kommen wir zur heutigen Tagesordnung. Wir haben ja noch einige Reste von gestern. Ich möchte diese Reste von gestern an den heutigen Schluss legen, weil wir ja öffentlich eingeladen und Themen haben, die die Leute hoffentlich interessieren. Dann ist es gut, wenn wir in den Zeiten bleiben. Ich denke, wir werden ca. 20 Minuten länger brauchen. Vielleicht können wir es ja irgendwo noch aufholen, aber ich denke, mit 20 Minuten Verlängerung heute Nachmittag werden wir hinkommen.

Wir steigen in die Tagesordnung ein und haben als Erstes den Tagesordnungspunkt 7: **Wahlen in den Sonderausschuss für Strukturfragen**. Ich habe Ihnen gestern schon die Namen vorgelesen und Sie gebeten, damit einverstanden zu sein, dass wir en bloc abstimmen. Ich lese Ihnen noch einmal die Namen vor und lasse dann en bloc abstimmen.

Der Ältestenrat schlägt folgende Mitglieder in den Strukturausschuss vor: Martin Allmendinger, Elke Dangelmaier-Vinçon, Michael Fritz, Andrea Bleher, Eva Glock, Ernst-Wilhelm Gohl, Matthias Hanßmann als Vorsitzenden, Dr. Karl Hardecker, Dr. Friedemann Kuttler, Philippus Maier und Prof. Dr. Martin Plümicke.

Wer von Ihnen kann diesem Vorschlag zustimmen, und diese Menschen wählen? Wie ich das sehe, ist das einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? 1 Enthaltung.

Damit sind Sie bei einer Enthaltung gewählt. Ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl und wünsche dem Sonderausschuss, der wirklich eine schwierige Aufgabe vor sich hat, viel Weisheit und Gottes Segen für seine Arbeit. Vielen Dank.

Damit habe ich meinen Part beendet. Herr Stepanek wird nun die Sitzungsleitung übernehmen.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Liebe Synode! Ich begrüße Sie sehr herzlich. Wir haben eine ganze Reihe von hochinteressanten Tagesordnungspunkten, auf die wir gespannt sein können und auf die wir uns auch freuen dürfen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf: **Projekt „Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose“**. Dies ist ein viel beachtetes Projekt des Diakonischen Werks Württemberg. Auch in der Öffentlichkeit hat man dieses Projekt sehr wohl beobachtet.

Wir dürfen jetzt gespannt sein, was uns Oberkirchenrat Kaufmann berichten kann. Ich darf Sie bitten, das Wort zu ergreifen.

Oberkirchenrat **Kaufmann, Dieter:** Sehr geehrte Synode! Die Landessynode hat im November vergangenen Jahres beschlossen, 500 000 € für ein Förderprogramm der Landeskirche zur Verfügung zu stellen, um daraus

Beschäftigungsgutscheine für langzeitarbeitslose Menschen zu finanzieren. Die Nachfrage war so groß, dass mit Jahresbeginn schon nach wenigen Monaten die Mittel gebunden waren. Ich berichte daher gern von den Erfahrungen mit dem Förderprogramm auf dem Hintergrund der Zielsetzungen.

Es wurden 181 Beschäftigungsmaßnahmen bewilligt. Damit konnten insgesamt 45 umfangreiche bis vollzeitige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, 15 davon durch Kofinanzierungsmodelle (PAT, SGB II, SGB VII, SGB XI, SGB XII) und 30 Beschäftigungsverhältnisse durch Kombination mit Eigenmitteln und wirtschaftlichen Erträgen. 117 Gutscheine werden im Rahmen von Ehrenamtszuschüssen umgesetzt. Arbeitsfelder sind hier Pflege von Grünanlagen, Sozialkaufhäuser u. a. Dabei gibt es auch Teilaufträge in Kirchengemeinden.

Im Evangelischen Gemeindeblatt vom 18. Mai blickte Herr Fischer einem zuversichtlich entgegen. Er war lange Zeit arbeitslos. Die Evangelische Kirchengemeinde Aldingen hat ihn durch einen Beschäftigungsgutschein für einige Stunden für Hausmeistertätigkeiten anstellen können. Rund um Kirche und Gemeindehaus ist er zusätzlich im Einsatz. „Es ist ein gutes Gefühl, gebraucht zu werden“, sagt er. „Ich habe hier eine zweite Chance bekommen. Die will ich nutzen.“ In Aussicht steht, dass er nach Renteneintritt der Mesnerin eine feste Anstellung bekommen kann. Wenn man ihn persönlich erlebt, ist es wirklich genau so, wie wir es uns vorstellen: Er bewährt sich und bekommt daraufhin die Anstellung.

Über den Gutschein hat Herr Fischer wieder eine Beschäftigung gefunden. Er gehört zu über einer Million Arbeitslosen in Deutschland, die seit mehr als einem Jahr keine Arbeit finden konnten. Wer lange Zeit arbeitslos ist, sieht für sich keine Perspektive mehr, kommt sich nutzlos vor, wird häufig krank. Darunter leidet die ganze Familie. „Wenn ich ein paar Tage zu Hause sitze, fällt mir die Decke auf den Kopf“, sagt Frau H. aus Heilbronn, eine von ihnen. Sie wollen arbeiten, möchten einen Tag mit Struktur, möchten einfach leben und arbeiten wie andere auch. Das zeigt auch die große Nachfrage nach den Beschäftigungsgutscheinen.

Das ist das erste Ziel des Förderprogramms: Langzeitarbeitslose Menschen erfahren Solidarität und werden konkret unterstützt. Sie können wieder einer Beschäftigung nachgehen und sich einbringen. Die Beschäftigungsgutscheine machen es möglich. Selbstverständlich achten wir dabei darauf, dass damit keine staatlichen Leistungen ersetzt werden. Deshalb werden Beschäftigungsgutscheine bis zu 500 € für einen Zeitraum von maximal zwölf Monaten ausgegeben, das heißt bei Empfängern von Arbeitslosengeld II nur so viel, wie als Freibetrag für einen Zuverdienst nicht angerechnet wird.

Das zweite Ziel ist, dass Kirchengemeinden die Situation von langzeitarbeitslosen Menschen stärker wahrnehmen. Das ist schon in den ersten Monaten in erfreulicher Weise gelungen. Rund 180 Beschäftigungsgutscheine wurden von oder über Kirchengemeinden eingelöst. Vielfach konnten langzeitarbeitslose Menschen sich in Gemeinden vorstellen, Gottesdienste wurden zum Thema gestaltet, und dabei konnten viele von ihrem nicht einfachen Alltag ohne Arbeit erzählen.

(Oberkirchenrat **Kaufmann**, Dieter)

So kam Frau E. für eine Kirchengemeinde im Kirchenbezirk Freudenstadt in den Blick. Sie ist alleinerziehend mit zwei Kindern, eines davon ist behindert. Deshalb ist sie schon längere Zeit arbeitslos. Über den Beschäftigungsgutschein kann sie zeitweise in der Kirchengemeinde mitarbeiten und findet so wieder Anschluss.

Das dritte Ziel ist, dass Kirchengemeinden und Beschäftigungsträger der Diakonie neue Formen der Zusammenarbeit erproben. Auch hier sind wir gut vorangekommen. In den meisten Fällen haben die Beschäftigungsträger Anstellung, Beratung, Begleitung und Abrechnung übernommen und damit die Kirchengemeinden entlastet. Damit ist auch ein Anliegen der Synode aufgenommen worden, dass die Beschäftigungsträger ein Unterstützungszeichen bekommen.

Langzeitarbeitslose Menschen haben oft gesundheitliche Beeinträchtigungen und sind psychisch nicht so stabil. Da ist es gut, wenn sie in Serviceteams bei einem Beschäftigungsträger arbeiten können und in der Tagesstrukturierung begleitet werden. So können Frau S. in der Verwaltung und Herr B. in der Garten- und Landschaftspflege im Heilbronner Raum beschäftigt und unterstützt werden. Nicht immer ist diese Unterstützung erfolgreich. Es kommt auch vor, dass ein Beschäftigungsverhältnis wegen langer Krankheit oder aus einem anderen Grund beendet werden muss.

Wir hatten gehofft, dass wir mit den Beschäftigungsgutscheinen über Kofinanzierungen zahlreiche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen könnten. Dies ist nur teilweise gelungen, weil in den Jobcentern kaum mehr freie Mittel für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen und die Bedingungen verschärft.

Gelungen ist es beispielsweise bei Herrn C. Er wohnte in einer Obdachlosenunterkunft im Landkreis Freudenstadt. Beim dortigen Beschäftigungsträger hatte er eine sozialversicherungspflichtige Anstellung, die nun mit dem Beschäftigungsgutschein und einer dreijährigen Förderung durch das Jobcenter für ihn eine Perspektive bis zur Verrentung bietet. Das Arbeitsverhältnis stabilisiert seine Situation. Er hat geheiratet und lebt in einer Wohnung in Freudenstadt. Er restauriert Möbel und schafft so neue Werte. Er lebt und liebt seine Arbeit.

Dieses und ähnliche Beispiele im Förderprogramm zeigen: Mit zusätzlicher Förderung ließen sich viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen. Das ist das vierte und politisch bedeutsame Ziel: Mit diesem Förderprogramm wollen Kirche und ihre Diakonie die Kampagne Pro Arbeit öffentlichkeitswirksam unterstützen und dafür gangbare Wege aufzeigen. Die Landessynode hat sich im vergangenen Jahr ausdrücklich hinter diese Kampagne gestellt.

Um öffentlich geförderte Beschäftigung voranzubringen, hat die Diakonie Württemberg vor Jahren das Modell eines Passiv-Aktiv-Transfers entwickelt. Der Grundgedanke dabei ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Alle Leistungen von Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft werden zusammengefasst und in einen Lohnkostenzuschuss umgewandelt. Also: Aktive Teilhabe an Arbeit statt passiver Empfang von Leistungen aus dem

SGB II. Selbstverständlich muss bei der Ausgestaltung darauf geachtet werden, dass keine Mitnahmeeffekte und keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Aber das kann durch klare Regelungen vermieden werden.

Ein Rechenbeispiel kann dies veranschaulichen. Passive Hartz IV-Leistungen in Höhe von durchschnittlich 888,01 € (382,00 € Regelleistung; 350,00 € Kosten der Unterkunft; 156,01 € Kranken- und Pflegeversicherung) plus Markterlöse oder öffentliche Zuschüsse in Höhe von 804,33 € ergeben Bruttolohnkosten von 1 692,34 €. Davon fließen an die öffentliche Hand 473,26 € zurück (Abgabe Steuern 91,32 €; Rentenversicherung 285,86 € sowie Kranken- und Pflegeversicherung 252,09 € abzüglich 156,01 € gesparter Kranken- und Pflegeversicherung). Dem Arbeitnehmer, der Arbeitnehmerin bleiben bei diesem Passiv-Aktiv-Transfer 1 063,07 €, bei Hartz IV nur 732,00 €.

Dieses Modell hat inzwischen viele Fachleute und auch zunehmend die Politik überzeugt. Das Land Baden-Württemberg erprobt diesen Ansatz im Rahmen seines Landesarbeitsmarktprogrammes. Bei der 9. Gemeinsamen Tagung der Geschäftsführungen der Jobcenter in Baden-Württemberg erklärte am 20. Februar dieses Jahres Ministerialdirektor Lämmle vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren mit Hinweis auf das Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“ und das dabei angewandte erfolgreiche Modell eines Passiv-Aktiv-Transfers: Mit diesem Modell „belegen wir, dass es möglich ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Inzwischen haben über 560 langzeitarbeitslose Menschen mit zum Teil erheblichen Vermittlungshemmnissen wieder einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gefunden, mehr als die Hälfte von ihnen in der privaten Wirtschaft.“

In Tuttlingen konnte Frau E. eine Beschäftigung im Tafelladen und im Café Kännchen vermittelt werden. Ermöglicht wurde dies durch eine kombinierte Finanzierung von Jobcenter, Landesarbeitsmarktprogramm und Beschäftigungsgutschein. Das Café Kännchen ist ein Ort der Begegnung, offen für alle Menschen. Hier bereitet Frau E. das Mittagessensangebot vor, backt Kuchen und organisiert den gesamten Cafébetrieb.

Auch auf der Bundesebene erfährt dieser Ansatz inzwischen eine breite Unterstützung. So tritt der Deutsche Städtetag nachdrücklich für öffentlich geförderte Beschäftigung ein. In einem Positionspapier vom 10. September 2013, Öffentliche Beschäftigung – Teilhabe am Arbeitsmarkt – Kommunale Eckpunkte, erklärt er: „Angesichts der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Folgen sehen die Städte in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine herausragende Aufgabe für die Zukunft ... Eine ausreichende und flexibel gestaltete öffentlich geförderte Beschäftigung ist dabei ein unverzichtbares Instrument, um arbeitsmarkterferne Zielgruppen und Geringqualifizierte, die nicht mehr am Arbeitsmarkt nachgefragt werden, an Beschäftigung teilhaben zu lassen Sie ist damit ein Beitrag zur sozialen Inklusion, denn sie verhindert, dass Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden ... Die vielfach diskutierte Idee, Leistungen zum Lebensunterhalt zur Förderung von Beschäftigungsverhältnissen umzuwidmen (sog. Passiv-Aktiv-Transfer), erscheint sinnvoll ... Wenn ein dauerhafter Leistungsbezug droht, kann mit dieser einfa-

(Oberkirchenrat **Kaufmann**, Dieter)

chen Lösung eine Integration in Arbeit gefördert werden, eine Investition, die sich letztlich rentiert.“

Der Deutsche Städtetag stellt zu Recht heraus, dass sich das Modell eines Passiv-Aktiv-Transfers gesamtgesellschaftlich rechnet. Kosten wegen Erkrankungen werden erheblich reduziert, gleichzeitig fließen wieder umfangreiche Beiträge in die Sozialversicherungssysteme. Armut und Ausgrenzung werden überwunden und Altersarmut wird vorgebeugt. Nicht zuletzt werden Kaufkraft und Binnennachfrage merklich erhöht. Doch vor allem: Es gewinnen die langzeitarbeitslosen Menschen und ihre Familien. Sie können sich einbringen und haben wieder eine Perspektive. Kinder erleben eine neue Zuversicht der Eltern.

Um welche arbeitsmarktferne Zielgruppe unter den über eine Million langzeitarbeitslosen Menschen geht es in besonderer Weise? Das Institut für Bildungs- und Sozialpolitik (IBUS) der Hochschule Koblenz sieht in den Arbeitslosen, die über drei Jahre hinweg zu mehr als 90 % nicht gearbeitet haben, die Zielgruppe, für die öffentlich geförderte Beschäftigung die einzige Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben ist. Sie haben mehrfache Vermittlungshemmnisse wie gesundheitliche Einschränkungen, fehlende Schul- und Ausbildungsabschlüsse oder geringe Qualifikationen. Es geht nach Berechnungen des Instituts von Prof. Dr. Stefan Sell um 435 000 Menschen, die trotz ihrer aussichtslosen Lage eine anhaltend hohe Arbeitsmotivation haben. Mit ihnen zusammen leben 300 000 Kinder, die von der Situation ihrer Eltern betroffen sind.

Als evangelische Kirche mit ihrer Diakonie sagen wir: Diese Menschen dürfen nicht abgeschrieben werden. Es ist ein Skandal, sie nur noch als Bezahlkunden in den Jobcentern zu führen. Deshalb kämpfen wir für öffentlich geförderte Beschäftigung. Sie wollen arbeiten, sich einbringen und selbst für sich und die Familie sorgen können. Ihnen so eine Perspektive zu ermöglichen ist ein Hoffnungszeichen für ihr Leben. Dafür treten wir ein in unserer diakonischen Verantwortung als Kirche. Es ist ebenso ein Akt der Menschlichkeit, der unserer reichen Gesellschaft gut ansteht. Dass sich öffentlich geförderte Beschäftigung auch noch rechnet, ist eine volkswirtschaftliche Zugabe.

Mit weiteren Mitteln, die die Landessynode bereitstellt, 500 000 € für 2014 und weitere 500 000 € für 2015, ermöglicht sie Kirchengemeinden ein Zeichen der Verbundenheit mit langzeitarbeitslosen Menschen zu setzen und diese konkret zu unterstützen. Damit unterstreichen Kirche und ihre Diakonie die politische Botschaft: Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen in unserem Land.

So sagt Frau E. über ihre Arbeit im Café Kännchen in Tuttlingen: „Ich fühle mich so befreit, nichts mehr mit der Arbeitsagentur zu tun zu haben. Ich verdiene mein Geld selbst, brauche mich nicht mehr für alles zu rechtfertigen. Die Arbeitsgebiete bereichern mein Leben, und ich kann selbst auch etwas zurückgeben. Auch mein Sohn ist sehr stolz, dass seine Mama arbeitet. Das Gefühl der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben tut einfach gut.“

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Oberkirchenrat Kaufmann! Wir haben jetzt Gelegenheit zur Aussprache.

Veit, Hans: Herr Präsident, liebe Synode! Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen in unserem Land. Ja, das stimmt.

Man kann auch das eine nicht gegen das andere ausspielen. Mich beschäftigt gerade sehr, dass wir auch für Jugendliche oder junge Erwachsene im Übergang in die Arbeitswelt öffentlich geförderte Beschäftigungen brauchen. Diese Woche kam eine junge Frau aus Berlin zu uns. Sie ist in den Süden gezogen. Sie hat eine Ausbildung als Sozialassistentin. Ich kannte diese Bezeichnung nicht; das ist noch unter der Kinderpflegerin. Sie hat keine Chance, bei uns Arbeit zu finden, und muss noch zwei Jahre Praktikum, FSJ oder etwas anderes machen, um Praxis nachzuweisen, damit sie als Kinderpflegerin anerkannt wird. Aber kein öffentlicher oder kirchlicher Träger ist finanziell in der Lage, jemanden zusätzlich anzustellen.

Ich würde es schön finden, wenn hier dieses Programm oder ein anderes Programm greifen würde.

Es gibt viele andere Beispiele. Zu uns kommen Menschen aus Bosnien und Serbien in die Kleinstadt. Ich kenne schon eine ganze Reihe solcher Menschen, die ins kriminelle Milieu abgedriftet sind, weil sie den Lebensstandard wollen, den andere Jugendliche haben, ihnen aber keine Chance gegeben wird, an einen normalen Arbeitsplatz anzudocken. Sie haben entweder keine ausreichende Schulbildung oder keine Berufsausbildung.

Hier sehe ich einen ganz großen Handlungsbedarf. Wir haben so viel über Nachhaltigkeit beim Frieden und bei Drohnen gesagt. Wir müssen früher ansetzen. Ich denke, auch bei diesem Thema müssen wir früher ansetzen. Ich würde es schön finden, wenn es da Hilfe gäbe. Ich bin sehr von dem enttäuscht, was seitens des Landkreises und der Jobcenter gemacht wird. Alle unsere Bemühungen, hier Geld zu bekommen, sind bis jetzt ins Leere gelaufen. Vielleicht sind wir dafür auch nicht die Fachleute. Aber wenn wir es schon nicht schaffen, wie sollen es dann diese Menschen schaffen?

Mörke, Markus: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Gestern haben wir in den Ausführungen von Herrn Dr. Kastrop gehört, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise bei uns vorbei sei; Arbeitslosigkeit sei ein Problem in anderen Ländern. Das ist richtig, und wir als Kirche profitieren von dieser Entwicklung; wir haben das ja gestern bei den Beratungen zur Mittelfrist erfahren.

Aber das Problem der Arbeitslosigkeit gibt es immer noch auch bei uns. Wir haben gehört, dass es bei uns Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose gibt. Zwei Millionen Menschen, über 5 % sind nicht gerade wenig. Ein Nebeneffekt der niedrigen Arbeitslosigkeit ist, dass die Betroffenen mit dem Stigma „Wenn man arbeiten will, bekommt man das in einer guten Wirtschaftssituation doch auch irgendwie hin“ versehen und damit zusätzlich gedemütigt werden. Sie seien selber Schuld, so ist oft das Bild.

(Mörke, Markus)

Diakonische Träger nehmen sich heute schon dieses Problems an, ich nenne beispielhaft die Neue Arbeit, und kümmern sich um diese Menschen seit vielen Jahren. Sie sind Fachleute. Aber die Förderbedingungen und die Menge der Fördermittel haben sich, wie Herr Veit gerade schon ausgeführt hat, in den letzten Jahren erheblich verändert und gemindert, weil das Problem angeblich nur noch marginal ist.

Wenn wir Inklusion über Menschen mit Behinderungen hinaus weiterdenken, gehören auch diese Menschen ohne Arbeit in unseren Kirchengemeinden dazu, die, weil es oft wenige sind, nicht wahrgenommen werden. Wir hören im Radio immer wieder, dass Menschen freigesetzt werden, so heißt es, und dass ein Betrieb schließt oder umstrukturiert wird. Heute ist es, Gott sei Dank!, gut möglich, eine Anschlussbeschäftigung oder eine Wiederverwertung, wie es manchmal auch heißt, zu finden.

Aber manche bleiben dabei auf der Strecke. Es sind eben oft die Älteren und die, die keine Schulausbildung haben.

Deswegen hat der Ausschuss für Diakonie sich mit dem Thema der Beschäftigungsgutscheine beschäftigt, mit dem Diakonischen Werk gesprochen, und wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir die Weiterführung der Initiative befürworten und begrüßen. Dies aus drei Gründen:

1. Das Bewusstsein in den Kirchengemeinden. Es gibt Arbeitslosigkeit weiterhin, es ist weiterhin ein Schicksal und viele Menschen verzweifeln an diesem Schicksal. Das Bewusstsein hierfür müssen wir weiter erhalten und in den Kirchengemeinden weiter vermitteln.

2. Diese Initiative hilft konkret und unbürokratisch den Betroffenen. Es ist auch gerade für diese Menschen oft eine Demütigung, wenn sie sich durch die Formularberge der Agentur für Arbeit durcharbeiten müssen, um wieder eine Chance zu bekommen. Der Charme dieser Initiative ist, dass sie direkt und ohne große bürokratische Hemmnisse funktioniert.

3. Ich beziehe mich hier auf unsere Ausführungen von gestern: Die Außenwirkung von Kirche. Diakonie ist Kirche und die Außenwirkung eines solchen Projekts ist positiv, „Diakonie hilft Menschen bei uns im Ort, das machen die gut, das machen die fachlich richtig, und diese Kirche ist eine Kirche, für die man sich engagieren kann und die sinnvolle Dinge tut.“

Wir haben deswegen die Fortführung der Kampagne und die weitere Finanzierung des Projekts im Ausschuss für Diakonie befürwortet. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Mörk, Christiane: Sehr geehrter Herr Präsident, hohe Synode, sehr geehrter Herr Kaufmann! Herzlichen Dank für Ihren umfangreichen Bericht zum Projekt Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose. Im April war ich zu einem Pressegespräch mit dem Thema: Strohalm und Signal zugleich, über die Umsetzung dieses Programms bei der Aufbaugilde in Heilbronn eingeladen. So war es mir möglich, einen tieferen Einblick in diese Fördermaßnahmen zu bekommen. Besonders beeindruckt haben mich die drei beschäftigten Personen, die offen über ihre private Situation berichtet haben. Das fiel ihnen

gewiss nicht leicht. Durch das Förderprogramm können sie zum einen ihr karges Einkommen etwas aufbessern und haben zum anderen teil am Leben. Nach dem Wegfall der 1 €-Jobs konnten so bei der Aufbaugilde 41 Personen wieder beschäftigt werden.

Ich habe gehört, dass der Finanzausschuss im letzten Jahr über die Sinnhaftigkeit des Gutscheinsystems diskutiert hat. Doch durch dieses System, das Kirchengemeinden sensibilisiert und einbindet, werden mehr Menschen auf die Probleme der Langzeitarbeitslosen aufmerksam. Durch die Möglichkeit auch von virtuellen Patenschaften hält sich die Arbeit für die Kirchengemeinden hierfür sicher in Grenzen. Denn, ehrlich gesagt, höre ich auch in kirchlichen Kreisen noch oft Sätze wie: „Die sind doch nur zu faul, um sich eine regelmäßige Arbeit zu suchen“. Klar sind immer Menschen mit gesundheitlichen oder anderen Problemen betroffen, so dass es ohne Betreuung durch die Trägereinrichtungen nicht gutgeht. Bisher sind im Raum Heilbronn allerdings nur wenige Kirchengemeinden beteiligt. Ich denke, da braucht es einfach mehr Information, z. B. über die Bezirkssynoden, und natürlich mehr als ein Jahr Laufzeit. Die Aufbaugilde in Heilbronn ist gerade dran, das Projekt in den Kirchengemeinden gezielt zu bewerben. Freilich ist die landeskirchliche Förderung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber vielleicht ein Signal für das Ziel mehr öffentlich geförderte Beschäftigung. Vielen Dank. (Beifall)

Stocker-Schwarz, Franziska: Herr Präsident, liebe Mitsynodale, sehr geehrter Herr Kaufmann! Vielen Dank für die Ausführungen. Jeden Sonntag kommt er zu uns mit seinem Handwagen, und ich begrüße ihn. Er ist immer treuer Begleiter unserer Gebetsgruppe und er gibt mir nur die linke Hand, weil er mit der rechten Flaschen sammelt. Aber dieser Mensch ist derjenige, der außer Flaschen auch noch andere Dinge mitbringt in die Gemeinde und anderen ein Päckchen Fleisch, Bonbons und Kekse zusteckt; wo immer er die her hat. Ich finde die Idee äußerst gelungen, dass wir versuchen, die Langzeitarbeitslosen durch diese Beschäftigungsgutscheine wieder in Arbeit zu bringen. Wir bemühen uns sehr, auf Papier und mit Worten andere Milieus zu erreichen, und wenn das für 560 Leute inzwischen gelungen ist, ist das eine prima Sache. Deswegen ganz herzlichen Dank dem Diakonischen Werk für die vielen Verhandlungen, die dahinter stecken mit den vielen Beschäftigungsträgern und auch Danke an Rainer Hinderer, der in der letzten Landessynode auch angeregt hat, das zu tun.

Besonders wichtig ist mir dabei, dass das mit den Kirchengemeinden einfach noch besser funktioniert. Deshalb möchte ich appellieren an alle, die hier als Multiplikatoren sind. Es ist wirklich ein Segen, wenn man erlebt, wie Menschen wieder Würde dadurch erlangen, dass sie arbeiten können. Es ist eine Freude, wenn man anderen helfen kann. Wir haben in den Kirchengemeinden eben die guten Möglichkeiten, auch kleine Arbeiten zu vergeben, ob das Gartenarbeiten sind oder Hausmeisterarbeiten. Die Menschen, die z. B. durch Beschäftigungsgutscheine zu uns kommen, da stelle ich mir vor, und ich habe da einige Erfahrungen, dass sie eine enge Begleitung brauchen in dem, wie sie das dann umsetzen. Da möchte ich alle Kirchengemeinderäte, die da sind, bitten, entlasten Sie darin auch Ihren Pfarrer oder Ihre Pfarrerin,

(Stocker-Schwarz, Franziska)

damit so eine Begleitung hinein in die Arbeitswelt gelingen kann.

Ich habe noch eine sachliche Frage: Diese Berechnungen des Instituts von Prof. Dr. Stefan Sell, betreffen sie Zahlen, bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland oder sind sie auf Baden-Württemberg bezogen?

Und zum Schluss möchte ich sagen, ich war ja, bevor ich an der Ludwig-Hofacker-Kirche war, in der Brüdergemeinde Wilhelmsdorf, und die haben in ihren Anfängen, als sie selber eigentlich wirklich nur eine Mehlsuppe hatten, trotzdem auch straflassene und obdachlose Kinder Anfang des 19. Jahrhunderts aufgenommen, als die großen Dürrezeiten in Württemberg waren. Es ist immer ein Segen, sich um Arme zu kümmern.

Keppler, Walter: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich recht informiert bin, sind es etwa 60 000 Menschen in Baden-Württemberg, die langzeitarbeitslos sind. Viele fühlen sich ausgegrenzt von der gesellschaftlichen Teilhabe, viele warten zu recht auf ein Zeichen von der Kirche, dass man sie in ihrer Situation sieht und wahrnimmt und wenn möglich auch hilft. Das Projekt hat uns die Möglichkeit gegeben, öffentlich wirksam zu zeigen: Wir haben die Langzeitarbeitslosen in unserer Kirche nicht vergessen, wir haben sie im Blick.

Ich bin dankbar als Gemeindepfarrer, dass uns das Diakonische Werk die Möglichkeit eröffnet hat, konkret für Gemeindeglieder eine Maßnahme zur Förderung von Arbeit zu ergreifen, ohne dass man die Möglichkeit hat, selbst jemand direkt anzustellen. Meistens ist es ja so, dass in unseren Gemeinden alle Stellen besetzt sind, man kann nicht mehr zusätzliche Stellen schaffen. Deshalb bin ich froh und dankbar, dass die Arbeitshilfeeinrichtungen uns die Möglichkeit geben. So haben wir z. B. von Neckarsulm aus in der Aufbaugilde in Heilbronn vier Personen beschäftigen können durch diesen Beschäftigungsgutschein. Ein deutliches Zeichen für die Betroffenen, aber es soll ja weiter hinauswirken.

Herr Kaufmann, ich möchte das vierte Ziel ansprechen, dass Sie in Ihrem Bericht erwähnt haben. Ich denke, es bedarf hier unser aller Unterstützung, dass dieses gute Projekt im politischen, gesellschaftlichen Bereich implementiert wird, dass wir alle unsere Kontakte zu politischen Mandatsträgern nutzen, um entsprechend politisch den Boden für weitere Maßnahmen zu bereiten. Denn eines ist klar: Wir haben zwar die Möglichkeit, ein Projekt in diesem Umfang zu fördern, aber wir sehen wohl kaum eine Möglichkeit, dies langfristig in diesem Umfang zu tun.

Deshalb vielen Dank für Ihr Mitwirken und für Ihre Bereitschaft, dies zu unterstützen. Ich wünsche uns allen dabei viel Erfolg. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Trick, Werner: Herr Präsident, liebe Synodale, Herr Kaufmann! Ich möchte noch einmal ganz herzlich dem Diakonischen Werk danken, dass sie die Verantwortung für dieses Projekt übernommen und es implementiert und begonnen haben. Es war eine ganz große Hilfe für uns in den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken, dass das möglich ist. Ich möchte noch einmal unterstreichen: Es

hilft den Langzeitarbeitslosen nicht nur, eine Arbeit zu finden, sondern vielleicht ist noch wichtiger, dass sie die Wertschätzung finden und auch die Empfindung haben, dass sie in ihrer Persönlichkeit wertgeschätzt sind und etwas tun können in der Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass wir dieses Projekt implementieren. Besonders nach der Instrumentenreform in der Politik, war es notwendig, dass wir als Kirche ein solches Signal gesetzt haben. Ich finde es auch wichtig, gerade nach der Instrumentenreform, weil sonst gerade die Langzeitarbeitslosen in unserer Gesellschaft hinten runtergefallen werden. Deshalb denke ich, ist es sehr wichtig, dass wir jetzt noch einmal dieses Projekt verlängern.

Ich hätte eine Bitte, Herr Kaufmann, dass wir wirklich diese Zeit nutzen, wenn wir 2014/2015 noch einmal dieses Projekt verlängern, um auch mit den öffentlichen Trägern, mit der Politik, mit der Öffentlichkeit, das Gespräch zu führen. Wenn wir sagen können, dieses Projekt hat sich wirklich bewährt und hat auch geholfen, dann haben wir die Möglichkeit, es vielleicht auch in der Politik so zu implementieren, dass die Öffentlichkeit noch einmal über die Instrumentenreform nachdenkt und die Langzeitarbeitslosen in unserer Gesellschaft mehr als bisher unterstützt werden.

Ich habe es als sehr hilfreich empfunden, in unserem Kirchenbezirk nicht nur mit den Kirchengemeinden, sondern auch mit den diakonischen Trägern im Gespräch zu sein. Es ist eine große Hilfe, wenn Kirchengemeinde und diakonische Träger, bei uns die Erlacher Höhe, zusammenarbeiten und miteinander diese Aufgabe übernehmen. Ich denke, es ist ein großer Segen. Wenn wir über Inklusion nachdenken, dann sollten wir die Langzeitarbeitslosen nicht vergessen. Vielen Dank. (Beifall)

Kanzleiter, Götz: Verehrter Präsident, verehrte Synode! Ich bin froh, dass es mit diesem Konzept der Gutscheine gelingt, den Geldsegen, den wir gerade erlebt haben und erleben, also die Mittel so zu lenken, dass Menschen in prekären Lebenslagen davon profitieren.

Das Thema Inklusion wurde angesprochen. Ein wichtiger Aspekt für uns als Kirche ist es, dass wir integriert werden, dass wir mit Menschen zusammenkommen, die tatsächlich in Not sind. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Kirchengemeinden vor Ort über dieses Gutscheinsystem auch Kontakt mit einer Zielgruppe bekommen, die sonst bei uns gar nicht mehr anwesend ist. Gelingt es uns, über ein solches System wieder mit den Armen oder den Ausgegrenzten in Kontakt zu kommen? Das hoffe ich. Das ist eine Chance für unsere bürgerlich distanziert gewordene Kirche, wieder näher an die Armutsschicht heranzukommen.

Spannend wird es in dieser kurzen Zeit sein, die bleiben wird, wieder einmal ein Projekt ein Jahr lang zu haben. Ich arbeite in der Diakonie, und ich habe jetzt erst durch mein synodales Geschäft Kontakt zu diesem System bekommen. Ich habe erst im Ausschuss für Diakonie erfahren, dass es das so gibt und habe ein bisschen mehr verstanden. Wir müssen noch mehr Anstrengungen aufwenden, dass die Basis kapiert, dass die Kirchengemeinden kapieren, es ist eine Chance, mit Menschen in Kontakt zu kommen. Ich glaube, die Politik sollte hier noch mehr in die Verantwortung genommen werden, dass es

(Kanzleiter, Götz)

vielleicht gelingt, ein solch gutes Konzept nicht nur ein oder zwei Jahre durchzuführen. Wir müssen weg von dieser Kurzfristigkeit und müssen Nachhaltigkeit dadurch erzeugen, dass es vielleicht vier oder fünf Jahre andauern kann. Denn solange brauchen die Gemeinden vor Ort, bis sie wissen, dass es ein klasse Konzept ist. Vielen Dank. (Beifall)

Hinderer, Rainer: Herr Präsident, liebe Synodale! Es ist wohlthuend heute, beim ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt quer durch alle Gesprächskreise so viel Einigkeit wahrzunehmen. Ich bin sonst eher kontroverse und heftige Debatten gewohnt. Insofern ist es klasse, dass wir gerade bei diesem wichtigen diakonischen Thema, wo es um die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen geht, durch alle Gesprächskreise so viel Einigkeit und Unterstützung erfahren.

Es ist schon viel gesagt worden. Ich möchte noch einmal den Dank an das Diakonische Werk für die Organisation dieses Projektes unterstreichen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich beim Diakonischen Werk auch dafür zu bedanken, dass Monat für Monat zuverlässig, das wird zumindest von denen, die sich dafür interessieren, auch in der Politik wahrgenommen, im Informationsdienst der Diakonie eine Kommentierung und eine Herausarbeitung anderer Zahlen stattfindet, wie sie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Wir haben gerade eine gute Situation am Arbeitsmarkt insgesamt, aber die Diakonie lenkt mit ihrem Informationsdienst immer wieder den Blick auf die Situation von langzeitarbeitslosen Menschen, von arbeitslosen Jugendlichen und macht eine eigene Kommentierung und Bewertung. Das halte ich für sehr wichtig. Die Diakonie beschäftigt auch hartnäckig mit dem Thema Pro Arbeit und der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen. Das Stichwort Passiv-Aktiv-Transfer ist gefallen. Ich hoffe, dass diese Hartnäckigkeit irgendwann auf Bundesebene ihren Niederschlag findet und dieses tolle Modell aus Baden-Württemberg dann in die Umsetzung kommt.

Ich möchte mich auch bei den Beschäftigungsträgern bedanken, die an dieser Initiative mitmachen, und insbesondere bei den Kirchengemeinden, die langzeitarbeitslose Menschen in ihren Reihen beschäftigen. Dieser Teil ist vielleicht noch etwas ausbaufähig. Dafür können wir noch etwas werben.

Ich möchte sie alle ermuntern, wenn Sie Gelegenheit haben, an einem solchen Projekt oder an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, die Synodalen Mörk und Keppler haben schon darauf hingewiesen, wirklich die betroffenen Menschen einzubeziehen. Das ist, wenn man es richtig macht, kein Vorführen, sondern wenn die Menschen vorbereitet werden, dann ist es sehr gut. Dann freuen sie sich auch, dass sie eine Möglichkeit haben, einmal ihre Sicht der Dinge darzustellen, dass sie die Möglichkeit haben, ihren Arbeitswillen zu unterstreichen. Auch bei Presseterminen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen kommt es einfach gut an, wenn man aus der Praxis Beispiele präsentieren kann. Deshalb ist es ein gelungener Bericht von Oberkirchenrat Kaufmann, in dem er auch die persönlichen Schicksale herausgearbeitet hat.

Wie geht es weiter? Es tritt genau das ein, was Oberkirchenrat Dr. Kastrup befürchtet hat. Ich erinnere mich an die ersten Verhandlungen. Ich bedanke mich für das Lob von Kollegin Stocker-Schwarz, aber es war keine Einzelinitiative, sondern es war eine Initiative des gesamten Ausschusses für Diakonie, und alle standen dahinter. Oberkirchenrat Dr. Kastrup hat damals deutlich gesagt: Es nützt nichts, wenn wir das einmalig machen, mit 500 000 € ist doch niemanden geholfen, das verpufft. Wenn wir es einmal machen, dann müssen wir es wahrscheinlich immer machen. Genau das tritt jetzt ein. Ich habe damals nicht widersprochen. Die Situation von langzeitarbeitslosen Menschen hat sich im Förderzeitraum nicht wirklich verbessert. Die Instrumentenreform des Bundes wirkt nach wie vor negativ nach.

Insofern freue ich mich, dass es uns gelungen ist, über den Nachtragshaushalt 2014 und dann auch im Haushalt 2015 weiterhin diese 500 000 € zu verankern. Ich sage einfach: Solange wir es uns leisten können, der Bericht unseres Finanzdezernenten von gestern hat uns den Hinweis gegeben, dass wir es uns leisten können, sollten wir diese Arbeit unterstützen, auch wenn es zumindest in finanzieller Hinsicht, in christlicher Hinsicht durchaus, keine direkte Zuständigkeit der Evangelischen Landeskirche gibt. Solange wir es uns leisten können, sollten wir es tun. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank. Ich darf am heutigen Tag doch noch daran erinnern, dass wir uns auf eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten geeinigt haben.

Jetzt hat die Synodale Vogel-Hinrichs das Wort. Danach kommen die Synodalen Daferner, Deitigsmann, Hirsch, Fritz und Koepff. Dann würde ich gerne die Rednerliste schließen, aber dennoch jeder bzw. jedem Synodalen die Chance geben.

(Zuruf **Fritz, Michael:** Ich ziehe zurück!)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Danke schön.

Vogel-Hinrichs, Kerstin: Herr Präsident, liebe Synodale! Ich habe eine ganz konkrete Frage, Herr Kaufmann. Es wurde in Asperg angefragt, ob wir als Kirchengemeinde einen Langzeitarbeitslosen für die Ludwigsburger Tafel anstellen könnten, weil sie a) als Tafelladen das nicht dürften, sondern nur Kirchengemeinden, und b) es sehr schwer sei, Kirchengemeinden zu finden, die dazu bereit sind. Offensichtlich war das in Ludwigsburg nicht möglich, und es wurde mir dann versichert, ich hätte mit diesen Menschen überhaupt nichts zu tun. Ich hoffe jetzt auf Klärung heute, denn so sind wir verblieben. Stimmt es, dass der Tafelladen als Verein nicht anstellen darf? Wenn ja, warum ist das so? Was ist der Sinn, wenn die Kirchengemeinde formal anstellt, ohne irgendetwas mit dem Menschen zu tun zu haben? Schränkt es eine mögliche weitere Anstellung für die Kirchengemeinde selber ein?

Daferner, Eberhard: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar für diesen Bericht, weil er doch zeigt, dass Hartnäckigkeit auch zum Ziel führen kann. Ich

(Daferner, Eberhard)

war unter anderem damals noch im Ausschuss für Diakonie, und es war mir wichtig, diesen Aspekt hier zu betonen. Ich denke, dass wir bei den vielen Projekten, die wir in unserer Landeskirche haben, diesen Aspekt der Unterstützung für Langzeitarbeitslose immer wieder im Blick haben müssten und sollten. Deswegen bin ich dafür, dieses nicht nur als Projekt, sondern als Standard und als Regelfinanzierung in unserer Synode zu beschließen.

Ich denke, oft ist es auch ein Kommunikationsproblem, ein Kommunikationsproblem zwischen verschiedenen Trägern und Einrichtungen. Ich selbst bin gelegentlich in der Baden-Württembergischen Wirtschaft aktiv und mache Seminare. Bei diesen Gesprächen versuche ich das auch einzubringen und zu vermitteln und stelle fest, dass die Unwissenheit der Arbeitgeber in vielen Fällen genauso groß ist wie die Unwissenheit in Kirchengemeinden und Kirchenbezirken bzw. bei Pfarrerinnen und Pfarrern. Ich denke, und das haben meine Vorredner auch schon angesprochen, dass es eine wichtige Aufgabe wäre, darauf hinzuwirken oder auch verstärkt in Kirchenbezirken das Gespräch mit der Wirtschaft zu suchen, auch das Gespräch mit den Jobcentern, um auf diese Dinge viel stärker einzuwirken. Es finden ja regelmäßige Gespräche mit Dekaninnen und Dekanen und den verantwortlichen Trägern statt. Ich befürworte nachdrücklich, dass wir stärker politischer und aktiver werden, um dieses Anliegen zu unterstützen. Ich halte das für eine ganz wichtige Aufgabe und denke, für manche Projekte, die wir finanzieren, geht das Geld einfach so raus und verpufft, und kein Effekt wird sichtbar. Es wäre eine tatsächliche praktische Hilfe, wie es Herr Kaufmann auch berichtet hat, und das muss dann auch öffentlich kommuniziert werden.

Ich denke, es ist auch ein Problem, dass wir darunter leiden, zu wenig öffentlich zu machen, was Kirche auch in der Öffentlichkeit tut für diese Menschen. Lasst uns also daran arbeiten, um die Würde und Anerkennung dieser Menschen in besonderer Weise in unseren Blick zu nehmen. Danke. (Beifall)

Deitigsmann, Fritz: Herr Präsident, hohe Synode! Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ich denke, dass ist ein ganz gutes Motto. Warum? Weil die Leute, die Teil unserer Gesellschaft sind, auch davon leben, dass sie hier in unserer Gesellschaft gebraucht werden und wir ihnen helfen, sich hier zu etablieren und zu verselbstständigen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass die Leute in ihrer Persönlichkeit und in ihrem Selbstwertgefühl gefördert und ein Stück weit selbstständig werden, damit sie dann auch auf eigenen Füßen stehen können. Darum bin ich dankbar, dass es dieses Programm gibt, Herr Kaufmann, und ich hoffe, dass diese Fördergutscheine, diese Art zu helfen, zum einen den Betroffenen persönlich helfen, vor allem in ihrem Selbstwertgefühl, damit sie merken, sie sind Teil unserer Gesellschaft und werden gebraucht.

Ich hoffe, dass diese Entwicklung weitergeht. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Hirsch, Ulrich: Herr Präsident, liebe Synode, lieber Herr Kaufmann! „Herr, ich habe keinen Menschen!“ Menschen mit dieser Einstellung, mit dieser Empfindung hat

Jesus angesprochen, haben wir anzusprechen. Solche Menschen sind sicher auch hier gemeint, die Langzeitarbeitslosen. Lieber Herr Kaufmann, ich finde es großartig und beachtlich, was Sie uns heute hier vorgestellt haben, dieses Programm. Ich finde es ganz fantastisch, dass wir versuchen, zeichenhaft, exemplarisch, anders kann es nicht sein, Licht in manche Dunkelheiten und Häuser zu bringen.

Damit bin ich gleich beim Zweiten. Sie haben Zahlen genannt und zitiert: 181 Beschäftigungsmaßnahmen, und dann den Staat mit 560 Langzeitarbeitslosen. Jedes einzelne Schicksal, das dabei Perspektiven für die Zukunft gewinnt, ist ein Hoffnungszeichen. Man könnte aber auch sagen: Was ist das schon unter so vielen? 435 000 stehen im letzten Teil, und noch 300 000 Kinder und Jugendliche, macht über 700 000 Menschen, die davon betroffen sind. Was ist das unter so vielen?

Wie gesagt, ich halte es für ein großartiges Projekt, es muss weitergehen. Ich denke sogar, wir müssen überlegen, ob wir es noch ausweiten können. Ich frage dann auch, denn das vermisse ich hier, vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen: Wie ist das mit der Kooperation, wenn wir schon davon reden? Kollege Fritz aus Baden hat es vorhin angedeutet: Wie ist das mit der badischen Kirche und der badischen Diakonie? Wir sind in einem Bundesland. Wie ist es mit der katholischen Kirche, mit der Caritas? Gibt es gemeinsame Überlegungen oder agieren wir allein? Ich plädiere dafür, dass es wirklich eines gemeinsamen Schweißes der Edlen wert wäre, das gemeinsam anzupacken, wenn es nicht schon geschieht. Ich weiß es nicht.

Wir haben unter uns drei Mitglieder des Landtags. Ich weiß nicht, wie weit diese Mitglieder ihre Kolleginnen und Kollegen beeinflussen können, vom Land her, und auch vom Bund her, mehr zu tun von der politischen Seite aus. Kollege Daferner hat es gerade angesprochen. Ich rege an und bitte darum, dass man Gespräche mit der Wirtschaft und dem Handwerk noch deutlicher und intensiver führt, damit dort eine größere Offenheit vorhanden ist für solche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein Letztes: Ich frage natürlich auch, wo sind denn die Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung. Wenigstens ein Vertreter bzw. eine Vertreterin drüben am Gästetisch wäre heute nicht schlecht gewesen. Ich frage auch: Gibt es Auswirkungen auf dieses Programm im Blick auf den jüngst beschlossenen Mindestlohn? Das wäre meine Frage. Danke. (Beifall)

Koepff, Hellger: Herr Präsident, liebe Synodale! Zu Dank und Anerkennung wurde schon alles gesagt. Mir geht es darum, dass wir in den Gemeinden und Bezirken von Ihnen, Herr Kaufmann, aus dem Diakonischen Werk eine kurze Handreichung erhalten, wie wir in Kontakt treten können mit den politisch Verantwortlichen, mit den Abgeordneten von Bund und Land, damit wir etwas in der Hand haben, um es weiterzugeben. Es muss einen flächendeckenden Druck geben, um das vierte Ziel, das Sie genannt haben, zu befördern. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank für die engagierten Wortbeiträge, die deutlich machen, wie wichtig uns dieses Thema ist.

(Stellv. Präsident Stepanek, Werner)

Es gibt einige Fragen an Sie, Herr Oberkirchenrat Kaufmann, und ich möchte Sie bitten, diese zu beantworten.

Oberkirchenrat **Kaufmann, Dieter**: Sehr geehrte Synode! Dieses Zeichen, das Sie als Synode gesetzt haben dadurch, dass Sie dies beschlossen haben und wir dadurch die Beschäftigungsgutscheine ermöglichen können, ist ein herausragendes Zeichen dafür, dass wir und dass Sie die Menschen, die langzeitarbeitslos sind, nicht vergessen. Wir verstehen uns als Kirche und als Diakonie so, dass wir zeichenhaft handeln, um damit politische und gesellschaftliche Veränderungen zu befördern. Genau das wollen wir, und genau das tun wir. Und genau hierzu tragen Sie bei, indem Sie es in diesen Dimensionen ermöglichen.

Ich finde es also ein herausragendes Zeichen, das Sie damit setzen. Das wird auch so wahrgenommen.

Eben hat jemand die Frage bezüglich Baden gestellt. Ich weiß, dass in der badischen Diakonie und Kirche darüber diskutiert wird, ob man dies nicht ebenfalls so tun sollte. Dies gilt auch für andere Landeskirchen. Das, was wir hier in Württemberg tun, wird von anderen aufmerksam registriert, und andere überlegen ebenfalls, ob sie nicht auch so vorgehen sollen. Kooperationen sind bei diesem Thema natürlich keine Frage.

Ich würde jetzt gern zu vier Punkten kurz Stellung nehmen.

Zum ersten Punkt ging es um die Frage der Kirchengemeinden. Die eigentliche Ursprungsidee war die, zu sagen: Wir müssen diesen Weg über die Kirchengemeinden gehen. Denn nur dadurch können wir die innere Beteiligung der Kirchengemeinden verstärken; nur dadurch können wir die Menschen vor Ort ins Gespräch bringen und können wir diese wahrnehmen. Weil wir genau durch solche Modelle, ich habe das Aldinger Modell beschrieben, genau das erreichen können, was wir wollen, nämlich, dass jemand wahrgenommen wird, dass jemand eine Beschäftigung erhält, dass er im Gespräch ist mit anderen.

Der Mann, von dem ich eben berichtet habe, hat bei der Pressekonferenz, die wir durchgeführt haben, genau das erzählt. Er sagte: „Wenn ich mich bewähre, dann bekomme ich vielleicht sogar eine Anstellung als Mesner.“ So sagte er es wortwörtlich. Das ist fast idealtypisch. So ist es natürlich nicht immer, aber genau das wollen wir, und das erreichen wir nur über die Kirchengemeinden.

Es ist zudem meine tiefe Überzeugung, dass Diakonie immer von der Diakonie der Gemeinde ausgehen muss. Daher ist dies ein Zeichen, das wir auch für diesen Weg setzen. Übrigens sind die Zahlen, die Herr Sell erhoben hat, bundesweite Zahlen.

Der zweite Punkt betrifft, das was Sie, Herr Veit, gesagt haben: Die Jugendberufshilfe ist ein großes Feld; sie ist ein Feld, das mit genau den Fragestellungen, die Sie benannt haben, arbeitet. Dabei werden gegenwärtig intensivste Herausforderungen erlebt. Was jedoch genau unser Thema betrifft, so gibt es zwei Projekte, die seit Jahren erfolgreich laufen. Das ist das Projekt CARPO, also die assistierte Ausbildung. Für junge Menschen, die keinen Zugang zu einer Berufsausbildung erhalten haben,

wird eine Assistenz angeboten, um einen Weg der Berufsausbildung gehen zu können.

Der Fall, den Sie erwähnt haben, ist ein typisches Beispiel für das Projekt Artemis. Gerade wenn jemand schon eine Ausbildung hat und wiedereinsteigen möchte, wenn er eine Ausbildung begonnen, aber nicht abgeschlossen hat, oder wenn er weitere Qualifikationen braucht, kann dieses Projekt zum Tragen kommen. Vielleicht können Sie direkt beim Projekt Artemis oder über die Diakonische Bezirksstelle nachfragen, ob es eine entsprechende Möglichkeit geben kann.

Die Jugendberufshilfe hat ebenfalls große Probleme. Denn auch hier wurden die Mittel massiv reduziert. Zudem herrscht an dieser Stelle ein Ausschreibungssystem, das die Preise immer nur weiter drückt. Bewährte Angebote, wie wir sie als Diakonie haben, können in diesem Zusammenhang oft nicht mithalten. Deshalb haben sich manche diakonische Träger von manchen Bereichen der Jugendberufshilfe zurückziehen müssen. An anderen Stellen stehen wir genau in diesem strategischen Zusammenhang vor der Frage, wie wir öffentlich geförderte Beschäftigung und auch entsprechend geförderte Projekte erreichen können; das ist ein wichtiges Thema. Es ist sicherlich eine gute Idee, einmal das Projekt Artemis anzuschauen.

Der dritte Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte, ist Folgender: In Baden Württemberg gibt es 71 000 langzeitarbeitslose Menschen. Seit drei Jahren machen wir Zumeldungen immer dann, wenn die Arbeitslosenstatistik veröffentlicht wird. Weil wir nicht aufhören werden, an die langzeitarbeitslosen Menschen zu erinnern. Bei der letzten Meldung hat sich gezeigt, dass sich die Zahl der Hartz IV-Empfänger nochmals erhöht hat. Das heißt, dass wir bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen sowie derer, die es langfristig sind und Hartz IV beziehen, sogar eine leichte Steigerung beobachten, obwohl die Arbeitslosigkeit insgesamt zurückgeht.

Zur Öffentlichkeitsarbeit würde ich gern Folgendes sagen: Wir tun, was wir können. Wir haben verschiedentlich Pressekonferenzen gemacht; einige von Ihnen waren auch dabei. Das Gemeindeblatt hat berichtet, Zeitungen haben berichtet. Die nächste Stufe, die wir geplant haben, ist, dass wir dort, wo Beschäftigungsgutscheine eingesetzt werden, mit den Gemeinden, mit den Menschen, die langzeitarbeitslos sind, mit Beschäftigungshilfeträgern eine Öffentlichkeitsaktion machen und hierzu die Abgeordneten des Bundestags und des Landtags einladen. Wir wollen damit sagen: Wir machen das, weil wir damit ein Zeichen setzen wollen für diese öffentlich geforderte Beschäftigung. Frau Ministerin Nahles hat in der letzten Pressekonferenz zum Thema Arbeitslosenzahlen genau in diese Richtung argumentiert und gesagt: Wir müssen uns jetzt um die Langzeitarbeitslosen kümmern.

Wir waren, wir Württemberger sind da sehr aktiv, im Februar bei Volker Kauder in Tuttlingen und haben ihm das Projekt vorgestellt. Inzwischen hat er uns in einem Brief geantwortet und uns aufgefordert, nach Berlin zu kommen und dies noch einmal mit ihm zu besprechen. Wir haben also dieses Thema durch das breite Spektrum der Parteien und Fraktionen hindurch transportiert.

Als vierten Punkt möchte ich nun noch auf die Fragen zu sprechen kommen.

(Oberkirchenrat **Kaufmann**, Dieter)

Frau Vogel-Hinrichs, bei dem von Ihnen angesprochenen Fall müssen wir genau hinschauen. Wir haben Diakonieläden oder Tafelläden, in denen solche Beschäftigungsgutscheine von Kirchengemeinden eingelöst werden. Warum der von Ihnen genannte Tafelladen diese Person nicht anstellen soll, müssten wir genau prüfen und müssten schauen in welcher Trägerschaft dieser Laden steht. Es geht bei anderen ja auch. Wenn es also Fragen gibt, bitte ich Sie, direkt bei uns anzurufen; da können wir das klären.

Nun zur Frage nach dem Mindestlohn: Der Mindestlohn wird bei all diesen Beschäftigungsverhältnissen eingehalten. Auch der Passiv-Aktiv-Tausch, also das Konzept, dass man die passiven Leistungen, Arbeitslosengeld II, Kosten für Unterkunft und Nebenkosten inklusive der sogenannten Regiekosten, zusammenfasst, spielt hier eine Rolle. Wenn dann noch der Unternehmer oder Handwerker sagt: Ein Drittel oder ein Viertel des regulären Lohnes wird erwirtschaftet – etwa wenn jemand nicht die volle Leistung bringt und der Aufwand für Betreuung deutlich größer ist – kann von der Firma aufgebracht werden, so ergibt dies eine Bezahlung auf der Basis des Mindestlohns, der mindestens bezahlt werden muss.

Wir kämpfen bereits seit Jahren für den Mindestlohn. Das Schönste, was ich in diesem Zusammenhang gehört habe, ist, dass neuesten Berechnungen zufolge der Mindestlohn etwa 2 Mrd. € in die Bundeskasse und die Sozialkassen zusätzlich spülen wird. Das sind zusätzliche Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Das halte ich für ein wichtiges Signal. Denn dadurch zeigt sich, was wir schon immer sagen: Arbeit gut bezahlen und Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit lohnt sich volkswirtschaftlich insgesamt.

Zum Schluss kann ich Ihnen nur noch einmal für das engagierte Mitdenken danken und dafür, dass Sie das Projekt unterstützen. Wir werden dieses Zeichen als Zeichen unserer Kirche und der Diakonie bewusst nach außen tragen, weil wir dadurch politisch wirksam sind. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Oberkirchenrat Kaufmann. Ich finde es schön, dass wir an unserem zweiten Sitzungstag mit einem Bericht haben beginnen können, der so viel Anlass zu Hoffnung gibt. Herr Kaufmann, bitte leiten Sie unseren herzlichen Dank an alle Beteiligten weiter. Sie haben gespürt und gehört: Diese Synode steht hinter diesem Projekt, und wir möchten Mut machen, dass dieses Projekt erfolgreich weitergeführt wird. Bitte sagen Sie das allen Beteiligten. Herzlichen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf: **Bericht zur wissenschaftlichen Auswertung der KGR- und Synodwahl 2013.**

Zum einen schauen wir zurück. Aber wir wollen vor allem ja nach vorne schauen und fragen: Welche Schlussfolgerungen können wir aus den Daten, den statistisch erhobenen Zahlenwerten für die künftigen Wahlen ziehen? Herr Prof. Dr. Herbert Lindner wurde daher gebeten, dies für uns zu tun.

Er ist Professor an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau. Wir haben ausgemacht, dass er sich selber

vorstellt. Mir bleibt zunächst einmal, ihn ganz herzlich zu begrüßen. Herzlich willkommen! (Beifall)

Lindner, Prof. Dr. Herbert: Herr Präsident, hohe Synode!

Viel muss nicht gesagt werden. Ich denke, ich kann mich mit dem vorstellen, was ich Ihnen vorzutragen habe. Ich bin bayerischer Pfarrer im Ruhestand und außerplanmäßiger Professor für Praktische Theologie an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau.

Folie 1

1. 24,3 % der Gemeindeglieder der Landeskirche haben sich am 1. Dezember 2013 an der Wahl zu den Kirchengemeinderäten und zur Landessynode beteiligt. Den ersten Kommentaren war die Erleichterung abzuspüren, dass die Wahlbeteiligung gegenüber den Kirchenwahlen 2007 fast bis aufs Komma gleich hoch ausgefallen war. In Zeiten weit verbreiteter Skepsis über die Zukunft evangelischer Kirchen ist dies ein Zeichen für Stabilität.

Ungetrüb ist die Freude jedoch nicht. Nur knapp ein Viertel? Ist das nicht bestürzend wenig, und was ist mit den anderen 75 % der Gemeindeglieder? Zur Einordnung dieser Zahlen ist ein Blick auf die innere Struktur evangelischer Kirchen nötig. Evangelische Kirchen weisen unterschiedliche Bindungsformen in ihrer Mitte auf. Dies gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der Kirchenforschung. So gibt es Gemeindeglieder, die ihrer Kirche über die regelmäßige Teilnahme am gemeindlichen Leben verbunden sind. Sie haben die Ortsgemeinde nicht nur zu bestimmten Anlässen im persönlichen Leben und auch nicht nur bei Festen des Kirchenjahres im Blick. Ich will sie als Gemeindekirche bezeichnen.

Daneben gibt es Gemeindeglieder, deren Kirchenbindung im Wesentlichen durch frohe oder traurige Anlässe in ihrem Lebenslauf bestimmt wird oder die die Feste des Jahreskreises mit oder in der Kirche feiern. Viele von ihnen sind bewusst und überzeugt evangelisch. Die Ortsgemeinde ist für diese Gruppe als Begleiterin in den Übergängen des Lebens und bei der Gestaltung der Feste wichtig. Deren innere Organisation jedoch ist wenig interessant. Das trifft auch für Kirchenwahlen zu. Diese Mitglieder könnten als Kirche bei Gelegenheit oder als Familien- oder Kasualkirche bezeichnet werden. Die Differenzierung könnte man weiterführen; ich will das hier nicht ausführen.

Sicher ist auf jeden Fall, dass eine einfache Wertung im Sinne von mehr oder weniger zutreffend ist. Zunächst einmal muss das anders gesehen werden. Den einen Mittelpunkt und den einen Rand evangelischer Kirchen gibt es nicht.

Das mag man als eine neuzeitliche Entwicklung in pluralen Gesellschaften verstehen. Aber auch schon im Neuen Testament wird von vielen Formen der Gottesbeziehung berichtet. Natürlich sind da die Jüngerinnen und Jünger, die alle Brücken abbrechen, um mit Jesus zu ziehen. Aber da findet sich auch die syrophönizische Frau ebenso wie ein römischer Hauptmann, Menschen am Rande oder außerhalb des Gottesvolkes. Beide suchen anlassbezogen und voller Erwartung bei Jesus Heilung für nahestehende Menschen. Jesus spricht der Frau großen Glauben zu (Mt 15, 28) und dem Römer einen Glauben,

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

den er in Israel nicht gefunden hat (Mt 8,10). Mit Nikodemus wird uns ein Glaube vorgestellt, der nur in der Person ruht und nicht öffentlich wird, bis er sich in einer einmaligen Situation beim Tode Jesu äußert (Joh 3,1 ff; 19,39).

Dass es hier trotz meines kurzen Ausflugs ins Neue Testament theologischen Diskussionsbedarf gibt, sei unbestritten. Aber so viel ist sicher deutlich: Es geht nicht nur um Kirchensoziologie. Es geht um Ekklesiologie und Theologie.

Mit einer solchen differenzierten Sicht auf die Kirchenmitgliedschaft lässt sich nun bestimmen, was die Wahlbeteiligung aussagt und was nicht. Die hier vorgetragene Analyse der Kirchenwahlen beruht auf der These, dass diese Wahlen nahezu ausschließlich für die Mitglieder der Gemeindekirche von Bedeutung sind. Ihre Analyse kann deshalb über sie und nur über sie Aussagen machen.

Das heißt aber auch, dass jenseits der Gruppe der Wählenden nicht nichts ist, sondern dass hier andere Formen von Kirchenbindung existieren, über die z. B. die neue Kirchenmitgliedschaftsstudie Auskunft gibt. Deshalb ist es nicht sachgemäß, die 24 % der Wahlbeteiligung zu Kirchenwahlen den 74 der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013 in Baden-Württemberg gegenüberzustellen und darüber als Kirche in Trübsal zu verfallen. Ich spreche deshalb im Folgenden bewusst nicht von Gemeinde, sondern von Gemeindekirche. Die Ortsgemeinde ist ebenso wie die Landeskirche größer als diese wichtige Gruppe in ihr.

Folie 2

Aber zunächst geht es um Zahlen. Die Analyse stützt sich auf die Online-Angaben aus den Kirchengemeinden. Sie haben Lücken in der Beteiligung und in den Einzelangaben. Die meisten Detailwerte sind von 80 bis 90 % der Gemeinden gemeldet worden, erlauben also eine relativ sichere Aussage für die Landeskirche.

Für diese Untersuchung liegen äußere Daten: Alter, Geschlecht, zum Teil die Berufe der Kandidierenden und Zahl, Alter und Geschlecht der Wählenden, vor. Das ist auf den ersten Blick wenig. Aber diese wenigen und nüchternen Zahlen können zum Sprechen gebracht werden, wenn sie denn mit anderen Daten über die Gemeinden und ihre Lage in Verbindung gebracht werden. Zudem sichert der Vergleich mit anderen Landeskirchen die Interpretation.

Das Wahlergebnis zeigt sehr klar den Zustand und die Entwicklungslinien der Gemeindekirche. Noch mehr: Es ist so etwas wie ein Schlüsselindikator, ein Wert, der viele andere Werte über die Gemeindefarbe zusammenfasst und sie so verstehen lässt.

Diese Behauptung lässt sich damit belegen, dass das Wahlergebnis zu vielen anderen Werten aus dem kirchlichen Leben in einem positiven Zusammenhang steht, so z. B. dem Gottesdienstbesuch, der Zahl der freiwillig Mitarbeitenden, dem Spendenaufkommen, usw.

Solche Schlüsselindikatoren sind von großer Bedeutung, weil sie es ermöglichen, viele Einzelwerte zusammenzufassen. Ich denke, dass für kirchenleitendes Handeln auf allen Ebenen die Kenntnis und Nutzung solcher Schlüsselindikatoren von großer Bedeutung ist.

So geht es bei der Analyse um weit mehr als um die Nachzeichnung einer Wahl: es geht um Einsichten in eine wichtige Säule der Kirchenmitgliedschaft. Noch einmal: Über andere Segmente der Mitglieder wie z. B. die Gruppe der „mittelstark“ oder der „gering Verbundenen“ oder „die Kirche bei Gelegenheit kennen“ keine Aussagen gemacht werden.

2. Die Analyse war für mich eine aufschlussreiche Entdeckungsreise. Ich konnte nachvollziehen, was Sie natürlich schon lange wissen, dass die Württembergische Landeskirche im Konzert des deutschen Protestantismus eine besondere Rolle spielt.

Nun zu den Ergebnissen. Wie ist das Resultat von 2013 einzuordnen?

Folie 3

Die rote Linie zeigt die Wahlbeteiligung zur Landeskirche. Ihre Wahlbeteiligung gehört zu den hohen in der EKD. Den Spitzenplatz nimmt seit 1984 die Pfälzische Landeskirche ein.

Württemberg hat unter den großen Landeskirchen die höchste Wahlbeteiligung. In keiner anderen der großen Landeskirchen ist die Wahlbeteiligung so hoch wie hier. Allerdings sinkt die rote Linie.

Folie 4

Die Wahlbeteiligung ist seit 1976 um ein Viertel geschrumpft. Dies ist der größte Rückgang aller Landeskirchen, wohl gemerkt: von einem sehr hohen Ausgangsniveau. Seit 2000 ist der Rückgang gestoppt, der Trend aber, nicht wie in anderen Landeskirchen gedreht.

Die landesweiten Zahlen sind Durchschnittswerte, die sich aus vielen Einzelergebnissen zusammensetzen. Der Blick auf die sehr unterschiedlichen Bedingungen erlaubt weitere Einsichten.

Folie 5

Zwei Drittel der Gemeinden weisen eine Wahlbeteiligung zwischen 18 und 36 % auf, nur wenige eine geringere und auch nur wenige eine höhere Beteiligung.

Wo finden sich denn die hohen und wo die niedrigen Wahlbeteiligungen? Wo ein reges Gemeindeleben herrscht? Wo die Verkündigung besonders packend ist? Wo viele Hausbesuche gemacht werden?

Das alles hat sicher einen Einfluss, nur: statistisch lassen sich diese Einflüsse schwer nachweisen, weil sie überdeckt werden von stark wirkenden externen Faktoren, Bedingungen, die nicht in der Arbeit der Kirchengemeinde, sondern in ihrer Umwelt und in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder liegen.

Folie 6

Je größer die Kirchengemeinde desto geringer die Wahlbeteiligung (links finden sich die kleinen, rechts die großen Gemeinden). Ab etwa 2 000 Wahlberechtigten sinkt die Beteiligung nur noch wenig.

Folie 7

Je kleiner die Kommune desto höher die Wahlbeteiligung (links die Großstädte, rechts die Landgemeinden).

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

Folie 8

Je mehr Evangelische in der Kommune desto höher die Wahlbeteiligung (links die Diaspora, rechts das evangelische Kernland).

Diese Zusammenhänge überraschen nicht. Zur Definition der Gemeindekirche gehört die Beziehung auf den Wohnort und die Menschen, die dort leben. Je dichter dieser Zusammenhalt, desto mehr Menschen lassen sich auf die Gemeinde orientieren.

Ein weiterer Faktor hat eher in letzter Zeit Beachtung gefunden: die Einstellung der Menschen zum Gemeinwesen von Kommune oder Stadt. Wir kommen jetzt genau zu diesem Punkt, den Sie im Tagesordnungspunkt vorher diskutiert haben, nur aus anderer Sicht.

Folie 9

Wer sich als Teil des Gemeinwesens versteht, beteiligt sich in deutlich höherem Maße an allgemeinen Wahlen und ebenso auch an den Kirchenwahlen. Diese Personen sind ökonomisch besser situiert und haben höhere Bildungsabschlüsse.

Umgekehrt beteiligen sich Gruppen mit geringeren Einkommen und niedrigen oder keinen Schulabschlüssen in geringem Maße an beiden Wahlen. Sie koppeln sich von Kommune und Kirche ab und nutzen die vorhandenen Einflussmöglichkeiten nicht.

Folie 10

Für optisch veranlagte Menschen: Die Bilder von Kirchenlandkarten und Soziallandkarten gleichen sich überraschend.

Natürlich sind die Details auf die Entfernung schwer zu erkennen. Aber eines fällt doch ins Auge: der Cannstatter Bereich und Teile der Stadtmitte: Hier ist die geringe Wahlbeteiligung zur Kirchenwahl (rechts, Brauntöne) und zur Bundestagswahl 2013 (links unten, helle Flächen) erkennbar, ebenso der überdurchschnittlich hohe Anteil der Stimmen für die Partei Die LINKE (links oben, dunkelviolett).

Folie 11

Für Menschen, die Zahlen lieben, sind hier die Korrelationen sichtbar gemacht:

Korrelationen zeigen Richtung und Stärke des Zusammenhangs zweier Werte. Plus 1 bedeutet einen vollständig positiven Zusammenhang. Die Größe des einen Wertes entspricht völlig der Größe des anderen. Bei Minuswerten ist es umgekehrt: je größer der eine, desto kleiner der andere Wert. (Grün sind die stützenden Faktoren, rot die beeinträchtigenden.) Sie sehen hier auch das Ausmaß dieser gegenseitigen Wirkungen.

Die allgemeine Demokratieforschung hat diese Zusammenhänge auf die Spitzenaussage gebracht, dass unsere Demokratie zu einer „Demokratie der Besserverdienenden“ (Detlef Esslinger von der Bertelsmann Stiftung) geworden ist.

Ist auch die Gemeindekirche in Württemberg „eine Kirche der Besserverdienenden“? Sie trägt diese Züge, aber um keine falschen Wertungen aufkommen zu lassen: diese Zahlen sind zunächst eine gute Botschaft.

In der frühen Phase der kirchensoziologischen Erkundungen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts gab es die Befürchtung, dass mit weiter steigender Bildung die Kirchenbindung abnehmen würde. Das hat sich nicht bewahrheitet. Höhere Bildung schwächt nicht die Kirchenbindung, eher umgekehrt. Menschen, denen es gut geht, bleiben der Gemeindekirche nah.

Hier liegt auch eine der möglichen Erklärungen für die hohe Wahlbeteiligung in der Landeskirche selbst: deren Mitglieder gehören überdurchschnittlich häufig zu diesen kirchennahen gut situierten Milieus.

Aber diese Zahlen geben auch zum Nachdenken Anlass: Menschen prekärer Milieus sind aus der Sicht der Gemeindekirche in Württemberg in einer doppelten Minderheit: ihre Gruppe ist in Württemberg kleiner und ihre Beziehungen zur Gemeindekirche sind kaum vorhanden. Die Schwelle zur Gemeindekirche ist für diese Gruppe in der Landeskirche wohl noch höher als anderswo. Noch einmal ein sehr bestätigender Blick auf die Fragen, die Sie im Tagesordnungspunkt vorher diskutiert haben.

Noch eine wichtige Bemerkung zur Wirkung dieser externen Faktoren: es fällt auf, dass diese Faktoren in der Landeskirche zwar wie in anderen Landeskirchen vorhanden sind, aber nicht so stark wirken. Ein Beispiel: Eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 20,3 % für eine Großstadt wie Stuttgart und um die 20 % für große Gemeinden über 4 000 Gemeindeglieder ist im bundesdeutschen Vergleich exzeptionell hoch.

Dies wird uns noch öfters begegnen. Bereits hier eine erste Hypothese in soziologischer Sprache: die Mitglieder der Gemeindekirche sind in ihrer Kirchenbindung höherem Maße als anderswo intrinsisch motiviert, d. h. sie tragen ihren Kompass in sich und lassen sich weniger von außen, was auch immer das sei, beeinflussen. Dies steht durchaus in Einklang zur Prägung der sie tragenden Milieus.

Alle diese Werte zeigen, wie stark die Gemeindekirche in ihrer Reichweite von den Gegebenheiten ihrer Umwelt bestimmt ist. Sie bilden einen Rahmen, der sich in der einen Konstellation stützend und in der anderen Konstellation einschränkend auf die Gemeindeglieder auswirkt. Nur in Einzelfällen überschreiten Gemeinden diesen Rahmen. Diese Ergebnisse zeigen aber auch, wie vorsichtig absolute Zahlen des kirchlichen Lebens gedeutet werden müssen. Trotz aller Warnungen schleicht sich auch in die Kirche immer wieder das Leistungsdenken ein. Aber hohe Werte sind nicht von vorneherein gute Werte und geringe Zahlen nicht eo ipso schlecht. Vor jeder Wertung muss das Verstehen kommen!

Für die Verantwortlichen in den Gemeinden sind diese Zusammenhänge durchaus ambivalent. Es kann entmutigen, bei aller Phantasie und allem Engagement an diese Grenzen zu stoßen. Umgekehrt kann es trösten, dass auch Schwächephase in der Gemeindegliederarbeit sich nicht unmittelbar auswirken.

3.

Folie 12

Zu den Bemühungen aller Landeskirchen um eine hohe Wahlbeteiligung gehört der Versuch, den Wahlvorgang durch Briefwahlverfahren zu erleichtern.

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

So auch in der Landeskirche. Die sog. allgemeine Briefwahl (rote Säule) hat seit 2007 deutlich zugenommen und wird von der Mehrheit der Gemeinden angeboten.

Folie 13

Auch bei diesem Verfahren wird die Wahl nicht flächendeckend unpersönlicher: die Urnenwählenden (blau) sind in beiden Verfahren, auch noch bei der allgemeinen Briefwahl, in der Mehrzahl.

Wie wirkt sich die allgemeine Briefwahl aus? Der Aufwand war ja nicht unbedeutend.

Irritierend wirkt zunächst, dass die Wahlbeteiligung der Gemeinden mit allg. Briefwahl im Durchschnitt unter der der anderen Gemeinden liegt. Die Erklärung liegt darin, dass vor allem Gemeinden mit bisher geringer Wahlbeteiligung dieses Verfahren genutzt haben. Das muss sich auf den Durchschnitt auswirken. Wer ohnehin auf eine hohe Beteiligung hoffen durfte, hat sich den Aufwand wohl eher erspart. Eindeutig ist jedoch das Ergebnis, wenn man die Gemeinden vergleicht, die bei der Briefwahl auf Antrag geblieben sind und die zur allgemeinen Briefwahl übergegangen sind.

Folie 14

Wer 2013 die allgemeine Briefwahl neu genutzt hat, konnte die Wahlbeteiligung um knapp zwei Prozentpunkte steigern. Nur in einer kleinen Gruppe der Gemeinden gibt es einen Rückgang. Gemeinden, die beim Antragsverfahren geblieben sind, hatten durchschnittlich Einbußen zu verzeichnen. Bei gleichbleibenden Bedingungen ist oder wäre die Wahlbeteiligung also tendenziell gesunken! Vermehrte Kommunikationsanstrengungen haben dies aufgefangen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass auch diese so stabil gebliebene Gemeindekirche der Pflege und der Aktivierung durch Kommunikation bedarf. Auch hier wieder die Beobachtung, dass der positive Einfluss der allgemeinen Briefwahl in Württemberg geringer ist als in anderen Landeskirchen.

Die vermehrten Kommunikationsanstrengungen durch die Briefwahl konnten das Potenzial der Gemeindekirche besser ausschöpfen und negative Einflüsse kompensieren, deren Grenzen aber nicht überschreiten.

Zu den Besonderheiten der Kirchenwahlen in Württemberg gehört die gleichzeitige Urwahl der Landessynode. Kandidierende zur Landessynode haben sich gemäß ihrer jeweiligen kirchenpolitischen Orientierung zu Gesprächskreisen zusammengeschlossen. Diese haben veröffentlicht, wofür sie stehen und wodurch sie sich von anderen unterscheiden.

Durch die Stimmen für die Gesprächskreise in den Gemeinden lässt sich auf die kirchenpolitische Prägung dieser Gemeinde schließen. Hat diese Prägung Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung?

Um die Ergebnisse vergleichbar zu machen, wurde die Stimmenzahl des Gesprächskreises in dieser Gemeinde auf das landesweite Ergebnis bezogen, also indiziert. Ein Indexwert von 1 bedeutet: in dieser Gemeinde entspricht der Stimmenanteil für diesen Gesprächskreis genau dem Landeswert. Ein Indexwert von 2 würde bedeuten, dass hier der Stimmenanteil doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt.

Folie 15

Das Ergebnis: Je höher die Stimmenzahl der Lebendigen Gemeinde (blaue Linie) zur Synodalwahl, desto höher die Wahlbeteiligung zur Kirchengemeinderatswahl. Für die Offene Kirche (grüne Linie) ist es umgekehrt.

Folie 16

Bei der Stimmenzahl für Evangelium und Kirche und für Kirche für morgen ist kein Unterschied in der Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Stimmenzahlen für den jeweiligen Gesprächskreis zu erkennen.

Folie 17

Wenn man noch genauer hinsieht, gibt es einen dritten Faktor jenseits der kirchenpolitischen Prägung:

Nach oben sind die Wahlergebnisse und nach rechts der Anteil der Evangelischen an der Kommune aufgetragen. Die Lebendige Gemeinde ist stärker in den rein evangelischen Gemeinden vertreten, deren Wahlbeteiligung höher liegt. Die Stimmenzahl der Offenen Kirche nimmt tendenziell mit steigendem Anteil der Evangelischen ab. Natürlich kennen Sie die Grundzüge, aber jetzt sind die Zahlen noch einmal etwas genauer.

Die beiden synodalen Gesprächskreise von Lebendiger Gemeinde und Offener Kirche vermögen also unterschiedliche Mitgliedergruppen innerhalb der Gemeindekirche anzusprechen. Die Lebendige Gemeinde findet mehr Zustimmung in rein evangelischen und kleinräumigeren Gebieten, die Offene Kirche dazu komplementär mehr in der Diaspora von Ballungsräumen.

4.

Folie 18

An der Wahl beteiligen sich mehr Frauen (rote Fläche) als Männer.

Folie 19

Die Wahlbeteiligung ist lebensalterspezifisch.

Es gibt eine hohe Beteiligung der Jugend zwischen 14 und 17, zwischen 21 und 35 ist sie am geringsten, dann steigen die Werte stetig bis zum Spitzenwert der über 65-Jährigen.

Bis zum Alter von 35 liegen die Werte für Frauen nur leicht über denen der Männer, zwischen 36 und 65 weisen Frauen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung auf, die über 65 wieder absinkt.

Folie 20

Wir haben es hier mit einem sehr persönlichen Verhalten nahezu unabhängig vom Wohnort zu tun.

Hier sind die Alterskurven der Ortsgrößen aufgetragen. Unten finden sich die größeren städtischen Regionen, oben die Kleinstädte und das Land. Die Struktur der altersspezifischen Wahlbeteiligung bleibt gleich (die Gestalt der Kurven ist in jeder Ortsgröße identisch), die Höhe der Beteiligung fällt mit steigender Ortsgröße. Das führt mich dazu zu sagen, dass dies lebenslaufspezifisch und nur in unterschiedlicher Höhe in unterschiedlichen Räumen vorhanden ist.

Diese altersspezifische Wahlbeteiligung lässt sich in anderen Landeskirchen über Jahrzehnte hinweg nach-

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

weisen. Wenn die Werte über einen so langen Zeitraum hinweg gleich oder doch ähnlich sind, müssen sich die Menschen anders verhalten, wenn sie älter werden.

Zugrunde liegt eine wechselnde Bindungsintensität zur Gemeindekirche im Lebenslauf.

Nach einer intensiven Phase in der Jugend folgt eine Zeit größerer Distanz, die ab 35 durch eine Wiederaufnahme von Kontakten abgelöst wird. Diese hat mit eher äußeren Umständen zu tun (berufliche Klärungen sind erfolgt, der Wohnsitz ist etwas dauerhafter, Einbindung in die örtliche Umgebung über Familiengründung und Kinder vorhanden) und entspricht auch einer inneren Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln, von denen man sich jetzt nicht mehr so heftig absetzen muss. Diese Rückkehrbewegungen gelingen nicht bei allen. Es gibt Rückkehrverluste zu dieser Gemeindekirche.

5.

Folie 21

Das generelle Kennzeichen einer Wahl besteht in einer Auswahlmöglichkeit. Bei den Wahlen zum Kirchengermeinderat in Württemberg war dies weithin anders.

In zwei Dritteln der Gemeinden standen genauso viele Kandidierende auf den Stimmzetteln wie Sitze zu vergeben waren. In weiteren 30 % der Gemeinden waren ein bis drei Kandidierende mehr nominiert. Legt man einen strengen Maßstab an die Auswahlmöglichkeiten an, fand nur in etwa 3 % der Gemeinden eine echte Wahl statt.

Die Zahl der Gemeinden mit mehr Kandidierenden hat sich gegenüber 2007 noch verringert. Die Schwierigkeiten der Kandidatensuche sind größer geworden oder die Bemühungen um geeignete Kandidierende haben nachgelassen.

Die Liste der Kandidierenden ist also der bestimmende Faktor. Wer sie aufstellt, bestimmt die Zusammensetzung des Gremiums. Die entscheidende Wahl findet vor der offiziellen Wahl statt.

Die Möglichkeit des Häufelns erlaubt es, innerhalb des Vorschlags Prioritäten zu setzen. Dies wurde auch bewusst genutzt, sodass die Bandbreite der Stimmenzahlen recht groß ist. Die Gewählten mit den meisten Stimmen konnten etwa doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen wie die mit den geringsten Ergebnissen.

Diese Zahlen gehören für mich zu den erstaunlichen Ergebnissen: Die Stimmabgabe, meine Stimmabgabe, beeinflusst letztlich die Zusammensetzung des Kirchengermeinderats nicht, und dennoch wählen so viele!

Sie erinnern sich vielleicht an die geringe Wahlbeteiligung in der Rheinischen Kirche (Vgl. Folie 3, die grüne Linie, die über die 10 % über die Jahre hinweg zurück ist). Dort ist ebenfalls in sehr vielen Gemeinden keine Auswahl gegeben. Dies hat aber gravierende Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

Auch hier wieder begegnet uns für Württemberg die intrinsische Motivation: Man geht, ich gehe zur Wahl und drücke damit meine Verbundenheit zur Gemeinde oder zur Kirche aus. Auch wenn ich nur innerhalb des Vorschlags Akzente setzen kann, das Gremium soll doch meine Zustimmung erhalten. Möglicherweise ist auch die parallel stattfindende Wahl zur Landessynode ein Grund

für die hohe Wahlbeteiligung. Mit den vorliegenden Zahlen ist hier keine weitere Aussage möglich.

Dennoch verdienen diese Werte eine hohe Aufmerksamkeit. Die geringe Zahl der Kandidierenden scheint mir den Kern evangelischer Identität als Mitgliederkirche zu bedrohen. Sie tangiert auch die Legitimierung der Gewählten.

Nun ist es ja nicht so, dass die Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit in der Kirche zurückginge, eher das Gegenteil ist der Fall. Es geht also um eine besondere Entwicklung für die dauerhafte Verantwortungsübernahme im Leitungsbereich. Aber das macht die Frage nicht weniger dringend.

Folie 22

Wie ist das Leitungsgremium der Gemeinden zusammengesetzt?

Knapp die Hälfte sind neu (blaue Säule) im Kirchengermeinderat, darunter mehr Frauen. Die Fluktuation war auch schon 2007 ähnlich hoch.

Bisherige Mitglieder hatten höhere Wahlchancen.

Folie 23

Die Mitglieder der Kirchengemeinderäte stammen hauptsächlich aus den Altersgruppen zwischen 35 und 65. (blaue Linie, die rote Linie ist der Altersaufbau der Wahlberechtigten)

Folie 24

Die Gruppe der über 55-Jährigen (grün) ist gegenüber 2007 deutlich größer geworden.

Die Bereitschaft zur Kandidatur steigt offensichtlich, wenn das persönliche Umfeld sich im Lebenslauf entspannt hat und mehr Freiräume zur Verfügung stehen. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, würde die Verbindung der Kirchengemeinderäte in die aktive Berufswelt eher schwächer werden.

Folie 25

Frauen haben mit 52 % einen größeren Anteil bei den Kandidierenden, er ist jedoch geringer als der Frauenanteil von 57 % bei den Wählenden. Sie sind im Durchschnitt jünger als die Männer. Die Werte entsprechen denen von 2007.

Folie 26

Als eine interessante Randbemerkung: Je evangelischer die Kommune, desto geringer der Anteil der Frauen bei den Kandidierenden.

Diese Werte werfen ein interessantes Licht auf die Verteilung der Geschlechter im Kirchengemeinderat. Die Vertretung von Frauen und Männern ist inzwischen nahezu ausgewogen, auch wenn das evangelische Kernland hier noch hinterherhinkt. Dennoch gibt es deutliche Unterschiede: die weiblichen Mitglieder sind jünger und ihre Fluktuation ist höher. Über die Interpretation dieser Werte lässt sich nur spekulieren. Sind die Frauen beweglicher und wenden sich auch eher wieder anderen Aufgaben zu? Sind sie von der Arbeit im Kirchengemeinderat öfters enttäuscht? Auf jeden Fall bringen sie eher frischen Wind in das Gremium. Es steht zu hoffen, dass sich dies

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

auch in der Arbeitsweise und in den Ergebnissen niederschlägt.

Folie 27

Die Berufe spiegeln den hohen Status der Mitglieder wieder, bei der Stimmenvergabe ist jedoch keine Bevorzugung statushöherer Kandidierender festzustellen, auch das eine Akzentsetzung für Württemberg, die besonders ist.

(Mehr Geschäftsführer als Arbeiter, siebenmal so viele Lehrerinnen wie Verkäuferinnen, doppelt so viele Bankangestellte wie Landwirte, 1 128 Kandidierende mit Diplomabschluss, 140 kirchliche Angestellte, und auch hier sind die Statushöheren häufiger vertreten.)

Folie 28

Eine weitere Besonderheit der Landeskirche dürfte der sehr hohe Anteil technischer Berufe sein, die von Männern dominiert werden.

Die nächst häufigen Gruppen stammen aus dem Gesundheitswesen und den Lehrberufen, beides Frauen-domänen.

Männer und Frauen bringen also unterschiedliche Lebenswelten in die Arbeit der Kirchengemeinderäte ein.

Folie 29 links

Das Durchschnittsalter in der Landessynode ist mit 51,5 Jahren etwas höher als in den Kirchengemeinderäten mit 49,8. Auch in der Synode sind die Frauen jünger.

Folie 29 rechts

In der Landessynode sind mehr Männer (55,6 %) als in den Kirchengemeinderäten.

Folie 30 bis 33

Es gibt zu den Kirchengemeinderäten einen großen Unterschied. Die Wahlchancen der Frauen zur Landessynode sind mit 70,2 % sehr viel höher als die der Männer mit 48,1 %. Dadurch wurde die geringere Vertretung von Frauen auf den Wahlvorschlägen (dort nur 35,4 %) korrigiert. Die Urwählenden haben also deutlich die geringe Vertretung von Frauen auf den Wahlvorschlägen korrigiert, im Blick auf eine nahezu ausgewogene Vertretung

In der gesamten Synode überwiegt die Zahl der Mitglieder in kirchlicher Beschäftigung mit 49 zu 41 in nicht kirchlicher Beschäftigung, wobei die Zuordnungen in Einzelfällen unsicher ist. Nicht berücksichtigt sind die Fälle, in denen Ehepartner in einem kirchlichen Dienst stehen.

Unter den 60 gewählten Laien sind 19 in kirchlicher Beschäftigung. Deren Wahlchancen waren deutlich höher als die der Laien in anderen Berufen.

6.

Folie 34

Gestatten Sie mir noch fünf Impulse für das Verständnis und für die Umsetzung dieser Werte, die eine persönliche Wertung von mir darstellen, auch wenn es der Bericht des Oberkirchenrates ist. Das verantworte ich als praktischer Theologe.

Lebenslaufspezifische Angebote

Im Verhältnis von Gemeindegliedern im Lebenslauf gibt es zwei besonders entscheidende Phasen: die Zeit der Konfirmation mit ihrer Prägekraft und die Zeit des Sesshaftwerdens um die Dreißig. Hier besteht durch die Kasualien von Taufe, Trauung und Bestattungen im weiteren Familienkreis die Chance einer Wiederaufnahme von Kirchenbindung nach der unvermeidlichen Latenzphase zwischen 20 und 30. Ein spezifisches und systematisches Eingehen auf diese Lebenslagen kann die Gemeindekirche festigen und hat Wirkungen bis in die, sich ausweislich der KMU V, labilisierende Mitte. Wer nach Prioritäten fragt, wird an diesen Phasen nicht vorbeikommen.

Raumsensible Gemeindekonzepte

Der Sozialraum beeinflusst entscheidend die Grundeinstellung zu Kirche und Gemeinde. Wie kann die Eigenlage der Gemeinden und Regionen spezifischer als bisher die kirchliche Arbeit prägen? Gibt es Rahmenkonzepte für Stadt-Land, Diaspora-Kernland, gut situiert-prekär, in die die besten Erfahrungen in der Landeskirche einfließen und an denen sich einzelne Gemeinden orientieren können und es dann auch tun? Werden diese Gegebenheiten bei den Strukturplanungen der Landeskirche angemessen berücksichtigt?

Personalentwicklung für Ehrenamtliche

Was heute für die Hauptberuflichen als nötig erkannt ist, steckt für die Ehrenamtlichen noch in den Kinderschuhen. Aber nur aus einer breiten Basis erprobter und gut begleiteter freiwillig Mitarbeitender werden sich genügend qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Leitungsgremien der Landeskirche finden lassen. So lässt sich das evangelische Prinzip der repräsentativen Gemeinde- und Kirchenleitung auf die Dauer durchhalten. Mehr echte Laien mit dem Charisma der Leitung als bisher müssen gefunden und zugerüstet werden, um Leitungsverantwortung zu übernehmen.

Einladende Kommunikation

Die Briefwahl konnte motivieren. Das wirft ein Licht auf einen der gravierendsten Schwachpunkte im Kirchenalltag, nämlich die mitgliederspezifische Kommunikation. Unsere Gemeindeglieder erfahren immer noch zu wenig und zu selten, welche hilfreichen und interessanten Angebote es für sie gibt. Allerdings: mit flächendeckenden Pauschalinformationen ist es nicht mehr getan. Wir sollten unsere Kenntnis unserer Gemeindeglieder viel besser nutzen, sie ganz persönlich zu informieren. Was die Cookies auf der Google-Webseite können, sollten wir doch schon lange schaffen.

Partizipation in der Gemeindekirche

Die sechs Jahre lang dauernde Mitwirkung in einem Leitungsgremium ist eine hohe Schwelle. Zuweilen dringt auch wenig von drinnen nach draußen. Deswegen braucht es auch andere Formen der Mitwirkung in der Gemeindekirche. Die freiwillige Mitarbeit ist eine vorzügliche Form der Partizipation. Daneben sind partizipative Prozesse der Gemeindeentwicklung wie z. B. Gemeindeversammlung, open space, Zukunftskonferenzen, Sozialraumanalyse erstrebenswert. Es könnte ja sein, dass in Württemberg nach den Erfahrungen mit Stuttgart 21 dafür eine besondere Sensibilität jenseits der Gremien oder in Zusammenarbeit mit ihnen besteht.

Zum Schluss

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit der Analyse der Kirchenwahlen 2013 beispielhaft die großen Möglichkeiten aufzeigen, die unsere innerkirchlichen Daten für eine umweltoffene und mitgliederorientierte Kirchenleitung auf allen Ebenen der Landeskirche besitzen. Sie werden weithin ohnehin erhoben. Sie haben den Vorzug, weitgehend vollständig und ohne weiteren zusätzlichen Aufwand verfügbar zu sein. Die Mitarbeitenden, die sich um diese Daten kümmern, tun einen wichtigen Dienst, auch wenn das nicht von allen und jederzeit so gesehen wird.

Diese Daten sind wichtig. Denn es sind ja die Menschen, die in den Zahlen die Spuren ihrer Hoffnungen und Enttäuschungen, auch ihres Glaubens und ihres Zweifels hinterlassen. Eine Kirche, die ihrem Auftrag gehorsam sein will, wird sich bemühen, auch diese Spuren zu verstehen. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Lindner, für diese wirklich interessanten und zum Teil auch sehr überraschenden Erkenntnisse, die Sie in Ihrer Analyse aufgezeigt haben.

Jetzt darf ich Herrn Oberkirchenrat Duncker bitten, erste Überlegungen aus Schlussfolgerungen vorzutragen, die der Oberkirchenrat aus dieser Analyse gezogen hat.

Oberkirchenrat **Duncker, Hans-Peter:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Synodale! Zunächst möchte ich auch namens des Oberkirchenrats Herrn Prof. Dr. Lindner sehr herzlich für die wissenschaftliche Begleitung der Wahlauswertung danken.

Herr Prof. Dr. Lindner hat vor allem in der Bayrischen Landeskirche, aber auch in einer großen Zahl von anderen Gliedkirchen der EKD viele Kirchenwahlen begleitet. Seine große Erfahrung mit diesen Auswertungen kommt, wie man sieht, uns auch durch Quervergleiche zugute.

Es war, wie er erwähnt hat, für den Oberkirchenrat, vor allem aber für die Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden, keine kleine Anstrengung, die Daten zur Verfügung zu stellen. Aber es hat sich gelohnt. Die Beobachtungen werden sowohl bei der Analyse der Wahl, des Wahlrechts als auch bei der Frage nach der Weiterentwicklung helfen.

Neben dieser Auswertung sind dankenswerterweise viele wichtige und konstruktive Rückmeldungen zur Kirchenwahl aus den Kirchengemeinden und von den vielen Beteiligten an der Wahl bei uns eingegangen. Die Frage nach den Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Analyse und den Anregungen der Beteiligten lässt sich abschließend noch nicht beantworten. Aber einiges zeichnet sich schon ab:

Herr Prof. Dr. Lindner hat ausgeführt, dass zwischenzeitlich in 82 % der Kirchengemeinden die allgemeine Zusendung der Briefwahlunterlagen stattgefunden hat. Nachgewiesen hat er auch, dass die allgemeine Zusendung der Wahlunterlagen im Hinblick auf die Wahlbeteiligung stabilisierend gewirkt hat. Bei den meist kleineren Kirchengemeinden, die davon noch keinen Gebrauch gemacht haben, hat sich gezeigt, dass fast 10 % der abstimmenden Wahlberechtigten wiederum von der Briefwahl auf Antrag Gebrauch gemacht haben. Diese individuelle Zusendung von Briefwahlunterlagen ist mit

einem hohen Aufwand für die Kirchengemeinden verbunden.

Es liegt also nahe, für die anstehende Kirchenwahl 2019 die allgemeine Zusendung der Briefwahlunterlagen verpflichtend zu machen. Das Verfahren wird dadurch einfacher, die Vielzahl der Formulare reduziert und der logistische Aufwand wird verringert.

Besorgnis muss erregen, dass die Anzahl der Kirchengemeinden auch bei dieser Wahl auf nun 55 % gestiegen ist, in denen zur Kirchengemeinderatswahl lediglich so viele Kandidierende angetreten sind, wie auch zu wählen sind. Betrachtet man diese Zahlen kombiniert mit den nahezu 100 Anträgen der Kirchengemeinden an den Oberkirchenrat auf eine Reduzierung der Anzahl der zu Wählenden unter die vorgegeben Richtzahlen, wird deutlich, dass es kein Gerede ist, dass Ehrenamtliche schwerer zu gewinnen sind als früher. Dem muss dringend entgegen gesteuert werden. Ich möchte erwähnen, dass jeder, der bei den Kommunalwahlen als Beobachter oder Beteiligter dabei war, weiß, dass die Schwierigkeiten dort ganz den unseren gleichen.

Eine Gegensteuerung kann zum einen durch eine intensivere und frühzeitige Werbung um Kandidierende für den Kirchengemeinderat und die positive Darstellung von dessen Arbeit erfolgen. Zu fragen ist auch wie eine bessere Unterstützung der Ehrenamtlichen erfolgen kann, wie es jetzt im Rahmen des Reformationsjubiläums geschieht. Auch sollte seitens des Oberkirchenrats und der Landessynode bei der zeitlichen Planung überlegt werden, mit welchen Themen die Gremien vor Ort zu Beginn, in der Mitte und am Ende der Legislaturperiode befasst werden. Konfliktthemen am Ende der Legislaturperiode können abschreckend auf mögliche Kandidierenden wirken.

Die Auswertung von Prof. Dr. Lindner zeigt eindrücklich, dass sich an der Kirchenwahl Gemeindeglieder aktiv beteiligen, die sonst kaum oder gar nicht erreicht werden. Die Teilnahme an der Wahl ist eine Form der Bestätigung der Zugehörigkeit, die nicht abwertend betrachtet werden darf und öffentlich sehr wahrgenommen wird. Es ist schön, dass das gerade auch von den 14- bis 16-Jährigen Neuwählern in Anspruch genommen wurde.

Die Werbung für die Teilnahme an der Wahl, die in anderen Landeskirchen durchaus gefruchtet hat, sollte daher wieder verstärkt werden. Diese Werbung war, was den finanziellen Einsatz angeht, bei der jetzigen Wahl etwas reduziert zugunsten der gemeinsamen Erstellung und Verteilung der Wahlwerbung für die Synodalkandidaten.

Diese gemeinsame Erstellung und Versendung der Wahlwerbung der Synodalkandidaten wurde seitens der Kirchengemeinden wie auch der anderen an der Synodalwahl Beteiligten als große Entlastung wahrgenommen und sehr geschätzt. Sie soll daher trotz der Mehrkosten, die auch etwas zulasten der Werbung gingen, auch bei der nächsten Wahl 2019 wieder angeboten werden. (Beifall)

Neu aufgekommen bei der Wahl 2013 sind auch Fragen im Hinblick auf die Inklusion, also die aktive wie passive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Wahl. Diese Fragen müssen, auch unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Kommunalwahlrecht, disku-

(Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter)

tiert und Verbesserungen, etwa im Bereich der EDV, aufgenommen werden.

Auch zeigt ein Blick auf die Rückmeldungen aus den Wahlkreisen, dass die Schulung der ehrenamtlichen Helfer bei der Wahl weiter hohe Priorität haben muss. Insbesondere für die Verantwortlichen für die Synodalwahl muss es beim nächsten Mal besondere Angebote geben. Die neu eingeführten Geschäftsstellen der Vertrauensausschüsse waren hier ein guter Anfang. Nun sollte die Handhabung der Bekanntmachung der Wahl der Landessynode und der Kandidierenden doch noch etwas mehr vereinheitlicht werden.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wahlvorgangs konnten wir, dank der online durchgeführten Kirchenwahl in der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck, einen Blick in die Zukunft werfen. Aus heutiger Sicht erachtet der Oberkirchenrat jedoch sowohl die Technik als auch die Sicherheit zur Durchführung einer Onlinewahl für noch nicht ausreichend. Dennoch muss die Möglichkeit der Onlinewahl weiter beobachtet werden.

Unabhängig davon halten wir jedoch eine weitere Verbesserung des durch EDV und Internet gestützten Angebots sowohl für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer als auch die Wählerinnen und Wähler für unabdingbar und werden darauf achten, dass von den Ehrenamtlichen wie den Hauptamtlichen nicht mehr abgefordert wird als nötig. Vor allem ihrer zuverlässigen Zuarbeit ist es zu danken, dass die Auswertung der Wahl von Herrn Prof. Dr. Lindner nun so durchgeführt und vorgestellt werden konnte. Dafür gebührt Ihnen ein ganz besonderer Dank. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Oberkirchenrat Duncker.

Liebe Synode, die Tagesordnung sieht eine Aussprache vor. Daran wollen wir auch festhalten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir grade sehr zielstrebig auf eine ausgeprägte Nachspielzeit zusteuern. Das verlangt eine hohe Disziplin von uns. Ich bitte Sie daher, bei Ihren Wortmeldungen zu prüfen, ob manche Punkte vielleicht komprimiert dargestellt werden können, oder in Zusammenhang mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt vorgebracht werden können; dieser hat ja vielfache Berührungspunkte zum jetzigen Thema.

Zweitens möchte ich Sie bitten, diese Aussprache zu nutzen, um Fragen an Prof. Dr. Lindner zu stellen, Unklarheiten zu klären, um die Zeit zu nutzen, die uns zur Verfügung steht. Ich bin ganz sicher: Dieses Thema wird uns in der Zukunft noch sehr ausführlich beschäftigen. Herzlichen Dank, dass Sie daran denken, wenn Sie jetzt Ihre Wortmeldungen anzeigen.

Jahn, Siegfried: Herr Präsident, liebe Synode! Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Lindner, für die Arbeit, die Sie sich gemacht haben. Als Theologe muss ich sagen: Auch Kirchensoziologie hat ihre Reize. Das war echt spannend. Drei Punkte sind mir aufgefallen.

Sie sprachen von einer Demokratie der Besserverdienenden. Das macht mich sehr nachdenklich. In Bezug auf

das, was wir vorher besprochen haben, zeigt sich an dieser Stelle noch einmal, dass Bildung einer der wichtigsten Arbeitsbereiche ist, die wir verfolgen sollten. Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Sie holt Menschen aus ihren sozialen Verhältnissen, mit denen sie sich sonst schwer tun, sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Wir machen Menschen mit Bildung demokratiefähig und demokratiewillig. Wir brauchen in der Demokratie willige und fähige Menschen.

Ein zweiter Punkt ist der Zusammenhang zwischen Größe und Beteiligung. Denn mir stellt sich die Frage, ob dann, wenn wir immer alles, auch unsere Kirchengemeinden, größer machen, die Verbindung und die Verbindlichkeit abnehmen. Diesen Punkt muss der Strukturausschuss, denke ich, noch einmal gut bedenken und sich überlegen, wie wir das weiter verfolgen.

Ein dritter Punkt. Mir fehlte die Beobachtung der erstmaligen Beteiligung von Jugendlichen. Wir hatten dieses Mal zum ersten Mal Jugendliche ab 14 Jahren zur Wahl eingeladen. Ich hätte dazu gern mehr gehört. Hat sich das bewährt? Wie ist es uns gelungen, mit den jungen Wählern ab 14 Jahren zu kommunizieren, sie in die Wahl einzubeziehen und sie auf die Wahl anzusprechen? Ich glaube, es gibt da beim nächsten Mal großen Nachholbedarf. Wenn Sie mir dazu ein paar Beobachtungen berichten könnten, wäre das sehr hilfreich.

Koepff, Hellger: Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Lindner, auch von meiner Seite. Mich würde als oberschwäbischen Dekan noch interessieren, ob Sie eine Korrelation zwischen der Wahlbeteiligung und der Fläche der jeweiligen Kirchengemeinden haben. Denn wir haben im Wahlkreis 26, in der Diaspora, die schlechteste Wahlbeteiligung in der ganzen Landeskirche und machen uns natürlich Gedanken, wie wir da etwas verändern können.

Eine zweite Frage: Gibt es zahlenmäßige Anhaltspunkte für die Wahlbeteiligung der Gemeindeglieder, die einen russlanddeutschen Hintergrund haben? Mein Verdacht ist, dass ihre Wahlbeteiligung sehr gering ist. Das ist natürlich ein Spiegel der Beteiligung insgesamt.

Zum Dritten wäre es spannend zu wissen, wie viele derjenigen, die in Kirchengemeinderäte gewählt wurden jetzt, auch in kommunale Gremien gewählt wurden. Diese Schnittstelle wäre für mich eine interessante Größe. Denn wenn das viele sind, gibt es offensichtlich kein Zeitproblem, sondern spielen andere Faktoren eine Rolle.

Ich habe den Eindruck, dass so viele Kandidatinnen und Kandidaten, die wir angefragt haben, abgesagt haben, weil sie davor riesengroße Angst hatten, nicht gewählt zu werden, vor allem, wenn es nur eine oder zwei Personen mehr sind. Die Beschämung, in der Gemeinde dazustehen und nicht gewählt worden zu sein, hält viele davon ab zu kandidieren. Ich glaube, dem muss man irgendwie entgegenwirken. Dazu, wie das geschehen soll, habe ich im Moment keine Vorstellungen. Aber das ist ein gemeinsamer Auftrag.

Ein Letztes, Herr Duncker. Bei der nächsten Wahl eine flächendeckende Briefwahl anzubieten oder durchzuführen, halte ich für den richtigen Weg.

Braun, Wilfried: Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Ein herzlicher Dank auch von meiner Seite, Herr Prof. Dr. Lindner. Ich habe zunächst eine Frage zum Zusammenhang von Kommunikation und Wahlverhalten. Bei uns, das heißt, im Kirchenbezirk Backnang, also in der Gegend am Rand von Stuttgart, hat sich gezeigt, dass gerade die 14- bis 20-Jährigen sehr stark auf persönliche Einladungen reagiert haben. Wir haben die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe ausgewertet. Dort, wo die Jugendleiter einen Wettbewerb angeboten haben oder wo die Pfarrerrinnen oder Pfarrer ein eigenes Kärtlein zur Erinnerung an die Wahl geschickt haben, hat sich die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe teilweise um den Faktor 20 erhöht. Meine Frage: Kann man das auch für andere Gebiete sagen?

Das Zweite bezieht sich auf die Attraktivität des Ehrenamtes. Kann es sein, dass Faktoren wie die Verbesserung der Kommunikation der Bedingungen der Kirchengemeinderatsarbeit nach außen hin, dass z. B. klar ist, dass für Wochenendtagungen kein Eigenbeitrag erhoben wird oder dass sich die Gewählten nicht zu Hausmeisterdiensten und Küchendiensten oder zum Austragen des Gemeindebriefs verpflichten, die Attraktivität, sich aufstellen zu lassen, erhöhen können? Ich wäre dankbar, wenn Sie auf diese Fragen eingehen könnten.

Herrmann, Angelika: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitsynodale, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lindner! Ich möchte unser Augenmerk noch einmal auf die Doppelwahl richten. Mir ist bei Wahlveranstaltungen oft begegnet, dass die Leute gefragt haben: Wo wähle ich denn die Synode? Offensichtlich ist nicht bei allen angekommen, dass man gleichzeitig mit der Kirchengemeinderatswahl auch die Synodalwahl durchführt. Ich denke, darauf müsste man bei nächsten Mal mehr achten.

An Sie, Herr Prof. Dr. Lindner, die Frage, ob es Erkenntnisse oder Zahlen zu der Frage gibt, wie viele, die den Kirchengemeinderat gewählt haben, auch die Synode gewählt haben. Gibt es da Prozentzahlen? Inwieweit gibt es zum Zweiten von Ihrer Seite Vorschläge oder Impulse, wie man darauf eventuell eingehen und sein Augenmerk richten kann?

Fritz, Michael: Sehr interessant ist die Auswertung, wie sich die Gremien zusammensetzen. Wir haben etwas über Kirchengemeinderäte und auch über die Landessynode gehört. Gibt es im Rahmen Ihrer Auswertung auch eine Aussage, wie sich die Bezirkssynodalen und die Mitglieder, die nicht Theologen sind, in den KBAs zusammensetzen? Es wäre interessant zu sehen, ob es da einen Filter gibt oder ob es die gleiche Zusammensetzung wie in den Kirchengemeinderäten auch in den höheren Ebenen der Strukturen gibt. Wenn es dazu keine Erkenntnisse gibt, wäre es eine Anregung, das zumindest für die Bezirkssynoden auszuwerten.

Beck, Dr. Willi (Unisa): Verehrter Präsident, liebe Synodale! Ich habe eine Frage zur Kommunikation der evangelischen Kirche mit ihren Mitgliedern. In der 5. KMU habe ich von selbstbewussten Akteuren gelesen. Ich habe den Eindruck, daran ist etwas Wahres.

Ich hatte ein Erlebnis auf einem Parkplatz, wo ich mit Menschen ins Gespräch gekommen bin, die ich einfach fragen wollte, wie sie zur Kirche stehen, und auf die Wahl aufmerksam machen. Ich habe da mit einer Frau gesprochen und ihr von meinem Traum und von meiner Vision berichtet, wie Kirche sein kann. Sie hat mir gesagt: „Ich verstehe nicht, was Kirche will, und habe meine Wahlunterlagen bereits weggeworfen. Ich habe bestimmte Erfahrungen mit Kirche gemacht und deswegen gehe ich nicht wählen.“

Dann bin ich mit ihr ins Gespräch gekommen, habe ein bisschen mit ihr zusammen geträumt und am Ende des Gesprächs sagte sie zu mir: „Wo bekomme ich neue Wahlunterlagen her?“ Was ich damit sagen will: Haben wir vielleicht ein Kommunikationsproblem, unsere Träume von Kirche zu transportieren, damit potentielle Wähler und Wählerinnen möglicherweise doch zur Wahl gehen, obwohl sie als religiöse Akteure schon abgewählt haben? Also: Wie kommen wir an kirchenferne Milieus und braucht's vielleicht auch, dass ist nur eine Idee, die mir gekommen ist, Herr Prof. Dr. Lindner, plurale Gemeindekirchen-Ansätze, um an diese Milieus ranzukommen und ihnen unseren Traum von Kirche zu vermitteln.

Ein Letztes: In unserem eigenen Gemeindeprojekt, in Akzente Sulzbach, habe ich natürlich auch zur Wahl aufgefordert und habe sie ermutigt, zur Wahl zu gehen und dafür einen Gemeindeabend eingerichtet. Das Interessante und Spannende für mich ist gewesen, dass erstens sehr viele Leute gekommen sind und dass zweitens sie alle nicht wussten, wozu und warum sie wählen gehen sollen, obwohl sie mit ihrer Gemeinde vor Ort hoch verbunden sind. Auch das signalisiert also ein Kommunikationsproblem der Kirche, auch der Landeskirche als solcher, zum Ausdruck zu bringen, wozu wir da sind, was unsere Aufgabe ist und was fehlen würde, wenn es uns nicht gäbe. Vielen Dank.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank. Wir beenden damit die Aussprache und ich sage ein ganz dickes Dankeschön für die Disziplin, die Sie gezeigt haben. Herr Prof. Dr. Lindner, viele Fragen an Sie. Ich darf Sie bitten, mögliche Antworten darauf zu geben.

Lindner, Prof. Dr. Herbert: Bildung: Ja. Größe: Bitte beachten Sie, es geht um die Gemeindekirche. Da ist ein wichtiges Element Partizipation. Größere Gemeinden haben noch andere Möglichkeiten und deswegen muss man hier sehr sorgfältig abwägen. Jedenfalls die einflächige Strategien: Größer ist besser, sind zu einflächig, aber auch die Position kleiner ist besser, trifft so nicht zu. Es geht um eine Balance.

Die Erstwählenden schlagen sich in den hohen Zahlen der 14-17-Jährigen nieder; sie wurden angesprochen.

Die Fläche ist in der Regel in dem Prozentsatz der Evangelischen beinhaltet. Aus Bayern kann ich sagen: je größer die Fläche, desto geringer die Beteiligung. Diesen spezifischen Wert habe ich in Württemberg nicht mit erhoben.

Russlanddeutsche: Vermutung: Sie beteiligen sich nicht so an unserer Gemeindekirchenratswahl. Zahlen habe ich im Augenblick nicht.

(Lindner, Prof. Dr. Herbert)

Kommunale Schnittstellen der Gewählten: Aus anderen Untersuchungen ist klar, es gibt einen Teil von Menschen, die sehen sich für das Gemeinwesen verantwortlich, für Vereine, für Parteien, Kommunen und Kirche. Sie haben eine große Schnittmenge.

Die Angst, nicht gewählt zu werden: Die Bayern halten es aus. (Heiterkeit) Etwas ernsthafter: Da ist ein längerfristiger Kommunikationsprozess nötig. Ob es mit den stammesmäßigen Mentalitäten zusammenhängt, (Heiterkeit) dass man leichter kränkbar ist, weiß ich nicht. Aber wenn das Profil des Mitglieds im Kirchengemeinderat noch deutlicher wird, wie es einige von Ihnen angeregt haben, könnte die Bereitschaft, zur Kandidatur steigen. Und es gibt auch andere Möglichkeiten für Nichtgewählte. Sie halten es ja auch aus durch das Häufeln, wo deutlich wird, Mensch A als Vorsitzender hat vielleicht doppelt so viele Stimmen wie Mensch B. Sie lassen das Häufeln zu, und Sie veröffentlichen die Stimmenwerte. Also eine gewisse Stresstabilität setzen Sie ohnehin voraus.

Das Gelingen von Kommunikation hat zwei Elemente. Die Intensität der Kommunikation und die Mobilisierbarkeit des Empfängers oder der Empfängerin. Natürlich ist die Jugend stärker mobilisierbar. Insgesamt ist deutlich: Je persönlicher und je dichter die Kommunikation ist desto besser. Ich denke, wir haben hier nachzuholen in der Motivation von Gemeindegliedern, die sagen, ich gehe hin auf den Parkplatz, ein wunderbares Beispiel, und werbe. Für die Kirchengemeinderatswahlen, so denke ich, sind die Grenzen ziemlich dicht. Menschen, die sich der Kirche verbunden fühlen und die mich sympathisch finden, wenn ich sie anspreche, gehen dann doch nicht zur Wahl, weil die Wahl für sie so wichtig nicht ist.

Über die Doppelwahl wäre noch einmal zu befinden. Sie wissen, beim Bergsteigen ist man auf einem Berg, man denkt, man ist oben und sieht plötzlich neue Berge. So geht es mit Auswertungen, es ergeben sich immer wieder neue Fragestellungen. Ich denke, ich schaue mir das noch einmal an.

Leider habe ich keine weiteren Werte und kann nicht verfolgen, wie der Weg vom Kirchengemeinderat zur Synode ist. Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen einigermaßen beantwortet habe. Ich bin noch ein bisschen da. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Danke, Herr Prof. Dr. Lindner. Sie haben uns viel gegeben, viele Informationen, bleiben Sie bitte noch auf der Bühne. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie so ausführlich berichtet haben. Sie dürfen versichert sein, wir werden noch lange an Sie denken und an das, was Sie gesagt haben, denn das Thema wird uns beschäftigen. Vielen Dank auch, dass Sie sich geoutet haben als Franke, das war sehr sympathisch. Ich darf Sie verabschieden mit der gleichzeitigen Bitte, bleiben Sie noch ein bisschen bei uns, damit wir im persönlichen Gespräch Sie noch manches fragen können. Damit Sie noch ein bisschen an uns denken, darf ich Sie mit einem kleinen Geschenk verabschieden. Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind.

Herr Prof. Dr. Lindner sagte mir gerade, die Präsenz von Weinbauern in Synoden sei EKD-weit sehr, sehr gering. (Heiterkeit) Bevor ich nun den Tagesordnungs-

punkt schließe, schaue ich zu Oberkirchenrat Duncker, ob er noch etwas sagen möchte.

(Zuruf Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter: Ich verweise auf die Wahlordnung!)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Das sind die Juristen, die verweisen auf die Wahlordnung. Dann darf ich diesen Tagesordnungspunkt schließen und Sie in die Pause entlassen.

(Unterbrechung der Sitzung 11:07 bis 11:30 Uhr)

Präsidentin Schneider, Inge: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf: **Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft.**

Die neueste Studie der EKD zur Kirchenmitgliedschaft (KMU) hat ein deutliches Echo in den Medien ausgelöst. Die Württembergische Landeskirche hat unabhängig davon gemeinsam mit der Badischen Landeskirche eine Sinus-Milieu-Studie in Auftrag gegeben, über die in der 14. Landessynode mehrfach berichtet wurde und deren Verwertung inzwischen begonnen hat. Um beide Studien in angemessener Weise nutzen zu können, ist es wichtig, auch die neue große EKD-Studie kennenzulernen. Ich freue mich, dass es dem Präsidium gelungen ist, dafür Herrn Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD zu gewinnen. Dieses Institut hat diese Studie verantwortlich durchgeführt, und er ist sozusagen der beste Kenner der Materie. Wir freuen uns, dass er extra von Berlin hergeflogen ist, um bei uns zu sein. Wir heißen Sie herzlich willkommen, Herr Prof. Dr. Wegner. (Beifall)

Wegner, Prof. Dr. Gerhard: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Synodale! Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, hier heute über die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft mit Ihnen nachdenken zu können. Ich muss ein bisschen korrigieren. Unser Institut hat diese Befragung operativ durchgeführt, verantwortlich ist dafür aber das Kirchenamt der EKD. Das muss ich deutlich betonen. Es gibt einen wissenschaftlichen Beirat, zu dem eine ganze Reihe von Leuten gehört, die diese Untersuchung verantworten. Das sind nicht nur wir allein, aber wir sind daran beteiligt.

Folie 1

Ich möchte Ihnen einige Ergebnisse vorstellen, einiges werden Sie auch schon kennen und der Berichterstattung entnommen haben. Meine grundlegende These, die über dem Ganzen stehen soll, also meine Grunderkenntnis, unsere Grunderkenntnis, aus dieser Befragung ist das, was Sie hier schon sehen: Im Zentrum: Begegnung vor Ort.

Das Zentrum der Evangelischen Kirche, wenn man nach der Weitergabe des Glaubens fragt, wenn man nach Religiosität fragt, ist die Begegnung von Menschen vor Ort, die Begegnung in Gruppen, die Begegnung mit anderen Menschen auf verschiedenen Ebenen, in der Kirchengemeinde, in übergemeindlichen Orten, an kirchlichen Orten, wo auch immer. Im Zentrum ist diese leibhaftige Begegnung von Menschen. Das ist ganz deutlich

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

geworden. Die mediale Begegnung mit Kirche fällt demgegenüber stark ab. Das ist eine wichtige Erkenntnis dieser Studie, und sie entspricht dem, was eben Kollege Prof. Dr. Lindner gesagt hat.

Folie 2

Ich habe, wenn ich diese Präsentation mache, immer eine grundlegende Frage, und die möchte ich auch hier voranstellen. Als wir die ersten Ergebnisse veröffentlicht haben, bekam ich eine Mail von einer Pastorin aus Thüringen: „Vor 20 Jahren wurde meine Pfarrstelle mit einer anderen zusammengelegt. So hatte ich 1 450 Gemeindeglieder. Nun, nach 20 Jahren sind es noch 960. Es ist genau das eingetreten, was berechnet wurde: pro Jahr 2 % Schwund. Nun sagen Sie mir, lieber Herr Prof. Dr. Wegner, doch einmal: Was hilft mir die fünfte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) angesichts dieser Ergebnisse? Was soll ich machen, damit die Entwicklung nicht so weitergeht, damit sich irgendetwas verändert? Welche Hoffnung können Sie mir machen?“

Das geht mir seitdem immer durch den Kopf und scheint mir eine wichtige Leitfrage zu sein. Deswegen möchte ich zum Schluss versuchen, dieser Pastorin zwei Antworten zu geben. Das ist dann vielleicht repräsentativ für viele andere Fragen auch.

Folie 3

Meine Leitfrage in der Sichtung des gesamten Materials der KMU ist: Wie wird Kirchenmitgliedschaft weitergegeben? Man kann auch fragen: Wie wird eigentlich der christliche Glaube weitergegeben? Beides hängt ganz eng zusammen. Das werden Sie gleich sehen. Das ist die Leitfrage, mit der ich das gesamte Material versuche zu ordnen und Ihnen zu präsentieren. Man kann auch andere Fragen an die KMU stellen und ordnet das Material dann anders. Aber die Frage: Wie reproduziert sich unsere Kirche? ist für mich die wichtigste Frage, die auch an die Frage der Thüringer Pastorin anschließt.

Folie 4

Bevor ich in die Ergebnisse richtig einsteige, noch eines vorweg: Jedes Kirchenmitglied ist ein Sonderfall. Das muss man dabei immer im Kopf haben. Diese statistischen Daten die wir hier produzieren, sind allesamt Abstraktionen von der konkreten Begegnung mit Menschen, die entscheidend ist für die Weitergabe des Glaubens. Für die Weitergabe der Kirchenmitgliedschaft ist jedes Mitglied immer etwas ganz Besonderes, jeder Mensch ist immer etwas ganz Besonderes und lässt sich mit diesen Daten nicht einfangen und interpretieren.

Eine zweite Vorbemerkung. Wenn man solche Befragungen macht und die Ergebnisse präsentiert, dann kann man in der Ergebnispräsentation nur aufzeigen, was zusammen auftritt, welche Phänomene zusammen auftreten. Sie werden es gleich merken. Die Frage nach Henne oder Ei, was kommt von was, kann man mit einer solchen Befragung nicht klären. Was ich damit meine, ist Folgendes: Sie werden gestern oder vorgestern in den Zeitungen diese schöne Meldung gelesen haben, dass dicke Männer mehr Geld verdienen. (Heiterkeit) Das hat dann manche Männer getröstet. (Heiterkeit) Das war eine interessante Untersuchung, in vielen Zeitungen sogar auf Seite 1. Man kann feststellen, dass Männer mit Übergewicht höhere Einkommen haben als besonders schlanke Männer. (Heiterkeit)

Diese Untersuchung ist gut geeignet, um zu erklären, wie solche repräsentativen Untersuchungen funktionieren. Alles, was man damit feststellen kann, ist, dass höheres Einkommen gemeinsam auftritt mit einem gewissen Übergewicht bei Männern. Aber das erklärt eigentlich überhaupt nichts. Es erklärt nur, dass beides nebeneinander auftritt. Eine weitere Untersuchung, die nachgeschoben wurde, konnte zeigen, dass in Bewerbungsgesprächen übergewichtige Männer eher Nachteile haben. Die Logik: Ich nehme jetzt mehr zu, dann bekomme ich mehr Geld, stimmt also nicht. Ich wollte Ihnen das nur einmal als Beispiel aufzeigen, dass man nicht immer genau sagen kann, was wovon abhängt. Man kann nur sagen, was tritt gemeinsam auf, was ist miteinander verbunden.

Folie 5

Mein erster Punkt wird die Bindung an die Kirche sein. Was können wir über die Bindung an die Kirche sagen? Mein zweiter Punkt wird sein: Welche Brücken in die Gesellschaft es in unserer Kirche gibt. Mein dritter Punkt wird sein: Wie funktioniert die Weitergabe der Mitgliedschaft in der Kirche, die Weitergabe des Glaubens? Wir werden es gleich sehen. Und schließlich eine Zusammenfassung mit ein paar Antworten für die genannte Pastorin.

Folie 6

Zunächst die Bindung an die Kirche: Wir haben die Bindung an die Kirche untersucht, wie das in allen Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen immer gemacht worden ist. Die Menschen konnten sich immer selbst einstufen, wie verbunden sie der Kirche sind, und zwar anhand einer Skala. Da kommt zunächst einmal heraus, dass wir 13 % intensive Kirchenmitglieder in Deutschland haben. Früher hat man sie Hochverbundene genannt oder anders. Wir haben lieber einen neutraleren Begriff gewählt. Intensive Kirchenmitglieder sind diejenigen, die häufig den Gottesdienst besuchen, Kontakt zur Pfarrerin bzw. zum Pfarrer haben und sich am kirchlichen Leben beteiligen. Wenn man das in eine Zahl umrechnet, es ist ja eine repräsentative Untersuchung, dann kommen Sie auf etwa 3 Mio. Menschen, auf ganz Deutschland bezogen, die sich der Kirche intensiv verbunden fühlen. Das können Sie dann auch noch auf die Kirchengemeinden herunterrechnen. Wir haben ungefähr 15 000 Kirchengemeinden in Deutschland, so dass es im Schnitt 200 Menschen pro Kirchengemeinde sind, die ihr intensiv verbunden sind. Ich glaube, dass diese Zahlen relativ realistisch sind, denn ich bin lange Gemeindepastor gewesen. Das ist ungefähr die Zahl, die man erreichen kann für Engagement in der Gemeinde, Mitarbeit und Ähnliches. In Niedersachsen mag es etwas heidnischer sein als in Württemberg, aber das ist ungefähr das, was wir herausbekommen haben.

Folie 7

Nun muss man zu diesen 13 % auch sagen, dass das keine statische Größe ist. Man kann nicht sagen, wir haben diese 13 % sicher, sondern sie stellen eine Momentaufnahme dar. Das ist wie mit den Arbeitslosenzahlen, die man zu einem bestimmten Augenblick erfasst. Hier steckt auch eine große Fluktuation dahinter. Sie kennen alle das Phänomen, dass sie jemand in den Kirchenvorstand holen, der dann für die Zeit im Kirchenvorstand der Kirche hoch verbunden ist, und danach geht er aus dem Vorstand heraus und wird nicht mehr gesehen.

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

Das Phänomen gibt es. Es gibt also eine Fluktuation, so dass diese 13 % nicht sicher sind.

Folien 8 bis 10

20 % der Kirchenmitglieder engagieren sich aktiv in kirchlichen und religiösen Gruppen. Darin sind die 13 % enthalten. Das kann man auch auf Zahlen umrechnen, das will ich jetzt aber nicht mehr machen. Wenn Sie dann weiterschauen, haben wir hier eine überraschende Zahl, die wir so in den Untersuchungen bisher noch nie abgefragt haben. Wir haben die Leute gefragt, in wie weit sie sich ihrer Kirchengemeinde verbunden fühlen, und haben festgestellt, dass sich tatsächlich 44 %, das ist eine sehr hohe Zahl, die hatten wir so nicht erwartet, ihrer Kirchengemeinde sehr oder ziemlich verbunden fühlen. Etwas verbunden fühlen sich darüber hinaus noch 24 %. Das ist eine für uns überraschend hohe Zahl von Menschen, die sich der Kirchengemeinde verbunden fühlen. Wir hatten immer die Diskussion, welche Grenzen eigentlich die Kirchengemeinden haben. Es gibt auch Menschen, die fühlen sich der Kirche verbunden, aber nicht der Kirchengemeinde. Aber hier sieht man, dass die Verbundenheit mit der Kirchengemeinde doch erstaunlich hoch ist. Das Ganze ist noch erstaunlicher, wenn Sie jetzt die nächste Zahl dazu sehen. Die Zahl derjenigen, die sich der Kirchengemeinde verbunden fühlen, ist ungefähr äquivalent der Zahl derjenigen, die sich der Kirche insgesamt verbunden fühlen. Das ist ein interessantes Ergebnis. Also Verbundenheit mit der Kirchengemeinde und der Kirche insgesamt weisen dieselben Größenordnungen auf.

Das ist schon ein erstaunliches Ergebnis an dieser Stelle. Wir haben also nicht dieses Phänomen, dass es eine ganz große Zahl von Menschen gibt, die sich der Kirche verbunden fühlen, aber nicht der Kirchengemeinde. Das gibt es nicht. Das ist eine interessante Sache, über die wir immer viel diskutiert haben.

Folie 11

73 % der Kirchenmitglieder wollen nicht austreten. Das ist die höchste Zahl, die wir bisher bei Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen gemessen haben. Dazu kommen dann noch 11 %, die sagen, sie überlegten hin und wieder, ob sie austreten, aber sie würden in naher Zukunft nicht austreten. Nur ungefähr 8 % der Kirchenmitglieder kündigen an, dass sie in Kürze austreten werden. Das ist die stabilste Situation, die wir bisher gemessen haben. Das ist ein ermutigendes und tolles Ergebnis.

Folie 12

Es gibt eine weitere interessante Parallelisierung. Die Zahl derjenigen, die nicht austreten wollen, ist ungefähr gleich hoch mit der Zahl derjenigen, die einen Pfarrer oder eine Pfarrerin kennen. Das verweist noch einmal auf die These, dass sich das Wichtigste bei uns in der Begegnung vollzieht. 75 % kennen einen Pfarrer oder eine Pfarrerin. Das ist eine sehr hohe Zahl. Fragen Sie einmal, wie viele Leute in der Gewerkschaft den Gewerkschaftschef persönlich kennen. Das ist also schon eine sehr hohe Zahl. Man kann sie allerdings differenzieren, denn man muss unterscheiden: Kennt man einen Pfarrer oder eine Pfarrerin nur vom Sehen, oder hat man auch einen Gesprächskontakt zu ihm oder zu ihr? Das macht schon noch einen gewaltigen Unterschied aus.

Nun kann man in diese Zahlen noch näher einsteigen und Verbindungslinien herstellen, also Parallelisierungen vornehmen, und man stellt dann enge Zusammenhänge fest zwischen der Verbundenheit mit der Kirche und der Religion. Je religiöser die Menschen sind, desto verbundener sind sie der Kirche. Je weniger religiös sie sind, desto weniger verbunden sind sie mit der Kirche. Wir haben in dieser Hinsicht eine Identität feststellen können, die uns alle ebenfalls überrascht hat.

Für die Fachleute unter Ihnen: Der Korrelationskoeffizient zwischen Religiosität und kirchlicher Verbundenheit liegt bei 0,81. Das heißt, aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind Religion und Kirche in der Sicht der Menschen fast identisch. Wenn man nach Religion sucht findet man sie in der Kirche. Außerhalb von Kirche, in anderen Bereichen der Gesellschaft, findet man sie sehr viel weniger. So sehen das die Menschen; in ihrer Sicht ist das so. Theologen sehen das vielleicht manchmal anders; sie müssen es notwendigerweise auch anders sehen. Aber in der Sicht der Leute ist eine große Identität gegeben, und man muss darüber diskutieren, was das bedeutet.

Folie 13

Dann gibt es des Weiteren enge Zusammenhänge zwischen der Verbundenheit und dem diakonischen und sozialen Interesse. Je stärker die Menschen mit der Kirche verbunden sind, desto stärker ist ihr Interesse, dass sich die Kirche diakonisch und sozial engagiert. Auch das ist ein interessantes Ergebnis. Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen kirchlicher Verbundenheit und Engagement. Das Engagement der Menschen in der Kirche, aber auch das Engagement der Menschen im zivilgesellschaftlichen Bereich, in der Politik oder in Vereinen, ist umso stärker, je mehr die Menschen der Kirche verbunden sind. Die kirchliche Verbundenheit, die konfessionelle Zugehörigkeit sorgt offensichtlich dafür, dass sich Menschen gern für das Gemeinwohl engagieren.

Je verbundener, desto mehr Interesse für die Verkündigung, das wundert uns jetzt nicht. Gleichzeitig ist jedoch auch das Interesse an politischen Äußerungen der Kirche größer, je stärker die Verbundenheit ist. Wenn man sich die Kirchenmitgliedschaft im Durchschnitt anschaut, diese Ergebnisse haben wir auch in der letzten Untersuchung schon gehabt, kann man feststellen, dass das Interesse daran, dass sich die Kirche politisch äußert, relativ gering ist. Es rangiert weit hinten. Wenn man jedoch die stärker verbundenen Mitglieder betrachtet, die religiöseren Mitglieder, dann zeigt sich ein vergleichsweise hohes Interesse an politischen Äußerungen der Kirche. Die Leute, die sich enger verbunden fühlen, haben hieran auch ein stärkeres Interesse.

Folie 14

Ich komme zum Stichwort „Kirchliche Demografie“. Ich habe diesen Begriff in Anführungszeichen gesetzt. In umgekehrter Korrelation zeigt sich, auch dies kam im vorherigen Vortrag schon zum Ausdruck: Je stärker die Menschen der Kirche verbunden sind, desto älter sind sie. Das ist interessant, aber das ist nichts Neues. Je weniger sie verbunden sind, desto jünger sind sie. Dies kann man im Großen und Ganzen nach wie vor so sagen. Grundsätzlich ist es auch nach wie vor so, auch das haben Sie vorhin schon gesehen, dass es einen lebenszyklischen Effekt gibt. Als Jugendlicher ist man etwas

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

mehr verbunden. Dann nimmt die Verbundenheit ab, und als älterer Mensch ist man dann wieder stärker verbunden. Wenn man sich dies im Generationenvergleich anschaut, kann man feststellen, dass jede nachfolgende Generation bisher immer auf einen niedrigeren Level gestartet ist und dass insgesamt das Niveau abgesunken ist. Wir haben aber in dieser KMU leicht steigende Religiositäts- und Kirchlichkeitswerte bei den Jüngeren festgestellt; keine Trendumkehr, aber leicht steigend; das kann ja eine gewisse Dynamik in die Sache bringen.

Folie 15

Schließlich ein weiterer Umkehrschluss: Je weniger die Menschen der Kirche verbunden sind, desto stärker ist ihre Bindung an die Kirche nur noch, ich möchte es einmal so ausdrücken: traditionell und konventionell. Für einen Großteil der Kirchenmitglieder, die der Kirche nicht so stark verbunden sind, ist der einzige Grund, warum sie in der Kirche sind, der, dass auch die Eltern in der Kirche sind oder weil es sich so gehört. Dass sind Gründe, die für alle eine Rolle spielen. Aber für die intensiveren Mitglieder gibt es darüber hinaus weitere Gründe, warum man in der Kirche ist. Für die weniger Verbundenen existieren nur noch diese Gründe. Wenn jedoch nur noch diese Gründe existieren, dann ist die Fragilität der Kirchenmitgliedschaft, also die ihre Zerbrechlichkeit, naturgemäß stärker ausgeprägt.

Je weniger verbunden die Menschen sind, desto weniger sind sie an politischen Äußerungen der Kirche interessiert, und desto indifferenter sind sie. Diese Indifferenzthese wird heftig diskutiert. Indifferenz konstatieren wir immer dann, wenn Menschen auf die Frage: „Was bedeutet Ihnen Kirche? Was bedeutet Ihnen Religion?“ antworten: „Das ist mir gleichgültig.“ Dann konstatieren wir Indifferenz. Das kann man bei einem kleinen Teil der Kirchenmitglieder feststellen, außerhalb von Kirche, bei den Konfessionslosen, allerdings in einem großen Ausmaß. Das meinen wir hier mit dem Begriff Indifferenz. Indifferenz bedeutet, dass mich die Kirche weder positiv noch negativ aufregt. Das ist dann nichts, was mich interessiert, es ist aber auch nichts, was mich auf die Palme bringt; es ist einfach Gleichgültigkeit. Indifferenz ist ein Phänomen, das in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist. Darüber, was das genau heißt, muss noch viel nachgedacht werden.

Bei all diesen Zusammenhängen gibt es eine Ausnahme, und diese ist interessant: Das ist das Interesse an sozialer Aktivität der Kirche. Dieses Interesse zieht sich durch alle Gruppen und durch die große Kirchenmitgliedschaft hindurch. Wenn man die Kirchenmitglieder fragt: „Was soll die Kirche hauptsächlich machen?“, dann stehen soziale Aktivitäten ganz oben. Die sozialen Aktivitäten der Kirche beglaubigen für die Menschen, ich sage es einmal etwas pathetisch, den Wahrheitsanspruch des Glaubens. Das gilt zumindest für viele. Das ist eine ganz entscheidende Sache: Diakonie hat etwas mit der Glaubwürdigkeit von Kirche zu tun. Das muss man, denke ich, ernst nehmen.

Folie 16

Was die religiöse Vielfalt betrifft, so haben wir hier ebenfalls interessante Ergebnisse: Das Interesse an religiöser Vielfalt, also das Interesse an anderen Religionen und an anderen religiösen Phänomenen findet sich vor

allem bei denjenigen, die eine engere Bindung an die Kirche haben. Etwas flapsig formuliert: Wir haben früher viel über Patchworkreligiosität nachgedacht, Patchworkreligiosität ist eine Form der Religiosität, in der sich Menschen aus verschiedenen Religionen ihre eigene Religion zusammenbasteln und alles Mögliche da hineintun; das muss nicht unbedingt christlich sein, sondern kann von überall herkommen. Diese Form der Religiosität gibt es. Sie findet sich aber häufiger bei den höher Verbundenen in der Kirche. Sie ist nicht irgendwo außerhalb zu finden; da kommt sie gar nicht so häufig vor. Sie findet sich bei unseren eigenen Leuten. Das muss man ernst nehmen. Diese Erkenntnis ist auch nicht unbedingt über-raschend, aber sie ist wichtig.

Folie 17

Noch einmal zum Thema der intensiven Mitgliedschaft: Intensive Mitglieder kommunizieren häufig religiös. Sie beten sehr häufig, häufiger als andere, und auch das ist interessant, zwei Drittel der intensiven Mitglieder lehnen ein wörtliches Bibelverständnis ab. Wir haben die Frage nach dem Bibelverständnis extra gestellt, weil wir wissen wollten, wie viele Fundamentalisten es in unserer Kirche gibt, Fundamentalisten werden anhand von verschiedenen Kriterien als solche verstanden. Man sieht an dieser Auskunft über das Bibelverständnis, dass dies nicht das Problem in unserer Kirche sein kann. Auch fromme Menschen sind in unserer Kirche keine Fundamentalisten, sondern sie sind hoch verbundene, hoch religiöse Menschen. Fundamentalismus ist jedoch noch etwas ganz anderes, und es schien uns wichtig, dies noch einmal festzuhalten.

Folie 18

Schließlich als letzter Punkt das Thema Bindung und Indifferenz. Ich habe eine Aussage gehört, die ich Ihnen zitieren möchte: „Da war mal die Überlegung, dass ich austrete. Aber nein, dachte ich, eigentlich finde ich es ja gut, was Sie machen. Aber was machen Sie eigentlich?“ (Heiterkeit)

Diese Aussage beschreibt so schön, wie es mit der Gleichgültigkeit funktioniert. Dabei ist diese Form von Gleichgültigkeit noch eine eher warme Gleichgültigkeit. Da gibt es noch einen positiven Bezug zur Kirche. Es ist einem nicht völlig egal, was bei der Kirche geschieht, sondern man hat die Vorstellung: Das ist etwas Gutes, das ist etwas Schönes. Das ist eigentlich noch eine warme Beziehung. Aber man weiß nicht mehr richtig, was das ist. Sie können sich vorstellen: Wenn eine solche Haltung vorhanden ist und diese nicht irgendwie angegangen wird vonseiten der Kirche durch irgendeine Kommunikation, durch eine Beziehung, die hergestellt wird, dann kann es leicht sein, dass sich dies immer weiter reduziert und die Leute irgendwann sagen: „Ich weiß nicht, was da ist, ich weiß nicht, ob es gut oder schlecht ist. Es ist mir auch egal.“ Dann ist der Abschied von der Kirche ganz schnell vollzogen, dann wird das zu einer harten Form von Indifferenz.

Was dieses Zitat bedeutet, darüber müssen wir, wie gesagt, noch diskutieren. Aber es beschreibt das Kommunikationsproblem, das wir als Kirche an dieser Stelle haben. Diese Menschen, die sich so äußern, hätten möglicherweise gern Kontakt zur Kirche. Aber sie suchen ihn auf keinen Fall von sich aus. Das machen sie nicht. Es

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

ist so eine passive Konsumentenhaltung. Vielleicht kann man aber mit geeigneten Angeboten diese Menschen durchaus erreichen. Wenn es erst eine harte Indifferenz ist, sind die Chancen gering.

Das war jetzt mein Beitrag zum Thema Bindung.

Folie 19

Kommen wir nun zum Thema: Brücken in die Gesellschaft:

Man kann anhand der Daten schauen, wie Kirche in die Gesellschaft hinein ausstrahlt, welchen Nutzen sie für die Gesellschaft hat und wie groß ihre Reichweite ist. Ich beginne einmal beim Thema Kasualien, vor allem Taufen und Konfirmation. Kasualien sind natürlich nicht nur eine Brücke in die Gesellschaft, sondern sie sind auch unser zutiefst Eigenes.

Folie 20

Aber die Kasualien haben eine wichtige Brückenfunktion, weil an den Kasualien konfessionslose Menschen hin und wieder in einem nicht geringen Anteil teilnehmen. Wir haben Ihnen die Zahlen aufgeschrieben. Die Zahl im Westen ist nicht ganz überraschend; aber die 25 % im Osten sind sehr hoch. Wenn man bedenkt, zu welchem geringem Anteil die Kirche im Osten vorhanden ist, ist die Zahl von 25 % wirklich beträchtlich. Das heißt, aber das wissen Sie aus eigener Erfahrung natürlich, wir haben bei Kasualfeiern immer Menschen dabei, die ihren Abschied von der Kirche schon vollzogen haben und für die die Kasualien wieder eine Chance der Begegnung mit Kirche sind. Deswegen ist die Gestaltung der Kasualien in dieser Hinsicht von ganz großer Bedeutung. Darüber, ob sie deswegen eine missionarische Qualität bekommen, muss man diskutieren. Aber zumindest steckt an dieser Stelle eine deutliche Chance.

Folie 21

Eine zweite Brücke in die Gesellschaft, ich habe es vorhin schon angedeutet, ist die Diakonie, weil das Vertrauen der Evangelischen in die Diakonie erwartungsgemäß sehr groß ist und umso höher ist, je verbundener die Menschen der Kirche sind. Aber auch konfessionslose Menschen haben mit 36 % ein erstaunlich hohes Vertrauen in Einrichtungen der Diakonie. Sie erwarten von der Kirche sogar zu 56 %, dass sie solche Einrichtungen betreibt.

Das Soziale kann eine Brücke sein. Allerdings ist natürlich die Frage, was Menschen in unseren sozialen Einrichtungen genau erleben. Erleben sie da etwas Religiöses? Wahrscheinlich eher nicht. Aber sie erleben etwas von Kirche, was ganz stark mit der Glaubwürdigkeit von Kirche zu tun hat.

Folien 22 und 23

Ähnlich ist es mit dem Bildungsbereich. Für das Unterhalten evangelischer Kindertagesstätten spricht sich die große Mehrheit der Evangelischen über alle Altersgruppen aus. Hierfür sprechen sich aber sogar auch Mehrheiten der Konfessionslosen aus. Das gleiche Bild haben Sie bei evangelischen Schulen, ein bisschen schwächer als bei Kindertagesstätten, aber im Grunde genommen ganz ähnlich. Diese Bildungsaktivitäten, Kindergärten und evangelische Schulen, sind also eine wichtige Brücke aus der Kirche in die Gesellschaft hinein. Auch hier kann man

natürlich noch tiefer in die Analyse gehen und fragen, warum Konfessionslose das gut finden. Aber unabhängig davon, wie die Frage beantwortet wird, schicken sie ihre Kinder in diese Einrichtungen, und das ist ein tolle Chance für uns.

Folie 24

Eine weitere Brücke ist das zivilgesellschaftliche Engagement der Kirchenmitglieder. Die Kirchenmitglieder stellen einen erheblichen Fundus für die Integration in die Gesellschaft dar. Wir konnten das in der KMU nicht so deutlich belegen. Aber die Bundesregierung erhebt alle paar Jahre die Situation des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland, und in einer Analyse des letzten Freiwilligen-Surveys konnten wir deutlich belegen, dass sich konfessionell gebundene Menschen in der Gesellschaft merklich stärker für das Gemeinwohl engagieren als konfessionslose Menschen. Das ist kein Gottesbeweis, wie das einige aufgefasst haben; aber es ist ein Zeichen, wie nützlich die Kirche für die Gesellschaft ist. Das hat eine Rückwirkung auf die Glaubwürdigkeit von Kirche bis hin zum Bundespräsidenten, der Pastor ist, usw. Aber das wissen Sie alles selbst.

Folie 25

Nun zu der Weitergabe der Mitgliedschaft in der Kirche, also zu der Frage, wie sich die Kirche reproduziert. Zunächst einmal haben wir die Menschen in der Studie ausführlich zur religiösen Kommunikation gefragt. Wir haben sie gefragt: Mit wem unterhalten Sie sich über religiöse Themen? Wie oft beten Sie? Wie oft gehen Sie in den Gottesdienst? Alle diese Fragen haben hiermit zu tun.

Folie 26

Das Ergebnis bei der Frage, wie oft sich die Menschen über religiöse Themen unterhalten, war insgesamt ein bisschen ernüchternd; denn über religiöse Themen unterhalten sich nicht allzu viele Menschen unter den Kirchenmitgliedern. Wenn sie es tun, tun sie es im privaten Bereich mit einer oder zwei Personen, im Rahmen der Familie oder im Rahmen von Freundschaften. Ein Gespräch über Religion ist also etwas Persönliches und wahrscheinlich Existenzielles, das man nicht außerhalb von Kirche und nicht in öffentlicheren Formen, nicht so stark auf der Arbeit und nicht so stark anderswo, führt.

Es gab richtige Enttäuschungen, dass sich Menschen z. B. zwar über den Sinn des Lebens austauschen, sich aber nur 7 % der Kirchenmitglieder religiös über den Sinn des Lebens austauschen. Das muss man sehen. Eine Öffentlichkeit religiöser Kommunikation gibt es also nach unserer Studie im wirklichem Umfang eigentlich nur in der Kirche. Außerhalb ist das wenig zu finden. Einige von uns hatten gehofft, dass es in der Gesellschaft so etwas wie religiöse Netzwerke gibt, also Gruppen, die sich in solchen Fragen unabhängig von Kirche und gerade auch unabhängig von Kirchengemeinden intensiver austauschen. Aber viel haben wir da nicht gefunden; das muss man sehen.

Folien 27 und 28

Für mich folgt daraus, dass wir als Kirche ganz stark Verantwortung für religiöse Kommunikation insgesamt tragen. An dieser Thematik gibt es nicht viel Interesse in der Gesellschaft. Vielmehr stehen wir als Kirche dafür ein.

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

Die Menschen sehen das auch so. Sie kommunizieren da religiös, wo es klar definierte Orte und Zeiten gibt, wo man sich religiös austauscht. Aber wenn es so etwas nicht gibt, unterbleibt das weitgehend.

In dieser Hinsicht ist die Weitergabe des Glaubens, sprich: die religiöse Sozialisation, die religiöse Erziehung in der Familie, wichtig und kritisch zu diskutieren. Ich habe Ihnen eine Tabelle aus dem Bertelsmann-Religionsmonitor mitgebracht. Sie können daraus sehen, wie sich die religiöse Sozialisation über die Altersgruppen in Deutschland entwickelt hat. Die jüngsten Altersgruppen in Deutschland erreichen, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, nur noch geringe Werte, was religiöse Sozialisation betrifft. Wenn Sie hier die Kirchenmitgliedschaft betrachten, haben Sie bei den KMUs zum ersten Mal Werte unter 50 %. Die Altersgruppe der 14- bis 21-Jährigen im Westen sagt zu 49 %, dass sie religiös erzogen wurden. 39 % halten eine religiöse Erziehung der eigenen Kinder für wichtig. Bei den Älteren ist es naturgemäß ganz anders.

Folie 29

Dies wird, wenn man immer tiefer einsteigt, aus meiner Sicht durchaus kritischer. Das muss man, denke ich, wirklich gut diskutieren. Insgesamt halten 34 %, ein Drittel, der Evangelischen eine religiöse Kindererziehung für nicht wichtig. Man kann das noch ein bisschen differenzieren und kommt dann darauf, dass diese Zahl bei denjenigen noch ansteigt, die im Augenblick Kinder haben, nämlich bei den 15- bis 49-Jährigen. 42 % dieser Altersgruppe halten eine religiöse Kindererziehung für nicht wichtig. Das ist noch nicht die 50 % Quote; aber das sind doch entscheidende Indikatoren. Da passiert etwas, was wir früher einmal Traditionsabbruch genannt haben, was die Weitergabe des Glaubens stark beeinflusst. Denn wer als Kind nicht mit Religion in Verbindung gekommen ist, hat statistisch gesehen schlechte Chancen, damit als Erwachsener in Verbindung zu kommen. Das ist ein gesicherter Zusammenhang, den man in allen Untersuchungen findet.

Folie 30

Das bildet sich in einer Zahl ab, die uns völlig überrascht hat. Denn wir haben die Taufbereitschaft betrachtet. Die Evangelischen haben im Durchschnitt nach wie vor eine sehr hohe Taufbereitschaft: Mindestens 90 % aller Evangelischen wollen ihre Kinder taufen lassen. Das war immer so, und es ist auch so geblieben. Aber die Taufbereitschaft der mit der Kirche weniger Verbundenen ist in den letzten zehn Jahren von 79 % auf 59 % zurückgegangen. Das kann man nicht anders denn als Einbruch bezeichnen. Das muss zu der Überlegung führen, was wir als Kirche an dieser Stelle machen können. Das hat nämlich auch Folgen für den weiteren Weg, z. B. die Konfirmation. Wir haben in Hannover, um ein Beispiel aus meinem unmittelbaren Erfahrungsbereich zu geben, im Augenblick die Situation, dass wir unter den möglichen Konfirmanden nur noch 50 % erreichen. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist.

Diese Situation setzt sich fort. Als ich noch Gemeindepastor war, wurden die Konfirmanden immer von den Eltern angemeldet, und man hatte sozusagen immer alle aus einem Jahrgang dabei. Heute bekommen sie einen Brief nach Hause und sollen sich selbst anmelden. Das

führt dazu, dass man sich nur anmeldet, wenn sich auch die Freunde anmelden. Das führt zu einer Reduktion und hat etwas mit Familie zu tun.

Aber das ist eine Situation, wo wir uns alle zusammen überlegen müssen, was man machen kann.

Folie 31

Dies alles zusammen genommen führt dann zu dieser Situation bei den Jugendlichen. Hier die Angaben aus dem Westen: 22 % der Jugendlichen fühlen sich sehr verbunden, nicht verbunden 52 %, als religiös stufen sich 12 % ein, dass ist leicht erhöht gegenüber von vor zehn Jahren, Reden über Religion 16 %. Die 12 %, die sich als religiös einstufen, korrespondieren im Übrigen mit Zahlen, die wir aus der evangelischen Jugendarbeit und auch der Arbeit mit Studentengemeinschaften haben. Diese Zahlen sind nicht ganz gesichert, aber es ist auch in der evangelischen Jugendarbeit so, dass wir sagen können, wir erreichen etwa 10 % der kirchlichen Jugendlichen. Auch bei den Studentengemeinden kann man ungefähr diese Zahl ansetzen. Diese Zahl ist also nicht unrealistisch und sie ist auch seit einiger Zeit relativ konstant. Es ist auch keine geringe Zahl, aber die Zahl muss man trotzdem auf sich wirken lassen.

Folie 32

Die Austrittsbereitschaft ist verbunden mit geringer subjektiver Religiosität. Sie ist vor allen Dingen verbunden mit geringer religiöser Erziehung und geringer religiöser Sozialisation. Der Zusammenhang ist eindeutig. Letzten Endes ist Austrittsbereitschaft mit Gleichgültigkeit verbunden, wo sie denn einsetzt. Man kann nicht sagen, dass unsere Kirchenmitglieder jetzt in großem Ausmaße gleichgültig wären, das wäre völliger Unsinn. Es ist nur eine kleine Gruppe, von der man das sagen kann.

Folie 33

Faktor Gemeindepfarrer/Gemeindepfarrerin: Die Kenntnis und der Kontakt zum Gemeindepfarrer/der Gemeindepfarrerin sind von großer Bedeutung für die Bindung zur Kirche und zur eigenen Religiosität. Wir haben bei der Untersuchung immer unterschieden zwischen persönlichem Kontakt, also Gesprächskontakt, und namentlicher Kenntnis oder Kenntnis nur vom Sehen. Sie sehen aus der Tabelle, dass wir bis zur letzten Untersuchung immer eine große Zahl von Menschen hatten, über 50 %, die einen Gesprächskontakt zum Gemeindepfarrer/zur Gemeindepfarrerin meldeten. Das sind sehr hohe Zahlen. Da kann man sich fragen, ob es so realistisch ist. Aber die Zahlen sind so genannt worden. In etwa einem Drittel in der letzten Befragung hatte man gesagt, man kennt einen Pastor vom Sehen oder vom Namen her. Was sich jetzt abzeichnet ist, dass dieser persönliche Kontakt drastisch heruntergegangen ist, von 52 % auf 38 %. Beim Sehen ist es etwas hochgegangen. Wenn Sie diese beiden Zahlen addieren, ist alles immer gleich. Das ist positiv, aber dass der persönliche Kontakt weniger geworden ist, darüber muss man nachdenken, woran das eigentlich liegt. Wir haben natürlich in Deutschland insgesamt weniger Pastoren als vor zehn Jahren; das ist deutlich zu erkennen. Aber das kann nicht der einzige Grund sein.

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

Folie 34 und 35

Diese Frage ist deswegen so wichtig, weil das Engagement und die Bindung zur Kirche dann deutlich ansteigt, wenn der Gesprächskontakt zum Pfarrer/zur Pfarrerin dazukommt. Das tritt beides zusammen auf und stabilisiert sich sozusagen gegenseitig. Das ist eine wichtige Funktion der Präsenz von Pfarrerinnen und Pfarrern, diese haben eine wichtige Rolle. Andere kirchliche Mitarbeiter natürlich auch. Um das zu demonstrieren, haben wir eine Tabelle gemacht: Hatten Sie im letzten Jahr Kontakt zu einem Pfarrer oder einer Pfarrerin? Wieviel Kontakt hatten Sie zu kirchlichen Mitarbeitern? Dann kommen Sie auf diese Zahlen. Der Kontakt zum Pfarrer/zur Pfarrerin dominiert, aber andere kirchliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter haben auch eine ganz entscheidende wichtige Bedeutung für die Bindung zur Kirche und für den Kontakt. An erster Stelle wird immer die Sekretärin im Gemeindebüro genannt, die Mitarbeiterin in der Jugendarbeit, bei Ihnen kommt sicher auch der Diakon/die Diakonin dazu. Die haben wir nicht eigens untersucht, spielt aber eine wesentliche Rolle. Die Kontaktpflege zu den anderen Mitarbeitern ist also in keiner Weise zu vernachlässigen; sie ist sehr wichtig, aber man kommt um die wichtige Rolle des Pfarrers/der Pfarrerin nicht herum.

Folie 36

Deswegen eine Folgerung unserer Studie: Nicht nur die Gemeinde, sondern auch die kulturkirchlichen Formen der Beteiligung werden ganz überwiegend von Menschen wahrgenommen, die in einem persönlichen, meist gesprächswisen Kontakt zur einem Pfarrer/einer Pfarrerin stehen. Das ist jetzt nicht Henne und Ei. Ich kann jetzt nicht sagen, ich kenne einen Pfarrer und daraus folgt dann dieses oder jenes. Man kann immer nur sagen, es tritt beides gemeinsam auf, es stabilisiert sich gegenseitig und verändert sich dann eben auch zusammen.

Folien 37 bis 39

Das waren jetzt meine drei Punkte. Bindung, Brücken, Weitergeben des Glaubens. Was Sie gemerkt haben: Es sind eine Reihe von interessanten und kritischen Aspekten enthalten. Ich fasse das nun noch einmal zusammen. Ein erster Punkt der Zusammenfassung ist das, was ich den Cluster Kirchlichkeit und Religiosität nennen möchte. Die fast Identifizierung von Kirchlichkeit und Religiosität hat uns alle stark erstaunt. In der Sicht der Menschen findet sich Religiosität in der Kirche und sonst relativ selten in der Gesellschaft. Da muss man diskutieren, was das bedeutet. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen religiöser Sozialisation und kirchlicher Verbundenheit. Wer nicht als kleines Kind mit Glauben und Kirche positiv in einen Zusammenhang gekommen ist, für den ist später die Chance sehr gering, dass das noch funktioniert. Natürlich ist es nicht unmöglich, aber die Chancen sind sehr gering. Es gibt einen engen Zusammenhang von Erwartungen an die Kirche, Kirchenverbundenheit und Religiosität.

Gemeinde: In unserer Studie kommt deutlich zum Ausdruck, dass die Kirchengemeinde eine große Bedeutung hat, die These von der Begegnung vor Ort und von der leibhaftigen Begegnung vollzieht sich stark in Kirchengemeinden und sie vollzieht sich in der Begegnung mit Pfarrerinnen und Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Diese positive Verbundenheit zu den Kirchengemeinden, die wir erheben konnten, ist erstaunlich. Das hatten viele nicht erwartet. Das muss man ernst nehmen. Wobei eigentlich noch nicht gesagt ist, was mit Gemeinde gemeint ist. Die Leute identifizieren damit meist aber ihre Ortsgemeinde vor Ort.

Folie 40

Entscheidend ist, was die religiöse Sozialisation betrifft, der Bezug der Kirche zu Familien. Das ist der Dreh- und Angelpunkt für die Weitergabe des Glaubens und der Kirchenbindung. Dies ist eigentlich auch eine Erkenntnis, die religionssoziologisch schon mindestens 100 Jahre alt ist. Man weiß, dass die enge Verbindung zwischen Kirche und Familie entscheidend ist für die Weitergabe von Religiosität. Es bestätigt sich in unseren Untersuchungen noch einmal ganz deutlich, wenn man fragt, wer war entscheidend dafür, dass du positive Beziehungen zur Religion und zur Kirche hast. Dann ist an erster Stelle zu 60 % die Mutter entscheidend, dann kommt der Vater, dann kommen die Großeltern, dann kommt eine ganze Zeit gar nichts, und dann kommen Pfarrer und Pfarrerrinnen, Religionslehrer/Religionslehrerinnen und kirchliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen. Wir sind als Kirche auf die Familien angewiesen, das ist ein entscheidender Punkt.

Folie 41

Attraktiv für die vielen Menschen unter den Kirchengewöhnern und darüber hinaus ist das soziale Engagement der Kirche, die Diakonie, und anderes. Attraktiv sind die Bildungsaktivitäten der Kirche, attraktiv ist das, was ich Religion im Lebensverlauf nennen würde, die Begleitung von Kirche mit religiösen Angeboten im Leben, Kasualien und was dazugehört. Diese sind sehr attraktiv für viele, die sich auch nicht enger mit der Kirche verbunden fühlen, sondern die einen lockeren Zusammenhang haben.

Folien 42 und 43

Wenn man diese Faktoren zusammenzieht, kann man fragen, was man überhaupt machen kann angesichts dieser Situation. Kann man versuchen, Antworten zu formulieren? Dann aber ganz vorsichtig. Antwort 1 würde ich einmal überschreiben mit Bindungsfaktoren. Unter den Bindungsfaktoren ist vor allen Dingen eine lokale kirchlich religiöse Praxis zu verstehen. Eine kirchlich religiöse Praxis vor Ort, wobei vor Ort nicht nur Gemeinden meint, aber natürlich ganz stark, es können auch kirchliche Orte sein, es können auch übergemeindliche Angebote sein.

Aber es müssen Angebote sein, die sich vor Ort konkret in Begegnungen, in Gruppen usw. vollziehen. Dazu zählen Gemeinden, dazu zählen Pfarrerinnen und Pfarrer, dazu zählt der Bezug auf Familien, und dazu zählt auch ganz stark der Bezug auf Soziales.

Wo Sie als Kirche diese vier Größen, Dimensionen gewährleisten können, da besteht, so ist meine These, unter den gegebenen Bedingungen am ehesten die Chance, dass sich die Kirchenmitgliedschaft und auch die Weitergabe des Glaubens relativ stabil hält. Das wäre eine Sammlung von Faktoren, die hier eine Rolle spielt. Man könnte der Thüringer Pastorin vielleicht sagen: Achte darauf, dass du diese Dimension in deiner Gemeindegarbeit oder deiner kirchlichen Arbeit insgesamt gewährleisten kannst. Dann hast du die Chance, dass der Rückgang

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

von Kirchenmitgliedschaft, der nicht ganz zu vermeiden sein wird, nicht so stark ausfällt wie man heute denkt.

Die zweite Dimension möchte ich jetzt als Brückenfaktoren bezeichnen. Das möchte ich als öffentlich kirchlich-religiöse Praxis verstehen, die über den lokalen Bereich und über den Bereich von konkreten Begegnungen hinausgeht. Zu den Brückenfaktoren würde ich drei Dinge zählen. Das Soziale spielt auch hier eine große Rolle. Die diakonische Praxis der Kirche ist wichtig. Bildung spielt an dieser Stelle eine ganz große Rolle. Soziales und Bildung sind für viele kirchliche Leistungen für die Gesellschaft, für andere, die weit über den Rahmen enger Kirchenbindungen hinausgehen. Religion als Rahmen, also Religion als zivilgesellschaftliches Angebot, Gottesdienste bei Bundestageröffnungen, Gottesdienste bei Katastrophen, Notfallseelsorge, alle diese Dinge, dass Religion dort vorhanden ist, wo es nicht im engeren Sinne mit Kirchengemeinden zu tun hat, sondern weit darüber hinaus Dienste für die Integration der Gesellschaft erbringt, auch das ist wichtig. Das möchte ich als öffentlich kirchlich-religiöse Praxis bezeichnen. Wo diese drei Faktoren vorhanden sind, auch da stabilisiert das Kirchenbindung und eröffnet Wege zur Weitergabe des Glaubens.

Diese beiden Dimensionen, Bindungsfaktoren und Brückenfaktoren, scheinen mir eine Schlussfolgerung aus der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung zu sein. Das wollte ich Ihnen vorführen. Vielleicht regt das zur Diskussion an. Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Wegner, für diesen tollen Vortrag. Sie haben vielleicht gemerkt, wie aufmerksam die Synode Ihren Ausführungen gefolgt ist. Ich denke, es sind wirklich ganz wichtige Dinge, die wir in allen Strukturveränderungen, die wir jetzt vor uns haben, auch zur Kenntnis nehmen müssen.

Da der Punkt so wichtig ist, haben wir an diesem Punkt Gesprächskreisvoten vorgesehen.

Sachs, Maik: Verehrte Präsidentin, liebe Synodale! Danke, Herr Prof. Dr. Wegner, für Ihre Darstellungen. Ich nehme das Stichwort „Begegnung vor Ort“ als eine Steilvorlage.

Was haben ein ehrenwertes Berliner Ehepaar und ein Playboy-Redakteur gemeinsam?

Beide bzw. alle drei haben Deutschland den Rücken gekehrt, wollten das Vertraute und Eingefahrene hinter sich lassen und sind nach Südafrika ausgewandert, alle drei gut situiert und überzeugt konfessionslos. Sie begegnen in Südafrika einem Christentum, das ihr Weltbild auf den Kopf stellt. Sie lassen sich gewinnen, schließen sich einer Gemeinde an und machen keinen Hehl aus ihrer Veränderung. So zu lesen in einem Artikel der Zeitschrift Die Zeit. So habe ich es gehört.

Was aber hat sie angerührt? Was war der Auslöser für ihr Umdenken?

Sie sind ganz einfach einem überzeugten und alltagsrelevanten Christsein begegnet. So beschreiben sie es. Sie haben Menschen kennengelernt, die schlicht und

einfach mit ihrem Gott rechnen, mehr nicht, und doch so viel, dass sie sich nun gern an die Gestalt von Kirche binden. Ich bin sicher, dazu hätten sie nicht nach Südafrika gehen müssen. Bloß lesen wir das nicht in der Presse.

Und doch lässt sich an diesen drei Zeitgenossen etwas Interessantes beobachten, was die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung auch festhält:

- religiös sind Themen, die existentiell sind,
- von Überzeugungen wird erwartet, dass sie alltagsrelevant sind,
- sowohl die Mitgliedschaft in der Kirche als auch die Entscheidung zum Austritt aus der Kirche erwachsen aus einer persönlichen Entscheidung,
- wer der Kirche hoch verbunden ist, gestaltet diese Verbundenheit lieber aktiv als passiv und vor allem selbstbestimmt.

Worauf sollten wir deshalb achten?

1. Wir brauchen starke Ortsgemeinden, denn Kirchengemeinden sind die Orte, an denen Glaubensüberzeugungen mit dem Alltag in Beziehung gebracht werden, z. B. durch die Predigt, in Gesprächs- und Hauskreisen, in Glaubens-, Theologie- und Bibelkursen, im persönlichen Gespräch und im Besuch. Ich denke, es ist eine wichtige Erkenntnis: Die Menschen heute stellen sich existentiellen Fragen, tauschen sich aber lieber im kleinen, überschaubaren und privaten Rahmen aus. Damit Gehörtes, Gelerntes und Geglaubtes also relevant wird, braucht es die Begegnung mit Menschen.

Um es noch einmal mit Worten von Dr. Thies Gundlach in seiner Auswertung zu sagen: „Das kirchliche Christentum stellt Vergewisserungs- und Verbundenheitsressourcen zur Verfügung, die das private Christentum nicht herzustellen vermag und auf die das öffentlich Christentum angewiesen ist, um plausibel zu bleiben.“ Wir brauchen starke Gemeinden, mit denen sich die Menschen gern verbinden.

2. Ich wünsche uns Mut zur Vielfalt. Auf die Gottesdienstbefragung sind Sie nicht eingegangen. Aber mir ist aufgefallen, dass ausgerechnet der Gottesdienst am Sonntagmorgen nur noch für einen relativ überschaubaren Prozentsatz ein wichtiges Datum ist. Für knapp bis gut die Hälfte, je nach Alter, ist der Gottesdienst am Sonntag überhaupt keine Option mehr.

Schaut man sich um, dann sind es Familiengottesdienste, Segnungsgottesdienste, Gottesdienste mit Musik. Diese Erkenntnis mag all diejenigen unter uns schmerzen, für die ein Sonntag ohne Gottesdienst kein Sonntag ist. Ich meine, wir müssen die Entwicklung einfach ernst nehmen, statt an Gottesdienstformaten zu basteln, bis sie keinem mehr zusagen. Es ist unabdingbar, dass wir auch Orte wahrnehmen, an denen Gottes Geist Menschen berührt und in ihnen Glauben weckt, vielleicht gerade in einem Gesprächskreis, vielleicht in einer Marktandacht am Mittwochmorgen oder in einem monatlichen Begegnungsabend für Jugendliche und junge Erwachsene. Dazu gehört aber auch, dass wir Ehrenamtliche schulen, begleiten und ermächtigen, sich an solchen Orten verantwortlich einzubringen.

3. Wir brauchen offene Kirchen. Damit meine ich nicht nur die Kirchengebäude mit dem wohl bekannten blauen

(Sachs, Maike)

Signet und dem Hinweis auf die Öffnungszeiten. Ich denke an eine Öffnung hin zu Kommunen, Vereinen, Festen, Gedenktagen und anderem mehr. Christlicher Glaube, alltagsrelevant in Freude und Leid, im Tun und im Lassen, durch ihre Beteiligung an der Gestaltung des Lebensraums, der Präsenz bei Festen, durch unkomplizierte Nachbarschaftshilfe oder durch gottesdienstliche Angebote in Zeiten von Leid und Erschütterung, eben ganz praktisch und dadurch missionarisch.

Im Kirchenbezirk Bad Urach-Münsingen sind wir als Pfarrerschaft im Gespräch mit den Verantwortlichen des dortigen Biosphärengebiets. Ich war überrascht, wie offen deren Ohren und Herzen dafür sind, dass wir als Kirche auf Wanderwegen, bei Rundtouren und an Gedenkstätten noch präsenter werden als bisher. Unser Beitrag ist gefragt, auch wenn wir nur eine Stimme unter vielen sind. Aber daran müssen wir uns gewöhnen.

4. Unser Denken und Planen kann nicht ohne die jüngere Generation geschehen.

Die Diagnose der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung in Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene ist erschreckend. Es wird von einer Stabilität des Abbruchs gesprochen. Gleichzeitig lässt sich die Beobachtung machen, dass der Anteil der entschieden Kirchenverbundenen unter den jungen Menschen zugenommen hat. Es gibt sie also, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in unserer Evangelischen Landeskirche beheimatet sind und beheimatet bleiben wollen.

Damit sie bleiben, brauchen sie in allen Veränderungsprozessen eine gewichtige Stimme. Sie sind es, die in 30, 40 und 50 Jahren in dieser Kirche leben werden. Es wäre fatal, wir müssten eines Tages sagen, wie es eine Gemeinde nach einer gründlichen Innenrenovierung ihrer Kirche festgestellt hat: „Wir haben unsere Bänke behalten, aber unsere jungen Leute verloren.“

Selbstverständlich entscheiden wir nicht über die Bestuhlung unserer Kirchengebäude. Kirchenbänke ist für mich in diesem Fall ein Synonym für traditionell gewachsene Formen und Ordnungen, die lange gepasst haben, heute aber den Aufbruch eher hindern.

Gerade junge Leute fragen nach der Relevanz unseres Glaubens. Sie wollen wissen, ob er nur überlieferte Tradition ist oder ob er einer Veränderung standhält, gerade weil er nicht zeitgebunden ist, sondern ewig.

Natürlich müssen wir gut überlegen, was wir aufgeben können und was wir unbedingt festhalten müssen. Aber lassen Sie uns nicht zu lange überlegen, sondern lassen sie uns nach vorn denken und eine zukunftsfähige Kirche gestalten, solange wir noch eine gute Basis, ein hohes Ansehen und die Finanzen für innovative Prozesse haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Das Votum für die Offene Kirche hält Herr Prof. Dr. Plümicke.

Plümicke, Prof. Dr. Martin: Frau Präsidentin, liebe Synodale,

was treibt uns um, wenn wir uns erst vor einem Jahr mit der Sinus-Milieu-Studie und nun mit der Mitglied-

schaftserhebung der EKD intensiv beschäftigen. Wir alle haben wohl irgendwie den Eindruck, dass unsere Kirche an Bedeutung verliert. Das lässt sich mit den Zahlen unserer Kirchenmitglieder belegen. Wir erhoffen uns, dass Studien dieser Art darüber Aufschluss geben, was zu tun ist, um diesem Trend entgegenzuwirken. Diese Studien können aber immer nur Analysen leisten.

Wir als Verantwortungstragende in der Kirche müssen die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Darüber werden wir uns auseinandersetzen, ja sogar streiten müssen, deshalb möchte ich hier auch ein paar andere Akzente setzen als Sie, Herr Prof. Dr. Wegner, und auch als Sie, liebe Frau Sachs.

Lassen Sie mich zunächst den Blick auf die in der Studie genannten Austrittsgründe werfen, die die Studie zusammenfassend „indifferent“ nennt. Dazu gehören die Antworten „Unglaubwürdigkeit“, „Gleichgültigkeit“, „brauche keine Religion fürs Leben“, „kann mit Glauben nichts anfangen“, „Glauben passt nicht in eine moderne Gesellschaft“.

Hier ist es sehr schwierig zu ergründen, was für die Menschen dahintersteckt. Insbesondere beim letzten Punkt, „Glauben passt nicht in eine moderne Gesellschaft“, sträuben sich mir die Nackenhaare. Gerade in unserer modernen Gesellschaft wäre es meiner Ansicht nach dringend notwendig, dass Kirche den Menschen einen Halt gibt.

Sind nicht die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft, das immer weiter um sich greifende Konkurrenzdenken, die zunehmende Zahl an psychischen Erkrankungen wie Burnout Zeichen einer gottlosen Gesellschaft?

Eigentlich müsste es doch eine Sehnsucht nach einer Gesellschaft geben, die sich an biblischen Werten wie Frieden und Gerechtigkeit orientiert.

Dennoch ist es anders. Kann es sein, dass wir uns als Kirche längst von der Lebensrealität der Menschen entfernt haben? Dass die Menschen deshalb nichts mehr von uns erwarten? Was ist z. B. mit Patchworkfamilien, mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern, dem schwulen oder lesbischen Paar? Menschen, die ihre Lebensform als durchaus gelungen erleben und darin kein Defizit sehen. Was ist mit Menschen, die in klassischen Familienbezügen leben, aber anderen Formen sehr aufgeschlossen gegenüberstehen?

Sie nehmen Kirche als altbacken, von gestern und nicht auf der Höhe der Zeit wahr. Ja, sogar als etwas, das nicht mehr in unsere Gesellschaft passt. Da wäre unseres Erachtens das EKD-Familienpapier letztes Jahr eine wirkliche Chance gewesen, Kirche in ein anderes Licht zu rücken. Aber das wurde zerredet. Was bleibt übrig in der öffentlichen Wahrnehmung?

Es gibt ein paar moderne Menschen in der Kirche, aber die setzen sich nicht durch.

Selbst der Ratsvorsitzende relativiert am Ende das Papier.

Den Kritikpunkt, „Die Kirche ist unglaubwürdig“, möchte ich nochmals gesondert betrachten. Er müsste uns ganz besonders herausfordern. Leider steht da nicht,

(Plümicke, Prof. Dr. Martin)

warum Kirche aus Sicht der Befragten für unglaubwürdig gehalten wird. Es ist wiederum an uns, das zu ergründen.

Ich denke, die Menschen nehmen an uns eine Diskrepanz zwischen Reden und Handeln wahr. Wir setzen uns beispielsweise für Freiheit und Gerechtigkeit ein.

Wie halten wir es aber in unseren eigenen Reihen?

Unseren Mitarbeitenden haben wir nicht die gleichen Rechte wie anderen in unserer Gesellschaft gegeben. Da muss vor zwei Jahren erst einmal das Bundesarbeitsgericht unser Arbeitsrecht für verfassungswidrig erklären, bevor wir uns auf den Weg machen, unseren Mitarbeitenden die gleichen Rechte zu gewähren wie anderen in unserer Gesellschaft.

Ich denke an mahnende Worte gegen Unrecht und Gewalt auf der Welt.

Die Kirche erhebt immer dann laut die Stimme, wenn es um Christenverfolgungen geht. Das ist schon richtig. Wenn aber Angehörige anderer Religionsgemeinschaften zu Schaden kommen, sind Worte deutlich leiser oder verstummen ganz.

Oder wie ist es mit der Demokratie? In Reden an Jahrestagen unseres Staates loben auch kirchliche Vertreterinnen und Vertreter die demokratischen Errungenschaften unseres Staates. Aber in der Kirche selbst gibt es nicht wenige, die davon sprechen, dass Christokratie und Demokratie unvereinbar seien.

Lassen Sie mich nun noch einen Blick auf die Themen werfen, die die Menschen explizit für religiöse Themen halten. Da erschreckt uns als Vertreter einer prophetisch-politischen Kirche ganz besonders, dass nur 51 % der Befragten Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für ein religiöses Thema halten und dass gar nur 47 %, das war die letzte Säule in der Grafik, der Evangelischen der Meinung sind, dass Kirche sich zu politischen Grundsatzen äußern sollte. Wir denken, da läuft was falsch. Ist nicht die Bergpredigt eine der zentralen Aussagen des Neuen Testaments? Gab es nicht die Propheten Jesaja und Amos?

Aber vielleicht ist es ja auch kein Wunder, dass wir nicht mehr Salz der Erde sind, wie wir es noch in den 80er-Jahren im Westen durch die Friedensbewegung und im Osten durch die Demokratiebewegung waren.

Ich will nicht nochmals wiederholen, was wir gestern in der Debatte um die Mittelfristige Finanzplanung gesagt haben. Dennoch möchte ich noch einmal betonen: Wenn wir uns in diesem Bereich nicht wieder stärker engagieren, auch finanziell stärker engagieren, werden wir unserem biblischen Auftrag nicht gerecht. Ich bin überzeugt, dass, wenn wir als Kirche für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eintreten, und das auch in unseren eigenen Reihen leben, dann wird unsere Glaubwürdigkeit wieder zunehmen. Kirche wird dann auch wieder als wichtige, gestaltende Kraft in der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Thema aufgreifen, das mich wirklich ratlos macht: Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass nur 53 % der Evangelischen das Thema Schuld für ein religiöses Thema halten. War es für Martin Luther noch die Frage, wie er seinem Gott gerecht werden kann, ist es doch heute eher das Thema, wie das

Leben gelingen kann und dass alle Menschen von Gott bedingungslos angenommen sind.

Wie wird vor diesem Hintergrund in unserer Gesellschaft mit Schuld umgegangen? Ich habe schon den Eindruck, dass bei uns eine gnadenlose Atmosphäre herrscht. Wenn jemand Schwäche zeigt, ist er weg vom Fenster. Das ist in der Arbeitswelt nicht anders als in der Politik. Ich denke da an unseren letzten Bundespräsidenten oder an die frühere Ratsvorsitzende, aber auch an viele andere. Einen Fehler darf man sich nicht leisten in unserer Gesellschaft.

Zusammenfassend möchte ich für die Offene Kirche sagen: Niemand hat ein Patentrezept für die Zukunft der Kirche. Wahrscheinlich wird es Jahrzehnte dauern, bis sich wieder ein Wandel zum Positiven einstellen wird.

Unserer Überzeugung nach geht es nicht anders, als dass wir nahe an der Realität der Menschen glaubwürdig und durchaus offensiv das Evangelium kommunizieren. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Herr Eißler wird das Votum für den Gesprächskreis Evangelium und Kirche halten.

Eißler, Johannes: Frau Präsidentin, hohe Synode!

Alle zehn Jahre befragt die EKD ihre Mitglieder und macht die Ergebnisse öffentlich zugänglich. Für diese Transparenz und Professionalität sind wir dankbar, auch Ihnen, Herr Prof. Dr. Wegner. Wir wuscheln nicht nur vor uns hin, sondern stellen uns einem belastbaren Datenmaterial. Die Studie wird getragen von der EKD, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Warum, so frage ich mich, sind wir Württemberger nicht in der Trägerschaft mit dabei?

In den zurückliegenden Jahren sprachen wir über einen sinkenden religiösen Grundwasserspiegel. Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung beschreibt Abschmelzungsprozesse. Beide Bilder machen auf diffuse Weise Angst und stellen die Frage: Ist ein Ende des christlichen Abendlandes in Sicht?

Wir von Evangelium und Kirche wollen nicht in den Chor derer einstimmen, die ein Kirchenuntergangsszenario beschwören. Wir sollten uns klarmachen, dass die Evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Sondersituation war. Viele, die zuvor der Kirche den Rücken gekehrt hatten, kehrten nun wieder zurück. Im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte hat diese überdurchschnittliche Kirchenverbundenheit nachgelassen.

Heute sagen von den unter 30-Jährigen 55 %, sie seien religiös erzogen worden. Ich würde sagen: immerhin 55 %, also gut die Hälfte. Die Frage ist natürlich: Ist das Glas halb voll, oder ist es halb leer?

Wir sehen das halb volle Glas. Mehr als die Hälfte der jungen Generation bezeichnet sich selbst als religiös erzogen. In vielen unserer Gemeinden nehmen zwischen 50 und 90 % eines Jahrgangs am Konfirmandenunterricht teil. In unseren Religionsklassen sitzen ganz selbstverständlich auch nicht getaufte Kinder aus Familien, bei

(Eißler, Johannes)

denen ein Elternteil oder beide Elternteile nicht der Kirche angehören. Das heißt: Wir können nach wie vor in großem Maße prägend in dieser Gesellschaft wirken.

85 % der Kirchenmitglieder, das haben wir gesehen bzw. gelesen, vertrauen sowohl der Evangelischen Kirche als Institution als auch der Diakonie. Selbst unter den Konfessionslosen sind es mehr als ein Drittel, die dem sozialen Engagement der Kirche Vertrauen entgegenbringen. Bei einem meiner ersten Seniorenbesuche in der neuen Gemeinde sagte der Mann beim Abschied ostentativ: „Herr Pfarrer, meine Türen stehen Ihnen offen!“ Nutzen wir die offenen Türen in unserem Land!

Die für mich auffälligste Beobachtung der Studie: Religion und Glaube brauchen das soziale Umfeld. Dort, wo Glaube und Religion nicht in einer Familie oder Gemeinschaft gelebt und praktiziert werden, verflüchtigt sich der Glaube Stück für Stück. Darum beschreiben die Autoren Kirchenmitgliedschaft als „soziale Praxis“. Das wusste übrigens schon Zinzendorff, der sagte: „Ich statuiere kein Christentum ohne Gemeinschaft.“ Eine vagebündelnde Frömmigkeit im größeren Stil lässt sich offensichtlich nicht feststellen. Religiöse Experimentierfreudigkeit sei außerhalb der Kirche schwach ausgebildet. Daher müssen wir alles dafür tun, dass Menschen die Möglichkeit haben, in Gemeinschaft Glauben zu praktizieren und religiöse Fragen zu besprechen. Aus diesem Grund bin ich ein vehementer Verfechter und Befürworter von regelmäßigen, möglichst wöchentlichen Zusammenkünften, angefangen von der Jungschar über Hauskreise bis hin zu unseren Gottesdiensten.

Noch eine Beobachtung: Eingangs habe ich die 55 % der jüngeren Menschen, die sagen, sie seien religiös erzogen worden, als Potenzial beschrieben. Alarmieren muss uns allerdings, dass von diesen 55 % wiederum nur die Hälfte eine religiöse Erziehung ihrer Kinder anstrebt. Hier müssen wir gegensteuern. Wir brauchen so etwas wie eine neue evangelische Volksbildung. Gute Ansätze sind vorhanden in unserer Kirche. Das beginnt mit der Überreichung einer Kinderbibel bei Tauffeiern und einem Taufgeleit bis zum 5. Geburtstag, es geht weiter mit liturgischen Elementen im Religionsunterricht, mit Konfi 3/8, und hört nicht auf mit Bibel-, Glaubens- und Theologiekursen.

Der von uns angestoßene Antrag Nr. 26/14: Newsletter für Kindergarteneltern unterstützt diese Anstrengungen. Trotz anfänglicher Skepsis meinerseits muss ich heute sagen, dass auch die Kernliederliste bei konsequenter Pflege des Liedguts zu einer christlichen Volksbildung beitragen kann. Gerade angesichts eines wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteils in Deutschland gilt es, unseren Gemeindemitgliedern zu helfen, christliche Identität zu entdecken, zu entwickeln und zu gestalten.

Ein Letztes: Zum ersten Mal überhaupt entdecken wir in der aktuellen Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung ein erstes vorsichtiges Fragezeichen am System Volkskirche. Zitat: „Ab welchem Punkt ist das Konzept einer volkskirchlich-flächendeckenden Prägung der bundesdeutschen Gesellschaft zu überdenken?“ Für uns im Südwesten stellt sich diese Frage nicht. Wir von Evangelium und Kirche sind ausgesprochene Verfechter einer breit aufgestellten Volkskirche – auch als verlässliche Größe im politischen System. Es ist das Erbe der Reformation, das wir uns als evangelische Christen der Welt zuwenden und

den Gottesdienst im Alltag der Welt leben. Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung formuliert: „So kann man mit etwas Pathos ohne Weiteres behaupten, dass die evangelische Kirche ein hohes Maß an ‚Kitt für die Gesellschaft‘ bereitstellt.“

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung darf nicht dazu führen, dass wir uns in aufgeregter Weise einmal mehr mit uns selbst beschäftigen. Das sollen wir sein: Salz der Erde, Licht der Welt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank. Das Votum für Kirche für morgen hält Herr Dr. Beck.

Beck, Dr. Willi (Unisa): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode! Mit großem Bravo haben wir von Kirche für Morgen einen Kurswechsel in dieser 5. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung im Kirchen- und Gemeindebild wahrgenommen. Dass Gemeinde- und Kirchenentwicklung als soziale Praxis im Kontext von Vergemeinschaftung und Verbundenheitsgefühl wahrgenommen wird, ist angesichts der Auseinandersetzung um soziale Milieus und deren Vergemeinschaftungsprozesse überfällig. Wir finden, die Sinus-Milieu-Studie und die 5. KMU ergänzen sich.

Ich kommentiere in fünf Punkten:

1. Der statistisch signifikante Nachweis des Zusammenhangs zwischen dem Grad der Kirchen- und Gemeindeverbundenheit und dem zunehmenden Bedeutungsverlust der Evangelischen Kirche fordert das zukünftige Kirchenhandeln heraus. Die Daten belegen: Je höher die Verbundenheit der Befragten zur Kirche ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie regelmäßig beten, den Gottesdienst besuchen, an Gott glauben, der sich in Jesus Christus zu erkennen gegeben hat, eine religiöse Sozialisation befürworten und sich selbst als religiöse Menschen bezeichnen.

Umgekehrt gilt: Bricht diese Interaktion mit der Kirche ab, lässt das Verbundenheitsgefühl nach, verflüchtigt sich die religiöse Praxis und endet schließlich in einer zunehmenden religiösen Gleichgültigkeit, die in der Folge zum Austritt führt. Diesen Befund bestätigen die 13 % der Zielpersonen, die eine sogenannte intensive Mitgliedschaft pflegen. Die Indikatoren sind bekannt. Hohe Verbundenheit und eine Art vereinskirchliches Gemeindeleben korrelieren also. 95 % derjenigen sagen, dass sie ziemlich bis hoch mit der Evangelischen Kirche verbunden sind. Das ist unübersehbar die soziale Dimension des Evangeliums, die wir für zukünftiges Kirchenhandeln berücksichtigen müssen. Die Bedeutung der Gemeinde, die sich hier empirisch zeigt, passt sich in die biblisch-theologischen Zusammenhänge ein, in denen sie als Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern markiert ist, die sich im konkreten Teilnahmeverhalten ausweist; ich verweise etwa auf Apg 2, 42 ff.

Sie passt sich ebenso in die systematisch-theologischen Überlegungen ein, wie sie beispielsweise Adolf Schlatter (1977: 357ff.) angestellt hat, indem er die Gemeinde unter seine Soteriologie als Gnadenmittel subsumierte, durch die Gott sein Reich baut. Das halte ich für wichtig. Die Entwicklung von Gemeindeverbundenheit

(Beck, Dr. Willi (Unisa))

wird, wenn wir über Zukunft nachdenken, zum geistlichen Imperativ.

2. Freilich gibt es hoch Verbundene, die nicht zum Gottesdienst gehen, und es gibt Engagierte, die nicht verbunden sind. Es lassen sich also durchaus unterschiedlich intensive Mitgliedschaftsformen feststellen. Je nachdem, welches Kirchen- und Gemeindebild man favorisiert, wird man diesem Sachstand größere oder geringere Bedeutung beimessen. Folgt man allerdings der Datenlage der 5. KMU, so liegt der Schluss nahe, dass es sich bei den distanzierten Mitgliedschaftsformen um Zugehörigkeitsstufen handelt, die Ausdruck eines schleichenden lebenswelt- und milieubedingten Distanzierungsprozesses in Richtung religiöser Gleichgültigkeit sind.

Die Ansprechbarkeit und die Möglichkeit einer konkreten kirchlichen Begegnung nehmen ab, und gleichzeitig steigt die Austrittsbereitschaft. Denn 87 % der Konfessionslosen tauschen sich offensichtlich nie über religiöse Themen aus. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der ausgetreten ist, wieder eintritt, ist verschwindend gering. Wer draußen ist, bleibt draußen. Die religiöse Praxis verschwindet, ebenso ein personaler Gottesbezug. Wer die Kirche verlässt, tritt nicht irgendwo anders ein, sondern lebt, wie Hans-Martin Barth (2013) dies ausdrückte, konfessionslos glücklich.

Der Traum vom Neuerwachen des Religiösen scheint ausgeträumt. Die Rede von Mitgliedschaftsmodellen wie „Christen in Halbdistanz“, „Treue Kasualchristen“ macht sich breit. Wenn man sich damit arrangiert, gefährdet man die Substanz der Landeskirche.

Innovative Neuansätze zur Vergemeinschaftung werden zum kirchenpolitischen Imperativ.

3. Was dieser Distanzierungsprozess für den Fortbestand der christlich-abendländischen Kultur- und Werteorientierung bedeutet, ist derzeit wohl nur zu erahnen. Mit der Unverbundenheit zur Kirche erodiert auch diese. Will die Kirche ihre Verantwortung zum Erhalt des christlich-abendländischen Kulturerbes in der Gesellschaft wahrnehmen, werden Programme zur Stabilisierung und Entwicklung von Intensivmitgliedschaften gerade auch in den unerreichten Milieus zum gesellschaftspolitischen Imperativ.

4. Fakt ist: Im Modus der intensiven Mitgliedschaft ist nachhaltige Gemeinde- und Glaubensentwicklung am wahrscheinlichsten. Hier ist die Bewegungsrichtung zu erkennen, die für eine zukunftsfähige Landeskirche konstitutiv sein muss, allerdings im Plural. Auch wenn die Studie Traditionsbruch und Abflauen religiöser Sozialisation als Ursachen für den Weg in die Unverbundenheit identifiziert, sind dies meines Erachtens lediglich Folgen von Pluralisierung und Individualisierung als Grundsignaturen heutiger Gesellschaft. Insofern mangelt es der Kirche im Reformprozess an Pluralitätskompetenz, um intensive Mitgliedschaftsmodelle in den kirchenfernen Kontexten zur Ausgestaltung zu bringen.

5. Ich schließe. Angesichts der Ergebnisse der 5. KMU und der Bedingtheiten von Pluralisierung und Individualisierung ist aus Sicht von Kirche für morgen die unbedingte Förderung milieu- und lebenswertadäquaten, intensiven Vergemeinschaftungsformen (im Plural) sowie die Herausbildung landeskirchlicher Pluralitätskompetenz für das zukünftige Kirchenhandeln notwendig.

So geht es:

1. um Förderung einer Kultur geistlicher Kompetenz in pluralen Ausprägungen und Frömmigkeitsstilen,

2. um Ausbildung einer lebenswelt- und milieuorientierten Sprachfähigkeit des Kirchenvolkes, unter anderem durch Pfarrer und Pfarrerinnen als Trainer und Trainierinnen, 3. um das Auffinden, Zurüsten und Aussenden geistlicher Persönlichkeiten aus den unerreichten Lebenswelten und Milieus,

4. um Bereitstellung von anpassungsfähigen, flexiblen Strukturen, in denen sich plurale Vergemeinschaftungsmodelle, Beziehungsnetzwerke und milieuorientierte Gemeindeformen herausbilden können,

5. um Aufarbeitung eines Einheitsverständnisses im Plural sowie damit zusammenhängender Konkurrenzproblematiken,

6. um Unterstützung eines gemeindebezogenen diakonisch-seelsorgerlichen Handelns als evangelischen Mindeststandards als Grundlage zur Evangeliumsverkündigung,

7., das sagen wir als Kirche für morgen, um finanzpolitische Entscheidungen zur Investition in differenzierte Mitgliedergewinnungs- und Mitgliederbindungsmaßnahmen.

Wir glauben, dass es hier am wahrscheinlichsten ist, dass ein Return on Invest stattfindet. Wenn man in Mitgliedschaftsformen investiert, kommt dabei auch wieder etwas heraus. Wir sollten also tatsächlich den Mut haben, Lösungen zweiter Ordnung zu suchen, die sich gerade darin auszeichnen, dass sie mit den bestehenden Strukturen, die Teil des Problems sind, nicht zu fassen sind.

Jahn, Siegfried: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Synode! Mir sind in den Darstellungen, die Sie, Herr Prof. Dr. Wegner, uns mitgebracht haben, drei Punkte wichtig geworden.

1. Die Gemeinde ist die Basis der Kirche. Es wird ohne Gemeinden und das Leben in den Gemeinden nur schwer sein, die Zukunft unserer Landeskirche zu erhalten. Macht die Gemeinden stark! Das wird, glaube ich, die Botschaft der Untersuchung sein. Was wir finanziell entscheiden und was wir inhaltlich entscheiden, wird sich danach fragen lassen müssen: Dient es den Gemeinden vor Ort? Das ist die Basis.

2. Das Leben der Gemeinden muss gemeinwesenorientierter werden. Es reicht nicht mehr, nur die Frage nach dem Gottesdienst zu stellen. Es ist ganz klar und deutlich geworden, dass die Beziehungen wichtig sind. Wir brauchen in unseren Gemeinden Plätze, wo uns Menschen treffen und wo wir andere Menschen treffen. Die Frage wird sein: Wo sind die Arbeitsbereiche, wo Menschen uns brauchen? Was brauchen Menschen? Was ist für sie wichtig, und wie können wir ihnen dabei helfen? Wenn wir nicht den Elfenbeinturm der Gemeinden verlassen, werden wir nicht in die Begegnung mit anderen Menschen kommen.

3. Wichtig geworden ist mir die Frage nach dem Pfarrerbild. Was muten wir in Zukunft unseren Pfarrerinnen und Pfarrern zu? Welche Belastungen bürden wir ihnen in

(Jahn, Siegfried)

Zukunft auf? Wenn der Kontakt zwischen Pfarrer und Gemeinde so wichtig ist, müssen wir an dieser Stelle auch über die Gestalt unseres PfarrPlans nachdenken.

Hanßmann, Matthias: Hohe Synode, werte Präsidentin! Vor Ihnen steht ein schwergewichtiges empirisches Argument.

Herr Prof. Dr. Wegner: Ich möchte Ihnen sehr für einen kurzen Einwurf vorhin danken.

Denn er macht deutlich, dass empirische Untersuchungen ein sehr wertvolles Werkzeug sind, egal, ob wir es mit der kirchlichen Mitgliederstudie, mit Milieustudien oder womöglich, noch konkreter, mit Sozialraumanalysen direkt vor Ort zu tun haben. Immer bekommen wir ein Datenmaterial, mit dem wir arbeiten können, und darum geht es.

Nicht jedes Ergebnis ist für alle gleich. Das zeigen die unterschiedlichen empirischen Ansätze, die wir zum Teil schon hier in der Synode behandelt haben und hoffentlich auch noch einmal behandeln werden. Wir merken in unserer Kirche in Württemberg: Wir müssen differenzieren. Nicht alle prozentualen Angaben haben überall die gleichen Ergebnisse, die gleichen Folgen und die gleichen Methoden.

Aber ich halte es für sehr wichtig, dass wir uns als Kirche auf den Weg machen und zu einer differenzierten Kirche werden. Es gibt aber auch Ergebnisse, die deutlich für alle Bereiche unserer Kirche nutzbar sind, etwa die Frage des gelebten Glaubens, der gelebten Spiritualität im Privaten und unter Freunden und in einem engen Beziehungsgeflecht. Das sollten wir stützen und ernst nehmen. Davon wurde öfter gesprochen; ich will es nicht weiter ausführen.

Wie kann das gelingen? Ich werbe dafür, dass wir uns als Kirche mit mutigen Schritten in allen Bereichen hinterfragen und untersuchen, wie wir heute aufgestellt sind und wohin wir auf welche Weise gehen möchten, damit sich die Menschen wirklich zu Hause fühlen und ihren Glauben gerne mit anderen Menschen teilen. Ich finde es einen wertvollen Gedanken, die empirischen Ergebnisse, die aus verschiedenen Richtungen kamen, sehr bewusst in Beziehung zueinander setzen, noch einmal die Sinus-Studie heranzuziehen, einen Abschlussbericht zu bekommen und dann bewusst einen Bezug zur Mitgliedschaftsstudie und vielleicht auch zu Sozialraumanalysen zu schaffen, verschiedene Werkzeuge in die Hand zu nehmen und dann zu überlegen, was das für strukturelle Weiterentwicklungen in unserer Kirche bedeutet. Danke.

Erbes-Bürkle, Sigrid: Frau Präsidentin, hohe Synode! Mir hat zu denken gegeben bei den Ausführungen, dass, wenn wir an die Kinder denken, wir mit berücksichtigen müssen, dass wir gar nicht mehr so viele Kinder haben wie vor dreißig oder vierzig Jahren in unserer Gesellschaft. Damit verringert sich sowieso schon der Anteil derer, die überhaupt zu Angeboten kommen können. Dadurch ergibt sich eine weitergehende Reaktion. Das wird sich in Zukunft noch verstärken. Deshalb ist es wichtig, dass wir präsent bleiben und dass wir auch einmal zusammenarbeiten und uns überlegen, mir fällt die Betreuung an Schulen ein oder auch an Kindertagesstät-

ten, Kooperationen einzugehen, um effektiv zu sein und den Eltern Möglichkeiten zu geben, diese wahrzunehmen. Wir müssen einladend sein und bleiben, vor allen Dingen dürfen wir nicht alles verschieben und Programme machen und strukturieren und noch einmal einen Ausschuss bilden, sondern jetzt schon daran arbeiten, dass wir das, was wir haben und weitergeben wollen, auch tun. Ich finde gute Ansätze, was in vielen Gemeinden schon gemacht wird, z. B. auf Tauffamilien zuzugehen, dann konsequent die Kinder bis zum Schuleintritt und ihre Familien weiter begleiten, was in der Theorie oftmals von den Eltern gewünscht und in der Praxis dann nicht durchgeführt wird. Da müssen wir dranbleiben; nicht nur die Pfarrer und die Pfarrerinnen, sondern auch wir Ehrenamtlichen. (Beifall)

Reif, Peter: Frau Präsidentin, liebe Synode! Ich bin ein neues Mitglied hier in der Synode. Ich habe in den vorangegangenen eineinhalb Tagen mir oft die Frage gestellt, ob ich hier jetzt nach vorne gehe, weil Sie das Thema Mitgliedschaft in vielen Bereichen immer wieder benannt haben; nicht nur in der Studie, es war Thema bei den Finanzen und in unterschiedlichen Bereichen. Ich denke, der Weg ist gar nicht so weit. Und ich denke, dass wir sicher darüber nachdenken müssen, wie Herr Jahn sagte, die Gemeinde ist der Mittelpunkt.

Ich sehe vieles, was Sie, Frau Erbes-Bürkle sagten, genauso. Die Kinder sind unsere Zukunft, sie werden aber durch den demografischen Wandel nicht mehr in der großen Zahl vorhanden sein. Das alles macht mir keine Angst. Keine Angst um unsere Landeskirche, weil ich die Überzeugung und den Glauben in mir trage, den Sie alle auch haben. Ich glaube, wir müssen gar nicht mehr so viel verändern. Ich glaube aber auch, wir dürfen den Pfarrern bzw. den Pfarrerinnen und den anderen engagierten Kirchengemeinderäten nicht die ganze Last aufbürden, sondern wir müssen ehrenamtliche Mitarbeiter und alle, die Interesse haben, in Kirchengemeinden finden und bündeln, damit wir ein Gemeindeleben entwickeln, in dem die Familien, die Menschen, egal in welcher Art, wieder vorkommen und sich beheimatet fühlen. Ich wünsche mir eine Kirche für alle. Und mit „für alle“ meine ich, wenn ich Sie als Synode anschau, wir haben den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde, die Offene Kirche, Evangelium und Kirche und Kirche für morgen. Ich finde es gut, dass wir kein Einheitsbrei sind und dass wir diese Vielfalt in uns tragen. Denn diese Vielfalt sorgt auch dafür, dass diese Vielfalt weiter geprägt wird. Ich möchte keinen Einheitsbrei und kein Einheitskonzept, weil ich weiß, in der Stadt und auf dem Land gibt es unterschiedliche Probleme und Zugangsformen. Was ich mir wünsche ist, dass wir unsere Unterschiedlichkeit tolerieren, dass wir ihr mit Empathie begegnen, dass wir einander zuhören, dass wir gerecht sind und dass wir das in unsere Person übernehmen und nach außen tragen.

Wir müssen nicht immer und überall von Gott reden, schon gar nicht bei Jugendlichen, die sich auch im Religionsunterricht schwer tun. Auch dort erlebe ich, dass wir als Evangelische Landeskirche den Religionsunterricht an den Schulen immer mehr verlassen müssen. Den Pfarrern und Pfarrerinnen wird sehr, sehr vieles zugemutet. Sie haben nicht mehr die Zeit, Religionsunterricht in der Weise wie früher durchzuführen bei der Vielzahl von

(Reif, Peter)

Schulen. Aber ich erlebe auch dort, wenn es städtische oder staatliche Religionslehrer gibt, dass ich das, wie die mit Kindern umgehen, nicht mehr gutheißen kann. Dort sind wir die Profis und sollten deshalb diese Unterweisungen und Unterrichtsmöglichkeiten behalten.

Ich möchte am Schluss drei Beispiele bringen von Gelingen und von Nichtgelingen: Ich bin nach wie vor Mitarbeiter im Evangelischen Ferienwaldheim in Stuttgart-Bad Cannstatt. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist riesengroß geworden. Wir haben Mitarbeiter mit ganz unterschiedlichen religiösen Hintergründen; nicht nur Muslima, es sind Hindus dabei, aus Afrika, aus Syrien, und mit dieser Vielfalt von Mitarbeitern, die auch ganz andere theologische Hintergründe haben, machen wir einen Osterwaldgang zum Thema Passion. Wir arbeiten das aus, wir erleben das mit den Kindern und mit ihnen, und Sie glauben gar nicht, mit welcher Freude alle diese Mitarbeiter trotz einer anderen Religion dabei sind.

Wir haben vor zwei Jahren das Thema Luther gehabt; ich habe mich gestern daran erinnert. Herr Fritz hätte sich gefreut, weil die finanziellen Mittel kaum nennenswert waren. Wir haben eine Woche lang mit den Kindern Martin Luther gelebt. Jeden Tag haben die Mitarbeiter ein Schauspiel gemacht über das Leben Luthers. Wir waren in Maulbronn, dort haben die Kinder erleben können, was ein Kloster ist. Wir sind mit ihnen zu Stellen gegangen, auf Kirchtürme und in Kirchen. Ich habe erlebt, wie die Freude in den Kindern heranwächst und ein Erfolg dabei war, wir haben mittlerweile Kinder in unserer Gemeinde im Konfirmandenunterricht, deren Eltern konfessionslos sind. Sie wollen zur Kirche gehören, sie wollen sich taufen lassen, weil sie Gemeinschaft erleben.

Wir müssen aktiv, alle zusammen, mit unserer Art und unserer Stärke daran arbeiten, und ich glaube, wir können damit die Menschen wieder einsammeln. (Beifall)

Keppler, Walter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts der Länge der Rednerliste werde ich es kurz machen. Es wurde schon sehr viel Wertvolles und Wichtiges gesagt. Die Frage nach der Kirche treibt uns alle um, weil wir die Kirche lieben, weil uns die Kirche nicht gleichgültig ist. Eines allerdings ist mir ein besonderes Anliegen: Ich möchte nicht, dass wir in Aktionismus geraten. Es ist nicht unsere Kirche, es ist die Kirche unseres Herrn. Deshalb sollte uns bei allem Diskutieren und Überlegen und bei allen Schritten, die wir tun, eine ständige Bitte begleiten: Komm, Heiliger Geist, erneuere deine Kirche und entzünde in uns das Feuer deiner Liebe.

Präsidentin Schneider, Inge: Frau Stocker-Schwarz hat einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Stocker-Schwarz, Franziska: Ich beantrage Schluss der Rednerliste.

Präsidentin Schneider, Inge: Gibt es Gegenrede? Ich verlese die Rednerliste. Habe ich damit alle erfasst? Wenn dem so ist, dann schließen wir hiermit die Rednerliste,

wenn es keinen Widerspruch gibt. Ich sehe keinen Widerspruch.

Münzenmayer, Markus: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode! Gott will, dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen (1. Tim 2, 4). Alle Menschen, das heißt auch die Nichtkirchenmitglieder, auch die, die wir nicht in der Kirche halten möchten, sondern auch die Gewinnung von neuen Mitgliedern ist sehr wichtig. Häufig findet keine kirchliche Sozialisation im Elternhaus mehr statt, das haben wir vorhin in der Studie erfahren.

Das heißt, junge Menschen und junge Erwachsene müssen wir anderweitig erreichen, wenn sie nicht im Elternhaus schon von Gott erfahren haben, wenn sie nicht schon im Elternhaus geschult worden sind, zu beten und in der Bibel zu lesen.

Ich finde, wir müssen zweigleisig fahren. Wir müssen unsere Kirchenmitglieder, aber auch die Nichtmitglieder erreichen. Die Nichtmitglieder erreichen wir, indem wir auf die Menschen zugehen, Stichwort: Kirche auf der Straße. Die katholische Kirche in Nürtingen backt immer vor Ostern wunderschöne Osterlämmer und gibt kleine Kärtchen mit christlichen Botschaften zum Osterfest dazu. Meine Mutter hat sich sehr über dieses Osterlamm gefreut.

Die Menschen von dort und die Mitarbeiter der City Chapel, eine freie evangelische Gemeinde in Stuttgart, gehen jeden Freitag auf die Straße, und machen eine Umfrage auf der Königstraße zu existenziellen Fragen des Lebens. Häufig kommt es zu Glaubensgesprächen. Nicht selten sind auch Menschen neu zum Glauben dazugekommen. Eine weitere Möglichkeit, wie man milieuübergreifend junge Menschen erreichen könnte, wäre Sportarbeit.

Ich möchte immer wieder an die Zumutungen erinnern, die die Landessynode am 26. März 1999 beschlossen hat. Vielleicht werden wir sie hier wieder einmal zum Thema machen. Ich möchte nur eine kleine Passage von Punkt sechs daraus erwähnen: „Wir ermutigen, junge Menschen in ihren Lebensräumen aufzusuchen. Wir ermutigen, ihnen vielfältige Begegnungs- und Gestaltungsräume zu schaffen, in denen sie ernst genommen werden und Vertrauen entwickeln können, die Menschen in ihren Lebensräumen aufsuchen.“

Wenn dies unser Schwerpunkt in Zukunft ist, können wir die Trendwende in unserer Kirche schaffen.

Wörner, Rolf: Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich habe nur eine Frage an Sie, Herr Prof. Dr. Wegner. In dieser Studie, die wir alle bekommen haben, ist auf Seite 131 die Frage gestellt: „Führt der Weg der evangelischen Kirche in eine Situation, in der die zentrifugalen Kräfte durch zunehmende Traditionsströme gestärkt werden?“

Ich habe diesen Satz nicht wirklich verstanden und hätte hier noch Klärungsbedarf, wo diese Traditionsströme sind und inwieweit diese Traditionsströme unsere Kirche stärken oder ob es nicht eine Gefahr darstellt, indem die Mitte verlorengeht. Indem wir uns vielleicht stärker auf die engagierten und indifferenten Dinge, viel-

(**Wörner, Rolf**)

leicht stärker auf unsere Mitte konzentrieren sollten, das ist mir ein persönliches Anliegen.

In der letzten Synodalperiode hat einer der Kollegen die Aufgabe der Kirche mit dem Imker verglichen, der einem Bienenschwarm nachläuft. Als Imker kann ich dazu sagen: Der Imker, der einem Bienenschwarm nachlaufen muss, hat eigentlich sein Imkersein verfehlt. Der gute Imker weiß, den Bienenschwarm zu verhindern. Vielen Dank. (Beifall)

Wingert, Thomas: Liebe Präsidentin, hohe Synode! Zunächst herzlichen Dank für die Vorstellung der Studie. Sie sehen hier vor sich jemanden, der als Kind nicht kirchlich sozialisiert worden ist. Sie brauchen jetzt nicht zu weinen, es ist trotzdem alles gut gegangen, aber manchmal vermisse ich es doch. Wir haben auch heute wieder gehört, wie wichtig kirchliche Sozialisation für die religiöse Erziehung ist. Neben dem Verlust der religiösen Erziehungskompetenzen bemerken wir hier auch komplexer werdende Familienstrukturen, die zunehmende Konzentration auf reine Überlebensstrategien der Familien im Alltag und viele weitere Phänomene.

Jetzt kommt jedoch in den nächsten Jahren, es ist bereits im vollen Gange, eine Veränderung der Schulen auf uns zu. Bis zum Jahr 2023 sollen 70 % der Grundschulen Ganztagschulen werden. Das greift erneut tief in die familiäre Erziehung und damit auch in die religiöse Erziehung ein.

Wie kann Schule Religiosität existenziell erlebbar machen, und zwar so, dass das, was an religiöser Erziehung in der Familie ausfällt, hier kompensiert oder überkompensiert werden kann? Das ejw ist in zahlreichen Schulkoooperationsprojekten aktiv. Diese werden jedoch vornehmlich als Kontaktarbeit konzipiert. Das ist gut und wichtig, aber angesichts dieser Entwicklung nicht mehr ausreichend. Wo sind die Konzepte, die Projekte, die Ideen, die Glaubenspraxis in der Schule so erlebbar machen, dass sie dem zu erwartenden weiteren Schritt des Erziehungsausfalls in der Familie an der Stelle entgegenwirken können?

Diese Synode könnte dazu einen Auftrag erteilen, an der Stelle noch einmal nachzufragen: Könnten wir nicht Konzepte über Kontaktarbeit hinaus entwickeln? Vielleicht sollte diese Synode einen solchen Auftrag tatsächlich auch erteilen. Vielen Dank. (Beifall)

Koepff, Hellger: Ich bin neu in der Synode, und mir ist aufgefallen, dass die Gesprächskreisvoten zeigten, wir lesen aus der Studie heraus, was wir sowieso schon denken. Es waren die relativ bekannten Positionen. Unsere Aufgabe wird meiner Meinung nach sein, die Schnittmenge zu suchen, mit der wir gemeinsam die Kirche weiter entwickeln können.

Auf eines möchte ich hinweisen. Ich glaube, wir müssen, wenn es stimmt, dass die Kirche in der Gesellschaft an Relevanz verliert, unsere Kernbotschaft, nämlich die Rechtfertigungsbotschaft, in eine Sprache ohne Worthüllen und ohne moralinsaurer Ausgrenzung übersetzen. Dann haben wir etwas, was wir in den verschiedenen vielfältigen Formen anbieten können. Nur Aktionismus ohne diese geistlich-theologische Grundierung wird nicht zum Ziel führen. Dann werden wir nämlich beliebig. Des-

wegen müssen wir uns dringend dieser theologischen, exegetischen und auch sprachlichen Herausforderung stellen. Darum bitte ich die Synode. Vielen Dank. (Beifall)

Veit, Hans: Liebe Präsidentin, hohe Synode! Ich möchte mich kurz auf das Statement der Offenen Kirche, vortragen von Herrn Prof. Dr. Plümicke, beziehen, weil ich es einfach nicht so stehen lassen kann. Ich habe ein anderes Bild von Kirche als Arbeitgeber. Ich war von 1978 bis 2002 Angestellter in dieser Kirche. Ich war viele Jahre in der Mitarbeitervertretung. Im Vergleich zu Sozialarbeitern, die vergleichbar mit der Kommune und beim Land gearbeitet haben, war ich besser eingruppiert. Ich hatte ganz andere Rahmenbedingungen. Ich hatte in der Beihilfe eine ganz andere Unterstützung. Ich könnte viele Beispiele nennen. Ich hatte viel mehr freie Tage.

Ich merke z. B. bei uns, dass viele Erzieherinnen aus dem Kommunalbereich sehr gerne zu uns, zur Kirche wechseln. Man hat mehr Verfügungszeit, man hat mehr freie Tage und mehr Unterstützung, weil bei uns die Kindergärten in die überschaubare Größe der Kirchengemeinden eingebunden sind.

Die Rechtsprechung hat zu Recht einen Aspekt ange mahnt, aber damit das ganze System zu disqualifizieren, finde ich nicht in Ordnung. Ich könnte noch andere Beispiele nennen, aber es reicht jetzt einfach von der Zeit her. Danke. (Beifall)

Hoffmann-Richter, Dr. Carola: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zwei kurze Fragen, vor allem an den Referenten.

Es ist ja eine EKD-Studie, keine Studie der Württembergischen Landeskirche, und wie es heißt, eine Repräsentativbefragung. In manchen Folien haben Sie einen Unterschied zwischen Ost und West angegeben in Bezug auf die dortigen Landeskirchen. Heißt das, wo das angegeben ist, dass dort ein signifikanter Unterschied besteht, und wo es nicht angegeben ist, ist es gleich?

(Zuruf **Wegner, Prof. Dr. Gerhard:** Ja!)

Hoffmann-Richter, Dr. Carola: Gut, dann ist das schon geklärt.

Wo so ein Unterschied besteht, muss er aber auch in der Statistik benannt werden, damit sie wirklich aussagekräftig ist und nicht, wie gerade in einem anderen Fall zitiert wurde, ein „Einheitsbrei“ daraus wird.

Die zweite Sache bezieht sich auf die Folien 27 und 33. Mich würde eine Tendenz aus den zurückliegenden Studien interessieren, und zwar in anderen Bereichen, als in den auf der Folie 33 angegebenen. Mich würden mehr die Details interessieren, und ich möchte anregen, sich mit Partnerkirchen und östlichen Landeskirchen, auszutauschen, wenn immer noch zwischen Ost und West unterschieden wird. Wir können ja voneinander lernen. Was macht man dort, was macht man hier? Wir sollten nicht nur intern in Württemberg schauen, sondern EKD-weit uns mit anderen Landeskirchen zusammensetzen, wo dann durchaus ein fruchtbarer Austausch auf EKD-Ebene stattfinden könnte. Danke. (Beifall)

Hardecker, Dr. Karl: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Synodale! Es kam jetzt im Zusammenhang mit dieser Debatte und der vorgestellten Studie die Frage auf, in welcher Phase der Entwicklung unserer Kirche wir uns befinden. Sind wir noch Volkskirche oder sind wir schon Minderheitenkirche? Wenn ich an Stuttgart denke, an unserer Situation und an manche Erfahrungen und Beobachtungen, dann muss ich sagen, wir sind bereits in der Situation einer Minderheitenkirche. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Selbstverständlichkeit nicht mehr da ist, obwohl nach wie vor Subsidiaritätsverpflichtungen der Stadt gegenüber der Kirche bestehen. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der dann Anträge bewilligt werden, mit der manches dann auch vom Stadtrat bewilligt wird, ist nicht mehr gegeben. Es muss verhandelt werden. Es muss, was den Kindergartenzusatz betrifft, hart und erbittert verhandelt werden. Diese Selbstverständlichkeit kirchlichen Lebens und kirchlicher Ansprüche ist nicht mehr da, und ich vermute stark, dass das die Entwicklung sein wird, dass sich das verstärken wird. Das heißt für uns, wir müssen uns erklären, stärker erklären als in früheren Jahren. Wir müssen gut argumentieren, wir haben sicher manches Mal Gesprächspartner, die nicht mehr wissen, was Kirche ist und wofür Kirche steht, und das geht dann auch in die Inhalte hinein. Deshalb fand ich es ganz wichtig, das Hellger Koepff und Walter Keppler vorhin kurz auf die Theologie zu sprechen kamen. Das sind natürlich auch theologische Fragen. Wenn wir es mit Leuten zu tun haben, die die Inhalte nicht mehr kennen, müssen wir es erklären. Es ist nicht so einfach, jemandem die Kreuztheologie zu vermitteln, der noch nie etwas davon gehört hat. Ich denke, das wird auf uns zukommen.

Noch ein anderer, nicht ganz unwichtiger Punkt: Dass Begegnungen auf Gemeindeebene wichtig sind, leuchtet mir ein, und dass die Glaubwürdigkeit in diesen Begegnungen eine entscheidende Rolle spielen, ist mir auch klar. Aber wir sollten die Gemeindeebene nicht gegenüber anderen Ebenen unserer Kirche ausspielen. Alle Ebenen sind wichtig, und auf allen Ebenen geschehen Begegnungen und spielt Glaubwürdigkeit eine große Rolle. Hier im Hospitalhof ist etwas Übergemeindliches, diakonische Arbeit ist oft übergemeindlich, wenn auch gemeindlich gebunden, aber übergemeindlich organisiert. Da spielen natürlich Begegnungen und Glaubwürdigkeit eine entscheidende Rolle. Das dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen.

Ein Punkt in der Studie, bei dem ich sehr erfreut war, dass das die Studie erbracht hat, ist, dass Kirchenbindung und Gemeindebindung in etwa gleich stark ist. Das heißt, wir sind da ein Stück weitergekommen im Vergleich zu früheren Zeiten. Ich weiß es noch von früher her, da war es immer sehr ärgerlich, dass man ganz häufig Leuten begegnet ist, die gesagt haben, Gemeinde ja, Kirche, auch im Sinne von Landeskirche und Organisation, nein. Wenn wir da einen Schritt weitergekommen sind, ist das immerhin ein kleiner Hoffnungsfunke. (Beifall)

Münzing, Kai: Verehrte Präsidentin, hohe hungrige Synode! (Heiterkeit) Es scheint, dass jeder Gesprächskreis für sich die richtigen Schlüsse gezogen hat, was diese Untersuchung angeht. Ich persönlich habe nichts Falsches gehört, muss aber eins dazu sagen: So groß die Milieuviefalt in unserer Gesellschaft ist, so groß die Mili-

eugesellschaft in unserer Kirche ist, so multikomplex dürfen auch unsere Lösungen sein. Deswegen fand ich es sehr schön, was Sie gerade gesagt haben: Lassen Sie uns nicht gegeneinander Projekte und Maßnahmen ausspielen. Es gibt meines Erachtens keinen Königsweg, um die Ziele zu erreichen, die uns wichtig sind, nämlich wachsende Kirche weiter sein zu wollen. Wir haben heute ein paar Mal gehört, dass wir nicht mehr Volkskirche sind. Es geht aber nicht darum, ob wir Volkskirche sind, sondern es geht darum, dass der Glaube und das Wort Jesu Christi bei einer möglichst breiten Masse der Menschen ankommen.

Lassen Sie uns gemeinsam als Synode diesen Weg beginnen, und lassen Sie uns den Sendungsauftrag nicht in Vergessenheit geraten. (Beifall)

Kanzleiter, Götz: Verehrte Präsidentin, verehrte Synode! Ich möchte nicht gerne meinem Kollegen widersprechen, auch ich habe keinen Königsweg. Wir müssen Prioritäten neu fassen, neu greifen. Die Studie ist ernüchternd, Bedeutungsverlust, wer erlebt das gern? Mir sind ein paar Ideen und Ansätze aufgefallen, wie es gelingen kann, dass wir an dem einen oder anderen Punkt wieder Boden gutmachen können. Ich möchte mich in der Kürze auf einen Schwerpunkt konzentrieren.

Das Thema Soziales und Diakonie ist in mehreren Folien immer wieder aufgetaucht. Die Glaubwürdigkeit unserer Kirche und unseres Glaubens macht sich an dem fest, was wir neben unseren Reden tun. Ich glaube, da haben wir selbst etwas beizutragen. Wenn ich einen Blick auf meine diakonische Praxis in der diakonischen Bezirksstelle werfe, wir haben keinen Mitgliederverlust. Ich bin jetzt sieben Jahre dort, und jedes Jahr kommen mehr Menschen zu uns, milieuübergreifend: katholisch, evangelisch, muslimisch. Sie suchen bei uns Hilfe, und sie kommen auch nicht ganz freiwillig. Sie kommen deswegen, weil sie unter Stromabstellung leiden, unter Hunger, unter Sozialhilfe, und ich glaube, wenn wir unsere Worte ernst nehmen, dann müssen wir an diesem Punkt ansetzen.

Aber ob wir diesen diametralen Wechsel unserer Kirchenlandschaft auch wollen, ist eine andere Frage. Es sind andere Menschen, die da kommen. Sie stammen aus anderen Milieus.

Ein Beispiel: Eine Frau wird von uns begleitet, Frauenhaus, Hartz IV. Was passiert? Sie schickt hinterher auch ihr Kind in unsere Gruppen. Sie hat eine Bindung zu uns gewonnen. Ob diese Bindung dann tatsächlich auch kontinuierlich aufrechtzuerhalten ist, kann ich nicht sagen. Aber ich glaube, das könnte hier eine Spur sein, eine Prioritätensetzung in unserer Kirche, dass wir das, was wir sagen, auch tun. Vielen Dank. (Beifall)

Mayer, Ute: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode! „Erzählt es euren Kindern!“ Die religiöse Erziehung und Prägung scheint nicht mehr automatisch zu funktionieren und scheint nicht mehr ohne Weiteres umgesetzt zu werden. Wenn ich der Studie entnehme, dass nur knapp die Hälfte der Evangelischen unter 30 Jahren es befürworten, Kinder religiös zu erziehen, ob das dann auch umgesetzt wird, steht noch mal auf einem anderen

(Mayer, Ute)

Blatt, und wenn ich lese, dass es vor allem die Mütter sind, die für die religiöse Erziehung zuständig sind, dann stellt sich mir die Frage, ob wir nicht die Familienarbeit verstärkt in den Fokus stellen müssen, etwa über die Mutter-Kind-Kreis-Arbeit. Junge Familien in ihrer Erziehungsaufgabe zu bestärken, sie in ihrer Wertevermittlung, in der christlichen Wertevermittlung, zu unterstützen, ist ein wichtiges Anliegen.

Ich meine, wir sollten die große Chance erkennen und diese ganz neu in den Blick nehmen, die im Religionsunterricht in der Grundschule und in der weiterführenden Schule liegt, ebenso wie in der Konfi-Arbeit, sei es Konfi 3 oder Konfi 8. Noch haben wir die Chance, eine Volkskirche zu sein und Kinder und Jugendliche aus ganz unterschiedlichen Milieus zu erreichen.

Ich möchte noch einmal den Fokus auf die Sinus-Milieu-Studie richten und fragen: Wie verhalten sich Kinder, und wo halten sie sich auf? Ich möchte den Blick auf die Frage lenken, ob wir als Synode nicht Kinder und Jugendliche noch einmal ganz verstärkt in den Blick nehmen sollten und damit auch die Familien durch das stärken sollten, was wir hier an Beschlüssen dazu fassen, womit wir uns in der nächsten Zeit beschäftigen wollen, um zumindest einen Samen zu legen. Alles andere liegt nicht in unserer Hand. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank. Zum Abschluss erteile ich Herrn Prof. Dr. Wegner noch einmal das Wort, damit er auf die Fragen eingehen kann.

Wegner, Prof. Dr. Gerhard: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank. Sie haben jetzt alle Hunger. Ich will es nicht mehr lang machen. Zwei Fragen waren gestellt worden, und darauf möchte ich kurz eingehen.

Die erste Frage bezog sich auf die Bemerkung über die zentrifugalen Tendenzen, Seite 131 der Studie. Das ist der Beitrag von Thies Gundlach. Er äußert die Befürchtung, dass es in der Kirche zentrifugale Tendenzen gibt, wenn wir in Zukunft sehr stark auf eine profilierte Gemeindebildung, auf Profilierung von Gemeinden setzen. Hierüber gibt es eine heftige Diskussion. Ich habe ihm dabei widersprochen, das kann ich hier öffentlich sagen. Ich glaube nämlich, dass die Profilierung von Gemeinden und von kirchlichen Angeboten in einem gewissen Rahmen und auf vernünftigen Wegen nötig ist, um Gleichgültigkeit durchbrechen zu können. (Vereinzelt Beifall)

Das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein. Nicht jede Form von Profilierung ist dazu geeignet; es gibt, zugegebenermaßen, auch sehr seltsame Formen. Aber gewisse Profilierungen können hilfreich sein. Sie sorgen dafür, dass das gesamtvolksskirchliche Angebot keine Einheitsversorgung ist, sondern dass da Unterschiede deutlich werden. Das kann dazu beitragen, Gleichgültigkeit zu überwinden. Wenn Menschen Unterschiede feststellen, können sie Interesse entwickeln. Das kann allerdings in unterschiedliche Richtungen gehen; die einen sind dann dagegen, und die anderen sind dafür. Aber das ist dann jeweils keine Gleichgültigkeit mehr, sondern es bildet sich

ein Interesse, und das kann hilfreich sein. Das ist meine Auffassung hierzu.

Zur zweiten Frage, die sich auf den Ost-West-Vergleich und die religiöse Sozialisation bezog, Folie 27: Wir haben weitgehend ähnliche Daten, was die Kirchenmitgliedschaft in Ost und West betrifft. Aber beim Punkt „Religiöse Sozialisation – Weitergabe des Glaubens“ gibt es einen signifikanten Unterschied. Das finden Sie auch in den Dateien, in der Broschüre abgebildet: Die Verdichtung des kirchlichen Milieus ist im Osten sehr viel stärker als im Westen. Das hat einfach damit zu tun, dass die Kirchen im Osten sehr viel kleiner sind. Deshalb ist der entsprechende Anteil derjenigen, die religiös erzogen worden sind und die der Kirche auch verbunden sind, unter den Jüngeren spürbar höher als im Westen. Der „Betrieb“ ist insgesamt kleiner und deswegen auch dichter; er ist auch enger auf Familien bezogen, in denen der Glaube weitergegeben wird. Dann entsteht dieser Effekt; es gibt eine dichtere Bindung.

Darüber kann man viele Spekulationen anstellen. Einige Leute haben schon einmal darüber spekuliert, wie hoch der Prozentsatz im Osten ist, wo der Einfluss der Kirche nicht weiter abnimmt. Sie kommen dabei auf 16,17 %. Das ist jedoch alles Spekulation. Aber insofern ist die Situation im Osten anders als bei uns.

Nun noch drei kurze Bemerkungen:

Ich möchte noch einmal unterstreichen, was eben gesagt wurde: Der Bezug von Kirchen und Familien scheint auch mir ganz entscheidend. Hier ist es jedoch wichtig, dass wir alle möglichen Familienformen in den Blick nehmen müssen. Das scheint mir wirklich wichtig zu sein. (Beifall)

Da braucht es Angebote, wie religiöse Erziehung auch in Familienformen möglich ist, die wir im kirchlichen Umfeld vielleicht nicht so häufig vorfinden, Patchworkfamilien, Alleinerziehende. Die Frage lautet: Wie ist da religiöse Erziehung möglich?

Wir haben eine Studie über die Situation von Alleinerziehenden angefertigt und haben dabei festgestellt, dass Alleinerziehende ein hohes Interesse an der religiösen Sozialisation ihrer Kinder haben, aber Schwierigkeiten haben, als Alleinerziehende in die Kirchengemeinden hereinzukommen. Warum das so ist, hat viele Gründe. Mir scheint jedoch ganz wichtig zu sein, da ergänzende Angebote bereitzustellen. Die Kirche muss solche Familienformen anerkennen. (Beifall) Das tun wir auch weitgehend; da könnte jedoch mehr getan werden.

Der zweite Punkt ist der Nutzen für die Gesellschaft. Schätzen Sie diese Bildungsangebote und die sozialen Angebote nicht gering. Dass die Kirche einen Nutzen für die Gesellschaft, für das Allgemeinwohl darstellt, etwa durch Bildungsaktivitäten, scheint mir ebenfalls ganz wichtig zu sein. Daran sollten wir unbedingt festhalten. Was wir da tun, ist nicht immer sofort in kirchengemeindliche Aktivitäten umzusetzen. Aber es erzeugt in der Gesamtgesellschaft einen Akzeptanzrahmen für Kirche, der, meine ich, ganz wichtig ist.

Mein dritter Punkt: Die Gemeinwesenorientierung von Kirchengemeinden ist genannt worden. In dieser Hinsicht scheint mir die Ausrichtung von Kirchengemeinden auf das, was im Stadtteil, im Dorf passiert, ebenfalls ein ganz

(Wegner, Prof. Dr. Gerhard)

wichtiger Punkt zu sein, auch über Anliegen im engeren kirchlichen Sinne hinaus. Auch das scheint mir ganz entscheidend zu sein. Denn die Menschen schätzen es, wenn Kirchengemeinden dies tun. Ich habe einen guten Freund, der irgendwann einmal eine ziemlich wahnsinnige Prognose geäußert hat; er hat behauptet, Kirchengemeinden, bei denen deutlich wird, dass sie sich um die Menschen in ihrem Gemeinwesen kümmern, hätten keine Ressourcenprobleme. Ich finde, das ist eine interessante Verheißung, und ich glaube, da ist etwas dran.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Eine Studie wie die, die wir gemacht haben, erzieht zur Nüchternheit, und sie führt, das merke ich bei vielen Diskussionen, bei Ihnen klang das auch etwas durch, manchmal auch zu Enttäuschungen. Solche sozialwissenschaftliche Studien enttäuschen manchmal. Denn das, was wir uns wünschen und was wir gern hätten, kommt darin häufig nicht vor.

Man kann mit einer solchen Studie aufzeigen, wie sich Kirche reproduziert, aber man kann die Frage natürlich auch anders stellen. Uns interessiert gar nicht so sehr die Reproduktion von Kirche, sondern uns interessiert die Kreation von Kirche. Wo wächst eigentlich etwas Neues? Wo kommt etwas Neues zustande? Wo entsteht neues Leben? Wo wächst der Glaube neu? Wo gibt es religiöse Experimente? Diese Fragen kann unsere Studie nicht unbedingt beantworten. Aber das erspart uns nicht das Bemühen, nach so etwas zu suchen, solche Formen zu entwickeln. Solche Formen gibt es natürlich auch in unserem Land. Sie tauchen in dieser Studie nicht unbedingt auf, aber es gibt sie.

Für mich ist das entscheidende Ergebnis dieser Studie: Die Gesellschaft, in der wir leben, „kleidet“ uns als Kirche nicht mehr ein, so möchte ich das einmal formulieren. Die Resonanz auf Religion, auf Glauben ist geringer geworden. Die Gesellschaft kleidet uns nicht mehr so ein. Es ist nicht mehr so selbstverständlich, Christ zu sein, in der Kirche zu sein. Das ist für mich die eigentliche Herausforderung. Was heißt das für uns? Es ist für mich eine eminent geistliche Herausforderung, und dies ist ja auch an vielen Beiträgen hier deutlich geworden. Vielen Dank. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Wegner. Ich denke, Sie haben uns gerade in Ihrem Schlusswort noch einmal ganz viele Impulse gegeben.

Die verschiedenen Ausschüsse, vom Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit über den Ausschuss für Bildung und Jugend und den Theologischen Ausschuss bis zum Finanzausschuss; alle sind betroffen und werden an den Impulsen weiter arbeiten.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie zu uns gekommen sind. Wir haben natürlich ein kleines Geschenk für Sie, nämlich den berühmten württembergischen Wein. Wir haben ja vorher gehört, dass es in der EKD nicht so viele Winzer gibt.

Liebe Synode, damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 12 angelangt.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:41 bis 14:32 Uhr)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Liebe Synode, wir setzen die Tagung fort. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf: **Überarbeitung der Agenden: „Die kirchliche Trauung“, „Die Heilige Taufe“, „Einführungen“**. Der Antrag wurde in der letzten Sitzung mit dem Auftrag an den Theologischen Ausschuss eingebracht, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich darf den Vorsitzenden des Theologischen Ausschusses um seinen Bericht bitten.

Hardecker, Dr. Karl: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Der Theologische Ausschuss hat sich in seinen ersten drei Sitzungen mit dem an ihn verwiesenen Antrag Nr. 11/14: Überarbeitung der Agenden: „Die kirchliche Trauung“, „Die Heilige Taufe“, „Einführungen“, intensiv beschäftigt. Der Theologische Ausschuss war sich darin einig, dass die Überarbeitung aller drei im Antrag Nr. 11/14 aufgeführten Agenden dringend notwendig ist. Einigkeit wurde darin erzielt, die Taufagende, nicht zuletzt aufgrund ihrer theologisch fundamentalen Bedeutung, zuerst in Angriff zu nehmen. Da aber die Trauagende genauso dringend überarbeitet werden sollte, haben wir dem Verfahren eine zeitliche Terminierung verliehen, die sicherstellen soll, dass in der Mitte der Legislaturperiode mit der Überarbeitung der Trauagende begonnen werden soll. Dies hat nicht notwendig zur Folge, dass die Qualität der Arbeit darunter leiden wird.

Natürlich wird sich der Ausschuss auch noch einmal die Ergebnisse des Konsultationsprozesses zur Taufe vor Augen führen und darin erarbeitete Themen aufgreifen. Möglicherweise sind auch mit der Taufagende, die derzeit von der VELKD erarbeitet wird, Synergieeffekte zu erzielen. Wir haben uns vorgenommen, in der Erarbeitung einer neuen Taufagende auf milieuspezifische Gesichtspunkte zu achten. Der Theologische Ausschuss wird die Arbeit der Liturgischen Kommission konstruktiv begleiten und sich zu diesem Zwecke mit grundsätzlichen Fragen wie der nach der Bedeutung der Kasualien in unserer heutigen Gesellschaft, mit dem Problem der Wiedertaufe sowie mit der Frage nach dem Verhältnis von Kindertaufe zu Erwachsenentaufe beschäftigen. Die Frage nach dem Stellenwert der Taferinnerung und der Kindersegnung wird bei diesen grundsätzlichen Überlegungen nicht fehlen. Das sind nur einige der die Taufe berührenden Fragen.

In unserer nächsten Sitzung werden wir uns einen Plan erarbeiten, der alle wichtigen Themenschwerpunkte zum Thema Taufe in einem Arbeitskonzept für den Theologischen Ausschuss aufführen wird.

Ich bringe daher den konkretisierten Antrag Nr. 36/14: Überarbeitung der Agenden „Die kirchliche Trauung“, „Die Heilige Taufe“, „Einführungen“ ein, der den Antrag Nr. 11/14 ablöst. Wir bitten, den Antrag Nr. 36/14 sofort zu beschließen. Er lautet:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, die Liturgische Kommission mit der Überarbeitung der Taufagende zu beauftragen. Damit keine Verzögerung bei der Bearbei-

(Hardecker, Dr. Karl)

tion der beiden anderen noch zu überarbeitenden Agenden auftritt, soll ab dem 1. Januar 2017 mit der Überarbeitung der Trauagende begonnen werden.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank, Herr Dr. Hardecker, für den Bericht und die Einbringung des Antrags. Wir werden über den Antrag jetzt abstimmen. Ich frage noch nach Wortmeldungen zu dem Antrag.

Jungbauer, Dr. Harry: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Vielen Dank zunächst für das Engagement bei den Agenden; ich freue mich darüber sehr. Aber ein Akzent ist mir zusätzlich wichtig. Da über die Einführungsagende, über die ja im ursprünglichen Antrag etwas stand, gar nichts gesagt worden ist, möchte ich dazu ganz kurz etwas sagen.

Ein gutes Ende ist fast genauso wichtig wie ein guter Anfang, zumal oft ein Abschied ein neuer Anfang werden kann. Darum plädiere ich, auch aufgrund zahlreicher Bitten aus den Dekanaten, in denen ich lebe und arbeite, für die Ausarbeitung eines Agendentils zu Verabschiedungen und Abschlussituationen. Das hatte ich eigentlich mit der Einführungsagende verbunden. Da gibt es bisher ja einen Teil, Verabschiedung in die Mission. Aus meiner Sicht fehlt die Möglichkeit, agendarisch Hilfen zu geben, wie Verabschiedungssituationen gestaltet werden können.

Nur einige wenige Beispiele. Zahlreiche Pfarrerrinnen und Pfarrer etwa wünschen sich eine förmliche Entpflichtung am Ende einer Amtszeit oder bei einem Übergang. Nun gibt es Dekaninnen und Dekane, die sagen: So etwas ist gar nicht vorgesehen; da gibt es nur einen Handschlag. Ein Dekan sagt immer: Ich spreche ein Grußwort, und das muss reichen. Das wird in den verschiedenen Dekanaten unterschiedlich gehandhabt. Von daher wäre hier z. B. so etwas wichtig.

Ein anderes Beispiel ist die Verabschiedung von Kirchengemeinderäten und Kirchengemeinderätinnen. Das machen viele Pfarrerrinnen und Pfarrer ganz toll. Aber bei Einzelnen höre ich, ein Handschlag und ein kleines Büchlein innerhalb eines riesigen Festes waren es nach 18 Jahren im Kirchengemeinderat. Ein anderes Beispiel ist, wenn ein Kirchenchor aufhört. Was macht man da? Verabschiedet man den ganzen Chor kurz mit drei Sätzen? Geht man auf Einzelne ein? Wie macht man das?

Es gibt eine Menge solcher Fälle. Ich will Sie, auch angesichts der Zeit, nicht aufhalten. Aber es gibt eine Menge von Situationen, für die wir Hilfen brauchen. Hier besteht Handlungsbedarf. Angesichts des großen Programms des Theologischen Ausschusses möchte ich ihn damit natürlich nicht noch mehr belasten. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, zunächst als Ergänzung der Einführungsagende eine Handreichung zu erstellen. Aber ich finde, an diesem Punkt müsste bald und nicht erst in sechs oder acht Jahren gearbeitet werden.

Mühlbauer, Schwester Margarete: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitsynodale! Ich habe eine Frage: Wenn ich beide Anträge zur Hand nehme, ist natürlich der Antrag Nr. 11/14 für mich weitergehender als jetzt dieser

Antrag. Ich verstehe auch nicht, warum der Antrag Nr. 11/14 abgelöst werden soll. Bis jetzt hat immer noch der Ausschuss selber festgelegt, womit er anfängt. Der Antrag Nr. 11/14 ist einfach umfassender. Ich hätte gerne eine Erklärung, wie es dazu gekommen ist, dass jetzt ein neuer Antrag vorliegt.

Jungbauer, Dr. Harry: Wenn ich kurz noch ergänzen darf: Ich würde mich dem anschließen und könnte mir vorstellen, dass man tatsächlich die Einführungsagende, die ja im ursprünglichen Antrag steht, beibehält oder tatsächlich den neuen Antrag erweitert. Das Anliegen, dass ich vorgetragen habe, würde ich gern im Antrag berücksichtigt sehen.

Oberkirchenrat **Heckel, Prof. Dr. Ulrich:** Herr Präsident, hohe Synode! Herr Jungbauer, Sie hatten die Frage der Begrüßung und Verabschiedung von Mitarbeitern angesprochen. Dafür kann man selbstverständlich die Agende der UEK und der VELKD verwenden. Das sind Bausteine für solche Aufgaben.

Hardecker, Dr. Karl: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und die Rückfragen. Herr Dr. Jungbauer, die Einführungsagende wird natürlich auf der Tagesordnung des Theologischen Ausschusses bestehen bleiben. Das ist gar keine Frage. Es ging jetzt eigentlich nur um die Frage der Priorisierung, der Reihenfolge. Das heißt in keiner Weise, dass die Einführungsagende nicht als notwendig zur Überarbeitung gesehen wird. Klar ist, dass wir sie im Auge behalten und, wenn es möglich sein sollte, sie auch schon früher oder ggf. parallel anpacken.

Dass die Desiderate, die Sie angemahnt haben, aus der pfarramtlichen kirchlichen Praxis herrühren, kann ich nur bestätigen. Deshalb besteht die Notwendigkeit einer neuen Einführungsagende auf jeden Fall.

Die Frage von Schwester Margarete einen neuen Antrag betreffend: Das hängt einfach mit dem Verfahren zusammen. Das heißt, der erste Antrag kam aus der Synode. Ihn hat die Synode an den Theologischen Ausschuss zur ersten Beratung verwiesen. Der Theologische Ausschuss hat ihn dann so behandelt, dass er eine Priorisierung in der Bearbeitung festgelegt hat, womit fangen wir in erste Linie an. Damit ist aber der alte Antrag nicht aufgehoben, und wir sagen nicht, wir lassen eine Agende unter den Tisch fallen. Das ist nicht der Fall und es ist auch nicht der Fall, dass wir das nicht grundsätzlich überarbeiten würden. Das ist jetzt eine Frage der Terminologie, aber selbstverständlich werden wir alle drei Agenden uns grundsätzlich anschauen, und wir werden uns über die Notwendigkeit sehr schnell im Ausschuss einig sein. Also: Wir werden alle drei Agenden sehr grundsätzlich überarbeiten. Aber es ist ausschließlich eine Verfahrensfrage. Wir bringen jetzt sozusagen konkretisiert den Antrag zurück in die Synode und bitten um Beschluss, damit die Sache wirklich klar von der zeitlichen Abfolge her ist.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Ich habe jetzt zwei Zwischenrufe. Herrn Jungbauer darf ich fragen, ob

(Stellv. Präsident Stepanek, Werner)

er mit der Antwort so zufrieden ist, damit ein Teil wenigstens abgeklärt ist.

(Zwischenruf **Jungbauer, Dr. Harry**: Mir würde an der Stelle helfen, wenn man in dem Antrag, da eben jetzt eine zeitliche Priorisierung vorgesehen ist, tatsächlich die Einführungsagende noch anführt. Herrn Dr. Heckel habe ich so verstanden, dass er gar keine Notwendigkeit sieht, denn man habe ja die VELKD-Agende; die ist aber nicht so verbreitet bei uns.)

(Zwischenruf **Mühlbauer, Schwester Margarete**: Ich stelle den Antrag: Antrag Nr. 36/14 ist eingebracht. Gestrichen wird, der den Antrag Nr. 11/14 ablöst. Dann kann man so weiter verfahren, damit habe ich kein Problem mehr. Dann bleiben auch beide Anträge bestehen.)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Schwester Margarete, würden Sie den Antrag schriftlich der Geschäftsstelle geben, damit wir alle von der gleichen Formulierung ausgehen. Wir müssen ein klein wenig Geduld haben, damit wir Klarheit haben, worüber wir abstimmen. Der Theologische Ausschuss hält bis jetzt an seinem Antrag fest.

Veit, Hans: Agenden machen ja sehr viel Arbeit, und wir müssen einmal mit einer Sache anfangen. Die Einschätzung war sehr unterschiedlich. Es war die Frage, was ist zuerst dran. Wir haben uns vergewissert, die Gesprächskreisleitungen haben darüber gesprochen, das Ergebnis zurückgemeldet und daraufhin war klar: Priorisierung. Zuerst Taufe, dann Trauung und die dritte Agende kippt gar nicht herunter. Es geht nur um die Reihenfolge, weil die Einschätzung so unterschiedlich war. Von daher brennt gar nichts an. Wir arbeiten möglichst schnell.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Ich habe den Eindruck, dass wir eigentlich Klarheit haben, dass der vom Theologische Ausschuss eingebrachte Antrag praktikabel ist und nichts aushebelt, was bisher als Antragslage im Raum stand.

(Zwischenruf **Mühlbauer, Schwester Margarete**: Die Einführungen fehlen, wenn der Antrag Nr. 11/14 wegfällt.)

Eine persönliche Erklärung der Synodalen Bleher.

Bleher, Andrea: Bei uns steht auf dem Antrag: „Der Oberkirchenrat wird gebeten, die Liturgische Kommission mit der Überarbeitung der Taufagende zu beauftragen. Damit keine Verzögerung bei der Bearbeitung der beiden anderen noch zu überarbeitenden Agenden auftritt, soll ab dem 1. Januar 2017 mit der Überarbeitung der Trauagende begonnen werden.“

Ich sehe kein Problem darin, dass wir diesen Antrag so abstimmen, weil im Antrag selbst nichts davon drinsteht, dass der erste Antrag abgelöst wird.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Genauso ist der Antrag eingebracht und begründet worden. Jetzt warte ich trotzdem in aller Ruhe, ob von Schwester Margarete ein weiterer Antrag eingebracht wird.

Mühlbauer, Schwester Margarete: In der Einbringung steht trotzdem, der Antrag Nr. 11/14 soll abgelöst werden. Das steht jetzt im Antrag selbst nicht mehr. Was aber dann nicht mehr ausdrücklich drinsteht, sind die Einführungen. Es steht nur noch im Antrag: „... der beiden noch zu überarbeitenden Agenden“.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Neben der Taufagende. Dann sind es ja wieder drei.

Mühlbauer, Schwester Margarete: Wenn das ohne Benennung gehen kann und jetzt alle wissen, worum es geht, ziehe ich das zurück.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank, Schwester Margarete. Ich glaube, Ihrem Anliegen wird gerecht, wenn wir im Protokoll genau festhalten, was Sie gemeint haben und wie unsere Situation bei der Abstimmung ist.

(Zwischenruf **Fritz, Michael**: Die Überschrift nennt alle drei Agenden. Es ist hundertprozentige Klarheit da.)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Jetzt wäre es eigentlich zweihundertprozentig. Danke, Herr Fritz.

Sind wir bereit und in der Lage, abzustimmen? Dann bitte ich um das Kartenzeichen. Die befreiende Abstimmung. Herzlichen Dank. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich? Klasse! Nach dieser Diskussion Einstimmigkeit, etwas Besseres können wir uns doch nicht wünschen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14: **Kirchentag 2015 in Stuttgart** auf. Dahinter verbirgt sich ein Großereignis für unsere Landeskirche, darauf freuen wir uns schon alle. Als Synode der gastgebenden Landeskirche freuen wir uns, dass wir jetzt richtig gute Informationen bekommen. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Pfarrer Wolfgang Kruse mit seinem landeskirchlichen Kirchentags-Team. Herzlich willkommen! (Beifall) Das Team wird nachher in einzelnen Schritten vortragen, und bei dieser Gelegenheit werden sie sich selbst vorstellen. Dann haben wir zu Namen auch das Gesicht. Ich darf zunächst einmal Herrn Prof. Dr. Heckel bitten, eine Einführung zu geben.

Oberkirchenrat **Heckel, Prof. Dr. Ulrich**: Herr Präsident, hohe Synode! Der Kirchentag in Stuttgart rückt näher. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Vor einem Jahr hatte ich auf der alten 14. Landessynode vom württembergischen Engagement für den Kirchentag 2015 in Stuttgart berichtet. Für die neuen Synodalen möchte ich kurz die wichtigsten Punkte in Erinnerung rufen.

(Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich)

Schon auf dem letzten Kirchentag 2013 in Hamburg hat unser Württembergisches Projektteam das Stuttgarter Gasthaus auf den Magellan-Terrassen präsentiert und dort mit großer Herzlichkeit zum bevorstehenden Kirchentag nach Stuttgart eingeladen.

Einen Rückblick auf die bisherigen Stuttgarter Kirchentage 1952, 1969 und 1999 sowie eine Übersicht über die gegenwärtige Organisation des Kirchentags und den aktuellen Stand der Vorbereitungen wird gleich unser württembergisches Kirchentagsteam selber geben.

Der Stuttgarter Kirchentag wird natürlich auch durch die Besonderheiten unserer Württembergischen Landeskirche geprägt sein. Dieses württembergische Gepräge wird sich an vielen Stellen zeigen. Eine große Neuerung sind dieses Mal die vielen Gespräche, bei denen Kirchentag und Christustag ihre Planungen eng aufeinander abstimmen.

Tempo und Intensität der Vorbereitungen werden in den kommenden Monaten noch einmal deutlich zunehmen. Mit Nachdruck möchte ich mich deshalb bei allen Beteiligten bedanken, die sich, sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich, auf vielfältige Weise und mit großem Engagement in die Vorbereitungen einbringen. Haben Sie alle herzlichen Dank.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich bei dieser Gelegenheit, dass die Landeskirche für den Stuttgarter Kirchentag 6 Mio. € zur Verfügung zu stellen beschlossen hat. Dazu kommen ca. 670 000 € an Mitteln aus einer EKD-weiten Umlage sowie Opfer- bzw. Spendenmittel. An dieser Stelle möchte ich auch dem Land Baden-Württemberg danken, dass es zu den Gesamtkosten von ca. 22 Mio. € namhafte 5 Mio. € beiträgt. (Beifall) Die Stadt Stuttgart beteiligt sich mit einem Barzuschuss von 2,5 Mio. €. Auch dafür herzlichen Dank (Beifall), zumal die Stadt sich auch durch verschiedene Sachleistungen und logistische Unterstützung einbringt.

Bleibt mir nur noch, Gott um seinen Geist und seinen Segen für den Stuttgarter Kirchentag zu bitten, auf dass gelingt und eintritt, was uns verheißen ist: „damit wir klug werden“.

Ich jedenfalls freue mich auf den Stuttgarter Kirchentag 2015 und bin gespannt, was uns nun das Kirchentagsteam vorstellen wird. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Heckel, ich bitte jetzt das Team, uns seine Berichte zu geben.

Pfarrer Kruse, Wolfgang: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesbischof, liebe Synodale!

Folie 1

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bedanken, zum einen dafür, dass wir als landeskirchliches Kirchentagsteam heute hier vor der Landessynode über den Kirchentag berichten dürfen, und zum anderen dafür, dass die Synode den Kirchentag sowohl ideell als auch finanziell so großzügig unterstützt und begleitet. Wir möchten heute über den aktuellen Stand der Vorbereitungen berichten.

Folie 2

Wie Sie wissen, ist der Kirchentag 2015 nicht der erste Kirchentag in Stuttgart. Bereits vier Jahre nach Gründung des Kirchentages fand der erste Kirchentag 1952 in Stuttgart statt. Er stand noch ganz unter dem Eindruck der Nachkriegszeit und hatte als Losung „Wählt das Leben“.

Die Bibeltexte für die Bibelarbeiten stammten aus dem Buch Exodus und hatten die Befreiung aus der Unterdrückung zum Thema.

Die Losung „Wählt das Leben“ wurde in unterschiedlichen Lebensbereichen durchdekliniert. Bei meinen Besuchen in Bezirkssynoden frage ich immer, wer denn schon 1952 dabei war. Das frage ich Sie jetzt nicht. Bei den nächsten Kirchentagen bin ich dann ein bisschen mutiger.

Folie 3

Besonders eindrücklich für mich ist das Bild vom Stuttgarter Schloss, noch eine Ruine, und als mahnende Losung davor „Wählt das Leben“.

Folie 4

Beeindruckend auch die Zahl der Teilnehmenden an der Schlussversammlung im Rosensteinpark. 200 000 Menschen haben da miteinander gefeiert. Bis heute beginnt jeder Kirchentag mit einer Veranstaltung „Gedenken zu Beginn“, um an die Wurzeln des Kirchentags zu erinnern: das Versagen der verfassten Kirche in der Nazidiktatur. Reinhold von Thadden-Trieglaff begründete 1949 den Kirchentag bewusst als Laienorganisation mit dem Ziel, sich in Theologie, Gesellschaft und Politik einzumischen.

Folie 5 bis 7

Der zweite Kirchentag in Stuttgart fand 1969 statt, sicher einigen von Ihnen noch in Erinnerung. Jetzt frage ich mutig: Wer war 1969 schon dabei? Doch einige. Sie haben sicher auch noch intensive Erinnerungen. In den Annalen des Kirchentags wird vermerkt: fraglos der politischste aller Kirchentage. Die Losung lautete: „Hunger nach Gerechtigkeit“. Die Bibeltexte stammten aus der Bergpredigt. Allein die Auflistung der Themen zeigt die Brisanz des Kirchentages damals. Vor allem ging es auch um die historisch-kritische Bibelauslegung und den Streit um Jesus.

Eingefordert wurde aber auch die Beteiligung der Teilnehmenden auf den Podien. Die Podien waren damals schon mit bekannten Politikerinnen und Politikern besetzt. Klar zu erkennen sind Johannes Rau, Hildegard Hamm-Brücher und hinten Bernhard Vogel.

Die Auswirkungen des Kirchentages in die Württembergische Landeskirche hinein sind bekannt. Seither gibt es die Gesprächskreise in der Synode. Und es dauerte 30 Jahre, bis der Kirchentag wieder eingeladen wurde. (Heiterkeit) Der Kirchentag hat seit 1969 eine Beteiligungskultur, um dem Auditorium Möglichkeiten zur Mitdiskussion zu geben wie Saalmikrofone, Anwälte des Publikums etc.

Folie 8

An den Kirchentag 1999 mit seiner Losung „Ihr seid das Salz der Erde“ und dem Salzberg auf dem Schlossplatz erinnern sich wohl die meisten. Ich frage noch ein-

(Pfarrer **Kruse**, Wolfgang)

mal: Wer war 1999 mit dabei? Das ist doch sehr erfreulich. Vielen Dank. Die relativ kleine Messe auf dem Killesberg machte es notwendig, dass sehr viele Veranstaltungen auch in der Stadt Stuttgart stattgefunden haben.

Folie 9

So prägte der Kirchentag die ganze Stadt Stuttgart. Das ist für die folgenden Kirchentage stilbildend geworden: Der Kirchentag soll das Bild einer Stadt prägen. Thematisch ging es um die Zukunft des Menschen, des Glaubens und der Gesellschaft. Damals brach auch der Streit um die Judenmission auf.

Folie 10

Die Ökumene ist immer ein wichtiger Bestandteil des Kirchentages. So sind wir jetzt schon in engem Kontakt mit der katholischen Kirche und anderen ökumenischen Partnern. Und immer stärker rückt auch der interreligiöse Dialog in den Fokus.

Folie 11

Die Organisation des Kirchentages steht auf drei Säulen: dem Zentralen Büro in Fulda mit Generalsekretariat, Kirchentagspastor und Studienleitung. Es ist für die inhaltliche Konzeption und Begleitung zuständig. Die Geschäftsstelle jeweils am Kirchentagsort ist für die organisatorische Umsetzung zuständig. Und die gastgebende Landeskirche, das sind wir. Der Lenkungsausschuss koordiniert alle landeskirchlichen Aktivitäten, der Vorsitzende ist Landesbischof July. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus der Württembergischen Landeskirche ist auch die Badische Landeskirche im Lenkungsausschuss vertreten, die katholische Kirche, die ACK sowie Vertreterinnen von Stadt Stuttgart und Land Baden-Württemberg.

Das regionale Kulturprogramm, zu dem Ulrike Kammerer etwas sagen wird, wird vom Regionalen Kulturbeirat verantwortet. Die Steuerungsgruppe regionale Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, in der Vertreterinnen und Vertreter der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit mitwirken, wird von Monika Johna begleitet.

Als oberstes Kirchentagsgremium fungiert das Präsidium mit ca. 25 Mitgliedern. Landesbischof July, Dekan Klaus Käßpinger und ich haben dort Gaststatus. Daneben gibt es die Präsidialversammlung mit ca. 100 Mitgliedern. In der Zusammenarbeit all dieser Menschen wird es, so hoffe ich, einen wunderbaren Kirchentag in Stuttgart geben.

Folie 12

Wie der Ablauf eines Kirchentages aussieht, wird Ihnen sicher bekannt sein: der Auftakt am Mittwoch, 3. Juni 2015, mit Gedenken zu Beginn, Eröffnungsgottesdiensten und Abend der Begegnung. Dann die drei Arbeitstage Donnerstag bis Samstag, die jeweils mit Bibelarbeiten beginnen, sowie der Sonntag mit dem Schlussgottesdienst.

Folie 13

Einige Zahlen, was wir erwarten:

Teilnehmende

- über 100 000 Dauerteilnehmende
- ca. 40 000 Tagesteilnehmende

Veranstaltungen

- ca. 2 000 Veranstaltungen
- ca. 50 Vorbereitungsgruppen (Projektleitungen)
- ca. 50 000 (ehrenamtlich) Mitwirkende (PL-Mitglieder, Referentinnen und Referenten, Mitwirkende, Bläser- und Sängerkhore, ...)

Unterbringung

- ca. 10 000 Privatquartiere
- ca. 50 000 Gäste in Gemeinschaftsquartieren
- ca. 15 000 Gäste in Hotels, Freizeithäusern und Campingplätzen
- ca. 35 000 Gäste mit eigener Unterbringung

Folie 14

Die Losung für den Kirchentag 2015 wird Ihnen schon bekannt sein, Präsident Barner hat schon darauf hingewiesen: "... damit wir klug werden". Viele verbinden diesen Halbsatz aus Ps 90,12, den Luther übersetzt mit „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden“, mit Beerdigungsansprachen und Trauerfeiern. Der Kirchentag will aber keine Trauerveranstaltung sein: Deshalb ist die wörtliche Übersetzung des Psalmverses die sinngebende: „Lehre uns unsere Tage zu zählen, damit wir ein weises Herz bekommen“. Es geht also um ein bewusstes Leben in aller Begrenztheit, sowohl bezüglich der Lebenszeit als auch der Ressourcen und des Wissens.

Folie 15

Mit der Losung einher geht ja immer auch ein ganzes Paket von Bibeltextrn für Gottesdienste und Bibelarbeiten. Alle ausgesuchten Texte sind spannend und bieten vielfache Möglichkeit der Auslegung.

So bietet der Text für das Feierabendmahl aus Röm 12, 9-16 Anklänge an das Stuttgarter Schuldbekenntnis, das sich 2015 zum 70. Mal jährt: Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, beharrlich im Gebet.

Psalm 1 betont den Zusammenhang zwischen Klugheit und Torah und entwickelt das Bild des Baumes, der gepflanzt ist an Wasserbächen, Anklänge an den Baum der Erkenntnis im Garten Eden.

Die Bibelarbeit am Donnerstag behandelt das Gleichnis aus Lukas 16 vom ungerechten Verwalter: „Schafft euch Freunde mit dem ungerechten Mammon“, empfiehlt Jesus. Eine spannende Frage angesichts der Bankenkrise.

Folie 16

Aus dem Thementableau möchte ich nur wenige Themen herausgreifen und vorstellen.

So knüpft die Podienreihe Schuld und Versöhnung an das Stuttgarter Schuldbekenntnis an.

Spannend wird auf alle Fälle das Podium Evangelische Kirche und messianische Juden. Dort sollen auch Vertreterinnen und Vertreter der messianischen jüdischen Gemeinden zu Wort kommen.

(Pfarrer **Kruse**, Wolfgang)

Das Gedenken zu Beginn fand 1999 auf dem Killesberg am Ort der Deportationen statt. 2015 wird eventuell das Hotel Silber im Zentrum stehen.

Zu den regionalen Projekten wird meine Kollegin Diana Dickel noch etwas sagen.

Gesellschaft verantwortet Wirtschaft; ist natürlich in der Wirtschafts-Region Mittlerer Neckar ein wichtiges Thema. Viele Familienbetriebe sind, wie Sie wissen, christlich geprägt und haben eine deutlich christlich ausgerichtete Firmenpolitik.

Folie 17

Weitere brennende Themen sind Migration und Menschenrechte, der Nahostkonflikt sowie die Podienreihe Streit um die Familie.

Alle Themen werden von ehrenamtlichen Arbeitsgruppen, den Projektleitungen, vorbereitet, und zwar von den ersten Ideen bis zur Durchführung beim Kirchentag. In diesen Projektleitungen sind auch viele Menschen aus unserer Landeskirche tätig.

Folie 18

Die Visitenkarte der Landeskirche ist der Abend der Begegnung am 3. Juni 2015, dem Eröffnungsabend. Wir hoffen, dass sich viele Gemeinden bei diesem Straßenfest in der Stuttgarter Innenstadt im Anschluss an die Eröffnungsgottesdienste beteiligen. Und wir haben die konkrete Bitte an Sie, in Ihren Wahlkreisen für die Beteiligung an diesem Abend zu werben. In diesen Tagen gehen Einladungsflyer an alle Pfarrämter und kirchliche Einrichtungen. Zu diesem Abend laden wir auch die badischen Gemeinden zur Mitwirkung ein. 1999 gab es eine eigene Region im Bereich des Abends der Begegnung Baden. Jetzt wollen wir die badischen Gemeinden ermuntern, mit ihren württembergischen Nachbarbezirken zusammenzuarbeiten. Kirchengeschichtlich ist dies deshalb heute ein historischer Moment, indem wir nämlich eine gemeinsame Karte mit den Kirchenbezirken der Badischen und Württembergischen Landeskirche erstellt haben. (Beifall) Nun steht dem Kommen des Messias nicht mehr viel im Weg. (Heiterkeit)

Folie 19

Ein paar Zahlen zum Abend der Begegnung:

erwartete Besucherinnen und Besucher: 250 000 bis 300 000

benötigte Verpflegungsstände/Mitmachaktionen: 400

benötigte Bühnengruppen: 90 auf 10 Open-Air-Bühnen

erwartete Mitwirkende: 5 000

Folie 20

Das Stuttgarter Gasthaus, das in Hamburg erfolgreich die Landeskirche vorstellte, wird es in veränderter Form auch beim Stuttgarter Kirchentag unter dem Motto geben „Die Welt zu Gast in Stuttgart“: Dies soll ein Ort sein, wo die Partnerkirchen und -gemeinden der Württembergischen Landeskirche eingeladen sind. Es wird Interviews, musikalische Beiträge, Kulinarisches aus Schwaben sowie eine kleine Ausstellung über die Landeskirche geben.

Folie 21 bis 22

Bitte motivieren Sie die Gemeinden in Ihrem Wahlkreis, ihre Partnergemeinden zum Kirchentag einzuladen. Wir freuen uns über Besuch und Beiträge auf der kleinen Bühne im Gasthaus. Das Gasthaus wird ganz prominent in der Innenstadt stehen.

Der Veranstaltungsbereich umfasst die Veranstaltungsorte in der Innenstadt mit allen Innenstadtkirchen, im Neckarpark, wo mit Zelten eine Art Messe aufgebaut wird, sowie in Cannstatt und in Fellbach.

Der Quartierbereich umfasst im Wesentlichen das S-Bahn-Gebiet. Sowohl Schulen als auch Privatquartiere werden zur Unterbringung von ca. 60 000 Gästen gesucht. Die anderen 40 000 Dauerteilnehmenden kommen entweder aus der Region oder sind bei Freunden untergebracht. Das ist für die gastgebenden Gemeinden eine große Aufgabe, für die viele Ehrenamtliche benötigt werden. Wir haben die Gemeinden im Quartierbereich gebeten, jeweils eine Gemeindebeauftragte bzw. einen Gemeindebeauftragten zu benennen, die bzw. der die ehrenamtlichen Teams koordiniert. Auch da bitten wir Sie, Ehrenamtliche zu ermutigen, mitzuhelfen, dass die Landeskirche eine gute Gastgeberin ist. Für die Gemeinden ist dies oft ein ganz besonderes Erlebnis, wie die guten Erfahrungen von früheren Kirchentagen zeigen.

Folie 23

Dickel, Diana: Mein Name ist Diana Dickel. Ich bin verantwortlich für das thematische Programm der Landeskirche auf dem Kirchentag.

Vom Schwung des Großereignisses Kirchentag möchte die gastgebende Landeskirche noch lange profitieren: Deshalb bringt sie drei eigene Themenschwerpunkte ein, die jeweils als Zentren im Kirchentagsprogramm verankert werden. Die Themen lauten Jugend, Stuttgarts Reichtum: Kulturelle und religiöse Vielfalt und Evangelisch (nicht nur) in Württemberg.

Um Themen zu identifizieren, die in der Landeskirche von hoher Relevanz sind, wurden zunächst ca. 100 Haupt- und Ehrenamtliche aus allen Bereichen der Landeskirche zu einer Thementagung eingeladen. Dort wurden zehn Themenvorschläge erarbeitet. Der Lenkungsausschuss, der unser Engagement als gastgebende Landeskirche unter Vorsitz von Herrn Landesbischof Dr. July steuert, wählte aus diesen Vorschlägen die drei oben genannten aus. Die zu erwartende Nachhaltigkeit war für die Auswahl zentrales Kriterium.

Es folgt ein kurzer Ausblick auf das Programm, das sich im Blick auf diese Themen im Entstehen befindet:

Der Themenschwerpunkt „Jugend“ bedeutet die Vorbereitung des Zentrums Jugend hauptsächlich durch Württembergische Jugendwerke und -verbände. Das Zentrum Jugend ist traditionell das größte Zentrum des Kirchentags mit täglich bis zu 10 000 Besucherinnen und Besuchern. Mit einer eigenen Einladung zur Mitwirkung im thematischen, kulturellen oder geistlichen Bereich werden darüber hinaus Jugendgruppen und -initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet angesprochen. Ziel ist es, Jugendlichen in ihrem Zentrum eine aktive Teilhabe zu ermöglichen, nicht nur während des Kirchentags, sondern auch in der Vorbereitung: Deshalb freut es uns, dass

(**Dickel**, Diana)

wir auch in den Leitungskreis, der das Projekt vorbereitet, junge Leute ab 18 Jahren einbinden konnten. Durch die starke regionale Zusammenarbeit und deren Verknüpfung mit bundesweiten Bezügen wünschen wir uns ein Zentrum mit Württembergischem Gesicht und gleichzeitig neue Impulse für die hiesige Jugendarbeit.

Folie 24

Zweiter Themenschwerpunkt ist: „Stuttgarts Reichtum: Kulturelle und religiöse Vielfalt“ als ein weiteres Projekt der Landeskirche. Ziel ist es, das herausragend vielfältige kulturelle und religiöse Leben in Stuttgart zugänglich zu machen und zu vernetzen. Wir laden deshalb Gemeinden anderer Sprache und Herkunft sowie andere Religionsgemeinschaften ein, die Gäste des Kirchentages in ihren Räumlichkeiten willkommen zu heißen und dabei miteinander ins Gespräch zu kommen, zu feiern, zu speisen oder zu beten. Wir schaffen auch ein Forum, damit sich Vertreterinnen und Vertreter der mitwirkenden Gemeinden untereinander kennenlernen können. Der kulturell und religiös vielfältig besetzte Leitungskreis dieses Projekts plant, durch thematische Stadtpaziergänge auch weitere Aspekte wie beispielsweise soziale Unterschiede aufzugreifen.

Folie 25

Das dritte Projekt trägt den Arbeitstitel „Evangelisch (nicht nur) in Württemberg“. Deutlich zu hören ist der Anklang an den Zukunftsprozess, der durch die Synode angestoßen wurde. Aber auch das eingeklammerte „nicht nur“ soll seinen Platz in der Projektgestaltung haben. Das Projekt wird ein Begegnungsort für die Breite des evangelischen Lebens in Württemberg und das im doppelten Sinne: Die Begegnung mit den Besucherinnen und Besuchern des Kirchentags ist ebenso gesucht wie die Begegnung zwischen verschiedenen evangelischen Traditionen und Lebensstilen untereinander. Eine Grundfrage dabei kann lauten, was der Protestantismus für die Gestaltung des Lebens von Württembergerinnen und Württembergern, im und außerhalb des Ländles, bedeutet. So ist es beispielsweise geplant, in der offenen Atmosphäre des Zentrums weiterführende Gesprächsangebote zu einigen Veranstaltungsteilen im Rahmen des kommenden Kirchentags anzubieten, die speziell württembergischen Charakter haben. Beispielsweise könnten Bibelmuseum, Christustag, Kurse zum Glauben oder diakonische Angebote in den Fokus genommen werden.

Folie 26

Nebel, Wolfgang: Einen recht schönen Guten Tag meinerseits! Mein Name ist Wolfgang Nebel.

Ich bin in der Programmabteilung verantwortlich für das geistliche und das regionale Programm. Zum einen begleite ich mit dem Kirchentagspastor Joachim Lenz und den Referenten aus dem zentralen Büro in Fulda die vom Präsidium berufenen Projektleitungen bei der Aufplanung der Zentren wie z. B. das Zentrum Gottesdienst, Zentrum Bibel oder das Zentrum Gemeinde.

Außerdem begleite ich die ca. 60 Gottesdienste, die der ständige Ausschuss für Abendmahl, Gottesdienste, Fest und Feier für den Kirchentag aus den Bewerbungen im kommenden Oktober aussuchen wird und die zum Thema der Losung auf dem Kirchentag gefeiert werden, große und kleine. Auch für die Begleitung der missionari-

schen Veranstaltungen wie z. B. von der Evangelischen Allianz Stuttgart, welche dann vom ständigen Ausschuss Mission des Kirchentags verantwortet werden, bin ich vonseiten der Geschäftsstelle zuständig.

Folie 27

Eine positive Nachhaltigkeit des Kirchentags ist die Gastgeberschaft, Wolfgang Kruse sprach es schon an; denn bei guten Begegnungen gehen nicht nur die Gäste dankbar nach Hause, sondern bleiben auch die Gastgeber beglückt zurück. Tagzeitengebete geben jedem Kirchentag mit Morgen-, Mittag-, Abend- und Nachtgebet eine Struktur. Alle Gemeinden im Quartier- und Veranstaltungsbereich in und um Stuttgart sind eingeladen, Tagzeitengebete anzubieten, und können dies bis Ende November anmelden.

Für die 15-minütigen Gebete um den Kirchentagspsalm, Psalm 1, entwerfen wir zurzeit ein Liturgieheft, welches die sich anmeldenden Gemeinden zugesandt bekommen.

Seit Nürnberg 1979 wird auf dem Kirchentag am Freitagabend traditionell das Feierabendmahl gefeiert. Ca. 100 Gemeinden, so hoffe ich, und so hoffen wir, laden dann ihre Gäste und die Gemeinde zu einem Abendmahlsgottesdienst mit gemeinsamem einfachen Essen im Gottesdienst oder im Anschluss ein. An diesem Abend kommt es erfahrungsgemäß zu vielen guten und auch neuen Kontakten und Begegnungen vor Ort.

Alle bis November angemeldeten Feierabendmahle bekommen ein Materialheft und eine Einladung zu einem Vorbereitungsabend, wo wir Elemente aus dem Gottesdienst, der sich mit dem Text aus Römer 12 „Haltet euch selbst nicht für klug“ befasst, erklären und auch beispielhaft gemeinsam feiern.

Ein uraltes Kirchentagsformat ist das „Gute-Nacht-Café“, welches ebenfalls von den gastgebenden Gemeinden im Quartierbereich angeboten werden kann. Nach einem langen Kirchentag noch etwas Kleines zum Essen und zum Trinken angeboten bekommen und im Jugendbereich oder im Gemeindeforum den Tag ausklingen lassen, tut gut und kommt zustande, wenn Gruppen aus den Gemeinden diese Gastfreundschaft anbieten. Wir hoffen, dass auch hier sich bis November viele Gemeinden begeistern lassen und ein Café anmelden.

Folie 28

Ein Redaktionsteam aus verschiedenen Arbeitsbereichen innerhalb unserer Landeskirche hat in den letzten Monaten eine Materialmappe zur Losung und den verschiedenen Predigt – und Bibeltexten entwickelt. Ab 1. September, so hoffen wir, rechtzeitig zum neuen Schuljahr, wird die Mappe „Ausgeklügelt“ mit Entwürfen für den Religionsunterricht, einen Schulgottesdienst, für Stunden mit Konfirmanden, Entwürfe für Jugendgruppen, Erwachsene und Hauskreise in Papierform, aber natürlich auch online erscheinen und abrufbar sein.

Am 1. Februar 2015, diesen Termin sollte man sich unbedingt rot anstreichen, dem Sonntag Septuagesimae, feiern wir landeskirchenweit und auch in vielen Gottesdiensten in ganz Deutschland den Kirchentagssonntag. In Haupt- und vielen Zweitgottesdiensten wird man sich an diesem Sonntag schon einmal mit der Losung aus Psalm 90 befassen und sich so inhaltlich und mit Liedern und Gebeten auf den Kirchentag einstimmen. Auch das Opfer

(Nebel, Wolfgang)

ist an diesem Sonntag für die Kirchentagsarbeit bestimmt. Bis zum Jahresende wird für den Kirchentagssonntag ein Materialheft mit Entwürfen und Bausteinen fertig sein, das wir zurzeit erarbeiten.

Auf die Teilnahme aller Gemeinden, zumindest im Großraum Stuttgart, beim Schlussgottesdienst sowie eine rege Beteiligung bei der Abendmahlsausteilung freue ich mich besonders. Wir erwarten wieder rund 100 000 Gottesdienstbesucher und mindestens 100 Liturginnen und Liturgen mit einem oder zwei Teams aus den Gemeinden unserer Landeskirche, die bei der Austeilung des Abendmahls im Schlussgottesdienst ihren Dienst tun. Um dies würdig und schön miteinander feiern zu können, wird es Vorbereitungen im April und im Mai 2015 geben.

Folie 29

Kammerer, Ulrike: Ich werde über das regionale Kulturprogramm zum Kirchentag berichten. Bereits im März 2013 fand die konstituierende Sitzung eines Regionalen Kulturbeirates statt, der eigens zum Kirchentag in Stuttgart ins Leben gerufen wurde. Etwa 30 Persönlichkeiten aus Kirche, Kunst und Kultur wurden ad personam durch Herrn Landesbischof July in dieses Gremium berufen. Den Vorsitz hat Herr Kirchenrat Eberhardt, die Geschäftsführung liegt in meinen Händen.

Folie 30

Die Arbeitsgruppen dieses Regionalen Kulturbeirates haben in den vergangenen Monaten acht Sonderprojekte zum Kirchentag entwickelt, deren Planungsstand ich Ihnen heute kurz vorstellen darf.

„Mensch, wohin?“ ist ein Filmwettbewerb zur Losung, der sich gezielt an Studierende der Kunst-, Film- und Medienhochschulen in der Region Stuttgart richtet. Die Siegerfilme kommen beim Kirchentag zur Aufführung. Darüber hinaus plant die Arbeitsgruppe Film zum Kirchentag mehrere „Stadtführungen mit bewegten Bildern“, bei der Häuserfassaden als Leinwand dienen, auf die historisches und aktuelles Filmmaterial projiziert werden soll. Ein besonderes Kunstprojekt ist am Stuttgarter Killesberg geplant: In direkter Nachbarschaft zu Kunstakademie und Weissenhofsiedlung soll eine Atelierkirche eingerichtet werden.

Mit dem Projekt Erzählte Stadt ist eine literarische Spurensuche in Stuttgart vorgesehen, die in ein Abschlussfest in der Stadtbibliothek mündet. Die freie Tanz- und Theaterszene Stuttgarts möchte zum Kirchentag ein groß konzipiertes Projekt unter dem Titel: Kreuz und quer, in die Innenstadt bringen. Idee dabei ist es, das Logo des Kirchentages, das Jerusalemkreuz, auf den Stadtplan zu legen und die Endpunkte als Stationen im öffentlichen Raum zu bespielen.

Dass Stuttgart eine vielfältige und beeindruckende Musikstadt ist, zeigen die weiteren drei geplanten Projekte. Mit dem Projekt: Seele der Stadt, sollen zum Kirchentag gezielt neue Impulse für das Leonhardsviertel erzielt werden. In Gassen und an Plätzen, an denen sonst Kriminalität und Prostitution vorherrschend sind, sollen mit verschiedenen Musikprojekten bewusst neue Akzente gesetzt werden, die im besten Falle nachhaltige Wirkung für dieses innerstädtische Problemviertel haben könnten. Ein ganz anderes Projekt der Musik wird in Kooperation mit der Internationalen Bachakademie Stuttgart stattfin-

den: Unter dem Konzerttitel „Zeit und Ewigkeit“ sollen zwei Kantaten zur Uraufführung kommen. Schließlich wird es mit dem Projekt „Nach(t)klang“ während des Kirchentages an verschiedenen Orten künstlerische Kommentare zum Tag geben.

Folie 31

Über diese eigens zum Kirchentag initiierten Projekte hinaus waren die Kulturinstitutionen in Stadt und Region eingeladen, Teile ihres Kulturprogrammes im Jahr 2015 auf das Großereignis Kirchentag auszurichten und besondere Beiträge einzureichen. Ca. 60 Institutionen haben inzwischen ca. 90 Angebote eingereicht, und die Entscheidung wird der Regionale Kulturbeirat noch vor der Sommerpause treffen. Die zugelassenen Veranstaltungen finden Aufnahme in eine gesonderte Kulturbroschüre und in das Kirchentags-Programmheft.

Über diese regionalen Kulturprojekte hinaus gibt es auch wieder viele Bewerbungsverfahren des Kirchentages, die bundesweit, also auch für die Region, ausgeschrieben sind. Seit Ostern sind diese Verfahren online, und auf der Homepage des Kirchentages finden Sie die entsprechenden Informationen zu den Mitwirkendenbeiträgen im Bereich Kirchenmusik, für Musik/Theater/Kleinkunst, für Bläser- und Sängerkhöre sowie künstlerische Ausstellungen. So viel zur Kultur.

Folie 32

Johna, Monika: Ich bin für die regionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich und werde Ihnen einen kurzen Überblick über die regionale Öffentlichkeitsarbeit geben:

Aufgabe der regionalen Öffentlichkeitsarbeit ist es, den Kirchentag hier in der Region bekannt zu machen.

Das geschieht unter anderem durch Pressekonferenzen und Redaktionsbesuche, durch Pressemitteilungen, crossmediales Arbeiten und Informationsveranstaltungen, durch das Erstellen von Artikeln für verschiedenste Medien und von Textbausteinen für Gemeindebriefe.

Im Februar haben wir im Rahmen einer Pressekonferenz unsere Losung vorgestellt, im Mai präsentierten wir die Kampagne, und viele weitere Termine werden folgen. Im Rahmen der Steuerungsgruppe regionale Öffentlichkeitsarbeit und Marketing arbeiten wir mit Vertretern verschiedener kirchlicher Institutionen und Werke zusammen.

Folie 33

Mit Vorveranstaltungen machen wir auf unsere Sache aufmerksam. So haben wir in der Pfingstnacht zu unserem Auftakt „Ein Jahr vor dem Kirchentag“ in den Hospitalhof eingeladen und konnten dort 1 400 Gäste empfangen.

Folie 34

Wir bringen den Kirchentag zu den Menschen und gehen dazu mit unseren Informationsständen auf Begegnungstage, Messen, Bezirkskirchentage und Gemeindefeste, zu Gottesdiensten und Konzerten und vielem mehr in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Auf unserem Programm stehen derzeit 85 Veranstaltungen, und es werden stetig mehr.

(Johna, Monika)

Folie 35

Sowohl für unseren Infostand und unser Werbematerial als auch für unsere Broschüren und Flyer gilt: Man kann dies alles unter der Adresse Marketing@kirchentag.de bei uns bestellen. Gerne kommen wir zu Ihnen vor Ort. Die Broschüren und Flyer können Sie auch im Internet unter <http://www.kirchentag.de/service/downloads/flyer-und-broschueren.html> herunterladen.

Folie 36

Im Januar 2015 wird unser Auftakt zur Privatquartierkampagne erfolgen. Wir werden im Quartierbereich in und um Stuttgart rund 10 000 Betten in Privatquartieren benötigen und werden dazu öffentlichkeitswirksam eine Kampagne starten, die dann endet, wenn wir genügend Betten zusammen haben. Auf einem Bild sehen Sie Mitglieder einer Hamburger Gemeinde mit ihrem Pastor, wie sie unter dem Motto „Koje frei“ in ihrem Stadtteil dafür werben, Kirchentagsgäste bei sich aufzunehmen.

Folien 37 bis 38

Im Namen unseres Teams bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Wir bedanken uns beim Kirchentagsteam sehr herzlich für die Präsentation. Ich finde, was vorgetragen wurde, war schon richtig einladend und begeisternd. Danke schön! (Beifall)

Wir haben eine Aussprache vorgesehen, und wie heute Morgen bitte ich, dass wir die Tatsache nutzen, dass Fachleute da sind, die wir fragen können und denen wir ein paar Hinweise geben können. Wir tun dies eingedenk der Tatsache, dass die Damen und Herren hier vor Ort sind und wir immer die Möglichkeit haben, sie wieder einzuladen, um über den Fortgang der Planung und der Vorbereitung informiert zu werden. Darüber, dass wir uns freuen und stolz sind, sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Jetzt bitte ich um Wortmeldungen für die Aussprache.

Albrecht, Ralf: Sehr geehrter Herr Präsident, hohe Synode, ich möchte meine Freude über den Kirchentag ausdrücken. Ich darf zwei Dinge an dieser Stelle benennen.

Das Erste ist: Das Projekt Evangelisch (nicht nur) in Württemberg! soll auch in ganz besonderer Weise etwas sein, das den synodalen Prozess weiter treibt: „Evangelisch in Württemberg“. Deswegen wurden von Fulda, vom Präsidium aus, auch Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Gesprächskreise in die Projektgruppe berufen und haben, wie ich höre, auch zugesagt. Ich glaube, sie sind heute auch anwesend. Darüber freue ich mich außerordentlich.

Ich denke, es ist eine große Chance, im Miteinander der verschiedenen Richtungen etwas weiterzuentwickeln. Das Konzept und vor allem die Formate dieser Veranstaltung wachsen erst noch. Es ist nicht so, dass das festzementiert ist. Wir sind darauf angewiesen, weiterhin sehr gute und sehr kreative Ideen zu haben. Ich freue mich außerordentlich, dass dieses Projekt zustande kommt.

Ein Zweites: Es wurde in der Präsentation auch hingewiesen auf die Begegnung mit messianisch-jüdischen Gemeinden. Dazu möchte ich anmerken, es ist richtig, gut und wichtig, dass auf dem Kirchentag dieses Forum stattfindet, wo Begegnung in dieser Art ist. Aber man darf auch nicht verschweigen, dass gleichzeitig die Entscheidung getroffen wurde, Leute aus den messianisch-jüdischen Gemeinden und Unterstützergruppen nicht am Markt der Möglichkeiten teilnehmen zu lassen. Das ist aus meiner Sicht falsch und auch unnötig, weil gerade die Teilnahme am Markt der Möglichkeiten eine ganz niederschwellige Sache ist und im Kern es darum geht, etwas zu ermöglichen. Man schaue nur an, wer alles in Hamburg 2013 auf dem Markt der Möglichkeiten zugelassen war. In sich sendet ein Verbot aus unserer Sicht ein ganz anderes, falsches Signal. Und das finde ich beschwerlich.

Der jüdisch-christliche Dialog und die Sensibilität in diesem Dialog sind total wichtig. Aber an dieser Stelle bei den messianisch-jüdischen Gemeinden geht es um Glaubensgeschwister, die für sich gleichzeitig beanspruchen, weiterhin diesem Volk Israel sich zugehörig fühlen zu dürfen. Wenn sie ausgeschlossen werden, wo auch immer, müssen sie das auch als Kritik an jeder Form ihrer Identität erleben.

Von daher bitten wir auch das Präsidium des Kirchentags noch einmal, diese Stimme ganz klar zu hören, zu bedenken und das Verbot zu überdenken. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank, Herr Albrecht, für diesen Hinweis, der ganz sicher noch aufgenommen und nachgefragt werden muss. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Ich brauche dann auch kein schlechtes Gewissen zu haben, dass ich jemand eingeschüchtert hätte. Damit schließe ich die Aussprache und frage Herrn Kruse als Beauftragten, ob er antworten möchte. Ich sehe, das macht der Herr Landesbischof selbst.

Landesbischof **July, Dr. h.c. Frank O.:** Herzlichen Dank erst einmal der Gruppe für die Vorstellung. Ich danke der Landessynode auch nachdrücklich, dass sie damals die Einladung mitgetragen hat und finanziell unterstützt. Ich bin gastweise Mitglied im Präsidium und habe die Diskussion natürlich miterlebt. Gerade zu der Frage, die Dekan Albrecht angesprochen hat. Herr Albrecht weiß, dass es mir wichtig war, dass diese Stimme gehört wird. Ich weiß wohl, dass die Nichtteilnahme auf dem Markt der Möglichkeiten, was kein neuer Beschluss war, manche Rückfragen auslöst. Die ist ursprünglich in Stuttgart vor dem Kirchentag 1999 entschieden worden, auch aufgrund der heftigen Reaktionen der jüdischen Gemeinden. Es ging darum, dass man gesagt hat: Ihr könnt nicht auf der einen Seite große Erklärungen abgeben zum jüdisch-christlichen Dialog und dann auf der anderen Seite Organisationen zulassen, – das wird von mir nicht ganz geteilt – die die Ergebnisse des jüdisch-christlichen Dialogs wenig zur Kenntnis nehmen.

Ich weiß, es gibt sehr unterschiedliche Meinungen, ich bin da auch im Gespräch. Aber mir geht es darum, dass dieser Beschluss schon 1999 getroffen wurde. Und nun ist der Beschluss nicht aufgehoben worden. Man hat aber gleichzeitig, das bitte ich doch zu beachten, sich beim

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Kirchentag dieses Themas insofern angenommen, dass es noch einmal einen Studientag gegeben hat zur Frage messianische Juden. Mir war persönlich sehr wichtig, dass man sich sorgfältig mit dieser Frage auseinandergesetzt hat und es nicht richtig ist, das Thema beiseite zu schieben oder Christen, die mit uns eng verbunden sind, nicht zu Wort kommen zu lassen.

Die messianischen Juden werden auf dem Kirchentag in Stuttgart die Möglichkeit haben im Diskurs und im Gespräch, das natürlich fair und gut organisiert werden muss, ihre Meinung darzustellen und ihr Glaubenszeugnis und ihre Identität zu zeigen. Ich finde, damit ist viel erreicht worden, dass es diese Möglichkeiten gibt.

Zur Frage der Präsenz auf dem Markt der Möglichkeiten kann man in der Tat unterschiedliche Meinungen haben, weil es eine ganze Bandbreite von anderen Organisationen gibt, die dort zugelassen werden. Man wollte aber die große Identität des Kirchentages als Vorreiter des christlich-jüdischen Dialogs, was auch zur Identität des Kirchentags gehört, an der Stelle respektieren.

Trotzdem sage ich noch einmal: Die messianischen Juden werden in Stuttgart ihren Platz haben und werden zur Sprache kommen und ihre Stimme haben. Das sollte man bei all der Kritik, die natürlich aus den engagierten Gruppen in unseren Gemeinden kommen, dick unterstreichen, dass nichts verschwiegen oder abseits gestellt wird. Das ist festzuhalten, und es ist mir wichtig, dass das auch ausgesprochen wird. Man kann bei der Grundsatzentscheidung, wer auf dem Markt der Möglichkeiten ist oder nicht ist, sehr wohl auch Kritik üben oder unterschiedlicher Meinung sein, aber in Stuttgart werden messianische Juden ihre Stimme haben und darauf kommt es an. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank, Herr Dr. July. Damit möchte ich diesen Tagesordnungspunkt abschließen. Ich tue dies mit einem herzlichen Dank an das Team vom Kirchentag. Es ist Ihnen gelungen, dass heute ein Kirchentagsfunke übergesprungen ist. (Beifall) Wir freuen uns und wünschen Ihnen viel Kraft und gute Ideen. Dankeschön.

Liebe Synodale, wir kehren nun in die Zielgerade ein, und es wird die Präsidentin die Sitzung leiten.

Präsidentin Schneider, Inge: Liebe Synodale! Wir haben noch drei Tagesordnungspunkte auf unserer Agenda. Ich bin sehr froh, dass wir ein bisschen Zeit eingespart haben.

Es kommt zuerst Tagesordnungspunkt 15 Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Busan, dann Tagesordnungspunkt 5 Zuwahl Jurist/Juristin auf Vorschlag Gesprächskreis Kfm, dann Tagesordnungspunkt 8 Selbständige Anträge und Tagesordnungspunkt 9 die Förmliche Anfrage.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 der Tagesordnung auf: **Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Busan.** Dort waren Herr Kirchenrat Rieth und Herr Dr. Kretschmer, und die werden jetzt aus Busan berichten. Es ist auch ein Film vorgesehen, der gekürzt wurde, wie mir gesagt wurde.

Kretschmer, Dr. Harald: Gestatten Sie mir eine persönliche Vorbemerkung. Für mich als jemand, der 25 Jahre lang das Paul-Lechler-Krankenhaus geleitet hat, ist es besonders berührend, hier im Paul-Lechler-Saal des Hospitalhofs reden zu können. Die Familie Lechler ist eine von den angesprochenen mittelständischen christlichen Familien in Württemberg.

Liebe Mitsynodale, liebe Frau Präsidentin Schneider, lieber Herr Kirchenrat Rieth! Es gibt in dieser Tagung einen großen Bogen von dem Eröffnungsgottesdienst bis jetzt. Recht und Gerechtigkeit waren im Text des Eröffnungsgottesdienstes wichtige Begriffe. Friede war der Begriff der aktuellen Stunde und auch das Thema des Grußworts des Vizepräsidenten der Badischen Landeskirche. Jetzt kommen diese Begriffe in diesem Beitrag noch einmal vor.

In diesen Tagen wird Philip Alford Potter 93 Jahre alt. Nach seiner Zeit als Direktor der Abteilung für Weltmission und Evangelisation war er zwölf Jahre lang Generalsekretär des Weltrats der Kirchen. Eng verbunden ist sein Name mit dem Anti-Rassismus-Programm des ÖRK. Er nahm als Einziger seit 1948, damals als Jugenddelegierter bei der Gründungsversammlung, an allen neun Vollversammlungen des ÖRK teil. Die zehnte Vollversammlung in Busan konnte er aus Gesundheits- und Altersgründen nicht mehr besuchen. Mit fröhlicher Gelassenheit blickt er zurück auf sein Leben und auf die Entwicklung der Ökumene. Er durfte jetzt aus der Ferne erleben, dass die zehnte Vollversammlung nicht, wie befürchtet und vielfach vorhergesagt, die letzte Vollversammlung des ÖRK gewesen ist. Weitere Vollversammlungen des ÖRK werden folgen und die im ÖRK zusammengeschlossenen 345 Kirchen, die sich in Busan für einen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ entschieden haben, und sich auf diesen Weg begeben werden.

Vor genau 80 Jahren rief Dietrich Bonhoeffer auf Fanö zu dem „Einen großen Ökumenischen Konzil der Heiligen Kirche Christi“ auf, drei Jahre vor dem Beschluss, einen Ökumenischen Rat der Kirchen zu gründen, ein Vorhaben, das durch den bald beginnenden Weltkrieg verhindert und erst 1948 in die Tat umgesetzt wurde. „Friede auf Erden“, so sagte Bonhoeffer damals auf Fanö, ist ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot, das schon während der ganzen Christentumsgeschichte hätte befolgt werden müssen.

Wir als Württembergische Evangelische Landeskirche wollen und sollten diesen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ engagiert mitgehen. So ist es ein wichtiger Schritt, dass unsere Württembergische Landessynode in der Reformationsdekade 2016, es wurde schon darauf hingewiesen, einen Schwerpunkttag zum Thema „Gerechter Friede und Eine Welt“ abhalten wird, bei dem es im Sinne von Jesu Bergpredigt auch um Fragen von Armut, Flucht, Asyl, Waffenrüstung und Klimagerechtigkeit gehen wird.

Wir erleben in Gemeinden und Gesprächsgruppen unserer Landeskirche ein großes Interesse an dem Motto und Gebetswort von Busan: Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden. Zu mehr als 100 Veranstaltungen wurden wir, die wir in Südkorea dabei waren und dort auch sehr eindrucksvolle Gottesdienste und Begegnungen mit der Presbyterianischen Kirche erlebten, bisher bereits eingeladen. Versammlungen in

(Kretschmer, Dr. Harald)

Bad Boll und Loccum sowie die Ökumenische Versammlung in Mainz nahmen und nehmen die Impulse von Busan auf, so auch ein für den Stuttgarter Kirchentag geplantes Podium Korea.

Die internationalen kirchlichen Bünde sind trotz ihrer Vielfalt in ihrer prophetischen Deutlichkeit den regionalen Kirchen oft Jahre oder Jahrzehnte voraus. Prophetisch heißt ja nicht, die Zukunft vorauszusagen, prophetisch bezeichnet ein „lebendiges und kraftvolles Reden und Handeln, schärfer als jedes zweischneidige Schwert“.

Württemberg ist in dieser Bewegung der weltweiten Kirche ja recht stark vertreten, auch durch die Vize-Präsidenschaft unseres Landesbischofs im derzeit von dem palästinensischen Christen Munib Younan geleiteten Lutherischen Weltbund.

In ihrer Erklärung über den Weg des gerechten Friedens, der nun vor uns liegt, mahnt die Vollversammlung des Weltkirchenrats einen gerechten Frieden unter den Völkern an, damit menschliches Leben geschützt wird. Radikale Bedrohungen wie Ökozid und Genozid verlangen von uns als Christen ein ebenso radikales Bekenntnis zum Frieden. Wir müssen uns, so heißt es in der Erklärung, mit allen Menschen guten Willens und mit allen Religionsgemeinschaften zusammenschließen, um überall auf der Erde die Militärkapazitäten zu reduzieren und der Institution des Krieges die Legitimität zu entziehen. In Württemberg gibt es die von Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel geleitete Landeskirchliche Kommission zur Rüstungskonversion, auf die schon hingewiesen wurde, die ihre bisherigen Ergebnisse vor wenigen Wochen bei einer Tagung in der Akademie Bad Boll zum Thema „Kirche und Rüstung“ vorstellte und mit 60 Interessierten, darunter auch einige Synodale aus Württemberg und Baden, intensiv diskutiert hat.

Der ÖRK mahnt weiter einen gerechten Frieden auf dem Markt an, damit alle in Würde leben können. Es liegt etwas grundsätzlich im Argen, so die Vollversammlung des ÖRK, wenn der Reichtum der drei reichsten Menschen der Erde größer ist als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. Solche Ungleichheiten sind große Herausforderungen für Gerechtigkeit und für ein gutes Zusammenleben von Menschen und Völkern. Es ist gut, dass die letzte Württembergische Landessynode sich mit dem Thema Armut und Reichtum intensiv beschäftigt hat und die dabei waren, erinnern sich auch kräftig um hilfreiche Formulierungen gestritten hat.

Weiter geht es dem ÖRK um einen gerechten Frieden mit der Erde, damit Leben erhalten wird. Die Vollversammlung hat das ökumenische Engagement für Klimagerechtigkeit nachdrücklich bekräftigt. Noch immer haben viele, haben wir nicht wirklich begriffen, dass es sich beim Klimaschutz heute um die Überlebensfrage schlechthin handelt. Betroffen sind von ihr insbesondere die weltweit verwundbarsten Bevölkerungsgruppen. Die Tragödien dieser Menschen, die in den Inselstaaten des Pazifiks und in den großen Flussdeltas Asiens durch den Anstieg der Meereshöhe heimatlos werden, gibt es bereits heute. Das waren die bewegendsten Zeugnisse auf dieser Vollversammlung. Es macht Sinn, dass wir in Württemberg weiterhin unseren Beitrag zum Thema „Nachhaltigkeit“ leisten und wir mit verschiedensten Maßnahmen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Kirche weitergehen.

Der Weg der Gerechtigkeit und des Friedens, zu dem die Vollversammlung des Ökumenischen Weltrats die Kirchen aufruft, steht unter dem Bekenntnis des in Busan formulierten gemeinsamen Glaubens:

- Gemeinsam glauben wir an Gott, den Schöpfer des Lebens. Deswegen bekräftigen wir, dass jeder Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, und wir streben danach, gute Haushalterinnen und Haushalter der Schöpfung zu sein. Gott hat seine Vision eines Lebens in Fülle und Würde für alle Menschen offenbart, unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer oder sozialer Zugehörigkeit.
- Gemeinsam glauben wir an Jesus Christus, den Friedensfürst. Daher bekräftigen wir, dass die Menschheit aus Gnade mit Gott versöhnt ist, und wir sind bestrebt, versöhnt miteinander zu leben. Das Leben und die Lehre, der Tod und die Auferstehung Jesu verweisen auf das Friedens-Reich Gottes. Jesu lebenslanges Engagement für Gerechtigkeit, das er in Demut und Gewaltlosigkeit vollzieht, endet am Kreuz, einem Instrument der Folter und des Todes. Mit Jesu Auferstehung bekräftigt Gott, dass eine solch unerschütterliche Liebe, ein solcher Gehorsam, ein solches Vertrauen zum Leben führen.
- Gemeinsam glauben wir an den Heiligen Geist, der alles Leben gibt und unterhält. So erkennen wir die Gegenwart Gottes in allem Leben und streben danach, Leben zu schützen und zerbrochenes Leben zu heilen.

Gegründet auf dieses Bekenntnis unseres Glaubens können wir, so sagte es die Vollversammlung des Weltkirchenrats, auf dem „Pilgerweg des gerechten Friedens“ ganz praktisch Versöhnung und Frieden in Gerechtigkeit in unsere Häuser, Kirchen und Gesellschaften tragen wie auch in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen auf Weltebene. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Wir sehen nun den auf sieben Minuten gekürzten Film über die Vollversammlung in Busan.

(Der Film wird gezeigt, ist in voller Länge abrufbar unter <http://wcc2013.info/en>.)

Präsidentin Schneider, Inge: Wir wollten Ihnen trotz des Zeitdrucks einen Einblick in diese Weltversammlung geben. Denn ich denke, wir müssen immer wieder unseren Horizont über Württemberg hinaus in die weite Welt erweitern.

Herr Kirchenrat Rieth wird jetzt noch kurz zu uns sprechen.

Kirchenrat **Rieth, Klaus:** Ich kürze ab. Hohe Synode, verehrte Frau Präsidentin Schneider, lieber Herr Dr. Kretschmer! „Und es werden kommen von Osten und von Westen, von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen werden im Reich Gottes“. So steht es in der Bibel im Lukasevangelium (Lk 13,29) Wohl gemerkt, es heißt nicht: Und es werden kommen von Osten und von Westen, von Norden und von Süden, (die kommen) um Geschäfte zu machen, sondern um gemeinsam an einem

(Kirchenrat **Rieth**, Klaus)

Tisch zu sitzen im Reich Gottes. Etwas von dieser Reich Gottes-Erfahrung war auch in Busan spürbar:

Die Tagung in Busan war ein Zeugnis auch der Größe des Ökumenischen Rates. Rund 5000 Menschen haben sich versammelt, und immer wieder war etwas zu spüren von dem gemeinsamen Willen, zusammen zu beten, zu feiern und zu arbeiten. Die geistliche Dimension spielte eine große Rolle in der südkoreanischen Millionenmetropole. Schade nur, dass das mit dem Tisch, also dem Abendmahlstisch, an dem alle zusammenkommen sollen, nicht so richtig umsetzbar ist in der weltweiten Ökumene. Deshalb gab es in Busan zwar gottesdienstliche Feiern, aber kein gemeinsames Abendmahl. Ein orthodoxer Gläubiger würde das Abendmahl nicht aus der Hand eines Protestanten nehmen, und schon gar nicht aus der Hand einer Frau. Hier zeigten und zeigen sich die Grenzen der weltweiten Ökumene.

Insgesamt war für mich die Rolle der orthodoxen Kirche eindrücklich, die unübersehbar auf dieser Vollversammlung war. Sie war die einzige Kirchenfamilie, die ein Kontingent, also 25 % Orthodoxe, in allen Gremien durchsetzen konnte; sie war die einzige Kirchenfamilie, die einen spontanen Sondervortrag ihres russischen Vertreters platzieren konnte, der Grundlegendes zum Thema des christlichen Lebens heute und zum Thema Homosexualität bekannt gab.

Wichtig für die gastgebenden koreanischen Kirchen war das Thema „Wiedervereinigung“, das übrigens in den meisten Begegnungen mit Deutschen eine große Rolle spielte und wo wir oft um Rat und um unsere Erfahrungen gebeten wurden. Gerade die Kirchen scheinen da in Korea weit voranzuschreiten in ihrem Bemühen, hier starre Fronten aufzubrechen und vermehrt Begegnungsmöglichkeiten zwischen Nord und Süd zu schaffen. Sie haben es vorhin gehört: Auch auf dem Kirchentag wird es ein extra Forum Korea geben.

Es wurde rundweg positiv zur Kenntnis genommen, dass die Württembergische Kirche durch die Entsendung einer zehnköpfigen Besuchergruppe so hohes Interesse an der Arbeit des ÖRK zeigt. Der Bericht von Herrn Dr. Kretschmer hat das ja deutlich gemacht. Ich freue mich, dass die zehn Teilnehmenden nach und nach unsere Gemeinden über die Ergebnisse von Busan informieren. Auch die enorme Vorbereitungsarbeit der Württembergischen Pfarrerin Heike Bosien zu dieser Vollversammlung trug zum gesteigerten Ansehen unserer Kirche weltweit bei. Dies ist umso bedeutender, da unsere Landeskirche nicht direkt Delegierte in die ÖRK-Gremien entsenden kann, sondern hier auf die wohlwollende und koordinierende Funktion der EKD angewiesen ist. Wir haben derzeit im Exekutivausschuss niemand aus Württemberg sitzen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die zahlreichen Proteste von rechtsgerichteten kirchlichen Kreisen an der Vollversammlung. Jeder, der den Vollversammlungssaal betreten wollte, wurde darauf hingewiesen, dass es Christen in Korea gibt, die den ÖRK für gottlos und von kommunistischen Kräften gelenkt halten. Gleich zu Beginn der Vollversammlung waren diese Proteste von zahlreichen Demonstranten unterstützt worden.

Besonders erwähnen möchte ich auch das Theologische Studienprogramm des ÖRK, wodurch möglich wurde, dass zahlreiche Theologiestudierende aus der

ganzen Welt die Zeit in Busan für ökumenische theologische Arbeit nutzen konnten.

Was mich besonders bewegt und bedrückt hat, ist die Situation in Korea, wo ganz deutlich noch der Kalte Krieg herrscht. Dies wird auch in jedem Gespräch deutlich. Es hat mich gefreut, dass dort, anknüpfend an deutsche Tradition im Osten, die sogenannten Montagsgebete eingeführt wurden und die koreanischen Kirchen jetzt jeden Montag ein Montagsgebet für die Wiedervereinigung feiern und pflegen. Ich selbst konnte vor 14 Tagen an einem solchen Gebet teilnehmen. Beeindruckt hat mich auch, dass die koreanischen Kirchen uns ausdrücklich über unser Missionswerk EMS, aber auch der Landeskirche im Besonderen gedankt haben, dass wir im Prozess der Demokratisierung auf ihrer Seite gestanden haben. Diesen Dank möchte ich ausdrücklich hier weitergeben.

Dass manche Teilnehmer in einem sogenannten Peace-Train den Weg von Berlin bis nach Busan auf der Schiene zurückgelegt hatten, war ein starkes Signal an die Vollversammlungsteilnehmenden und für die Gruppe selbst. Denn der Wunsch nach Frieden ist in diesem geteilten und immer noch extrem vom Kalten Krieg geprägten Land besonders deutlich.

Eine weitere Besonderheit war die einstimmige Wahl der Afrikanerin Agnes Abuom von der anglikanischen Kirche in Kenia zur Vorsitzenden des Zentralausschusses, des höchsten Leitungsgremiums des ÖRK. Zum ersten Mal eine Frau und zum ersten Mal eine Afrikanerin auf dieser Position.

Als Konsequenz aus den Tagen in Busan möchte ich zusammenfassend feststellen, dass unsere Kirche den ÖRK braucht und dass trotz zahlreicher Mängel in der Organisation, trotz erschwelter Zusammenarbeit der Kirchen untereinander, trotz erheblicher theologischer Differenzen eine Alternative nicht in Sicht ist, und deshalb auch in Zukunft die Mitwirkungsmöglichkeiten im ÖRK verstärkt genutzt werden sollten. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank Herrn Kirchenrat Rieth und auch Herrn Dr. Kretschmer für den Bericht aus Busan. Es ist nun keine Aussprache vorgesehen. Aber ich fand es wichtig, wahrzunehmen: Wir sind eine Kirche, eingebunden in einen weltweiten Kontext, und die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bewegen alle Kirchen auf der Welt.

Wir kehren in der Tagesordnung nun zu Tagesordnungspunkt 5: **Zuwahl Jurist/Juristin auf Vorschlag Gesprächskreis Kfm** zurück. Bitte nehmen Sie den Antrag Nr. 10/14 zur Hand. Dieser Antrag wurde auf der Konstituierenden Sitzung am 22. Februar in die Synode eingebracht und an den Ältestenrat verwiesen. Der Ältestenrat hat darüber beraten. Darüber berichten wird Herr Braun.

Braun, Wilfried: Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesbischof, liebe Synodale! Bei unseren Beratungen in der Konstituierenden Sitzung der Landessynode am 22. Februar 2014 wurde der Antrag Nr. 10/14 eingebracht. Er hat folgenden Wortlaut:

Die Landessynode möge beschließen:

(**Braun, Wilfried**)

In der Sommersynode 2014 wird ein weiterer Jurist/eine weitere Juristin nach § 4 Absatz 4 Kirchenverfassungsgesetz zugewählt. Der Gesprächskreis Kirche für morgen wird gebeten, dem Ältestenrat rechtzeitig vor dessen Sitzung am 26. Mai 2014 eine geeignete Person vorzuschlagen.

Begründung:

§ 4 Absatz 4 der Kirchenverfassung eröffnet der Landessynode die Möglichkeit, Personen mit Stimmrecht zuzuwählen, deren Kompetenzen in der Landessynode fehlen. Aufgrund des Wahlergebnisses ist dies vor allem für die Beratungen im Rechtsausschuss von großer Bedeutung. Der Proporz der Gesprächskreise ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung.

In der beigegebenen Begründung wurde auf die im vorgenannten Paragraphen festgelegte Möglichkeit der Landessynode verwiesen, Personen mit Stimmrecht zuzuwählen, deren Kompetenzen in der Landessynode fehlen, und gleichfalls darauf, dass gegenüber dieser Kompetenzsicherung die exakte Beibehaltung des Prozents der Gesprächskreise von untergeordneter Bedeutung sei.

In seiner Sitzung am 2. April 2014 hat sich der Ältestenrat dieser Argumentation angeschlossen und beschlossen, die Vorsitzende der Landessynode zu bitten, diesen Antrag in der heutigen Sitzung der Synode zur Annahme zu empfehlen. Die Zuwahl selbst soll allerdings zusammen mit den übrigen anstehenden Zuwahlen stattfinden.

Der jetzt vorliegende Antrag benötigt, im Gegensatz zur späteren Zuwahl, dass bitte ich Sie, zu bedenken, nur die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Braun. Ich werde Sie jetzt bitten, dem Antrag zuzustimmen, dass im Prinzip Kirche für morgen eine Juristin zuwählen kann, wenn im November noch einmal gemeinsam über die Zuwahl abgestimmt wird. Es geht jetzt nur darum, dass die Zuwahl für Kirche für morgen möglich ist.

Wer in der Landessynode stimmt diesem Antrag zu? Ich lasse die Stimmen nicht auszählen, denn ich sehe, es ist die überwiegende Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen?

Der Antrag ist mit drei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen mehrheitlich angenommen. Damit haben wir auch diesen Antrag verabschiedet.

Wir kommen nun noch einmal zu Tagesordnungspunkt 8, zu den Selbstständigen Anträgen. Wir haben gestern schon einige Anträge verwiesen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass jeder Ausschuss entscheiden kann, ob er einen Antrag überhaupt berät, in welcher Reihenfolge er berät und, dass er unter Umständen andere Ausschüsse beteiligen kann. Z. B. kann der Strukturausschuss kein Gesetz selbst machen; er muss natürlich den Rechtsausschuss beteiligen.

Ich bitte nun die Antragsteller, ihre Anträge in das Plenum einzubringen, und weise darauf hin, dass eine kurze mündliche Begründung möglich ist.

Ich rufe auf den Antrag Nr. 21/14: Reformationsjubiläum 2017 – Unterstützung protestantischer Gemeinden im

Ausland. Erstunterzeichnerin ist Anita Gröh. Bitte, Frau Gröh.

Gröh, Anita: Frau Präsidentin, hohe Synode! Ich bringe den Antrag Nr. 21/14 ein.

Die Landessynode möge beschließen:

Anlässlich des Reformationsjubiläum 2017 wird dem Gustav-Adolf-Werk Württemberg ein Betrag von 250 000 € zur Verfügung gestellt. Mit dieser finanziellen Hilfe beauftragt die Landeskirche das GAW, den protestantischen Gemeinden im Ausland eine zusätzliche Unterstützung ihrer Arbeit in der Diaspora zu geben. Die Gemeinden bzw. Partnerkirchen sollen in die Lage versetzt werden, das Reformationsjubiläum entsprechend feiern und die evangelische Kirche nach innen und außen angemessen präsentieren zu können.

Begründung:

Das Reformationsjubiläum soll nicht nur in Württemberg hervorgehoben und gefeiert werden. Auch die protestantischen Kirchengemeinden im Ausland in ihrer besonderen Diaspora-Situation sollen 500 Jahre Reformation vor Ort entsprechend begehen können.

In den Diaspora-Gemeinden hat das Reformationsjubiläum einen sehr hohen Stellenwert und wird z. T. schon über einen langen Zeitraum vorbereitet. Mit der finanziellen Unterstützung durch die Württembergische Landeskirche über das Gustav-Adolf-Werk soll das Reformationsjubiläum den Auslands-Gemeinden ermöglichen, das Wirken und Handeln des Protestantismus in der Diaspora deutlich hervorzuheben. Die protestantischen Minderheitskirchen sollen in ihrer theologischen Herkunft gestärkt werden, und ihre geistlichen Traditionen und das evangelische Profil sollen weiter gefördert werden.

Das Gustav-Adolf-Werk ist das älteste Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, das evangelische Minderheiten in der Welt stärkt und mit ihnen Partnerschaften unterhält.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, den Antrag, es geht um Finanzen, an den Finanzausschuss unter Beteiligung des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung zu verweisen. Wer ist mit dieser Verweisung einverstanden? Das ist die große Mehrheit. Damit so verwiesen.

Die Anträge Nr. 22/14, 23/14 und 24/14 sind bereits eingebracht und verwiesen. Deshalb kommen wir nun zum Antrag Nr. 25/14: Modelle der Zusammenarbeit von Kirchenbezirken. Erstunterzeichner ist Herr Gohl.

(**Zuruf:** Er ist nicht mehr da!)

Präsidentin Schneider, Inge: Zweitunterzeichnerin ist Frau Bleher.

Bleher, Andrea: Verehrte Präsidentin, hohe Synode! Ich bringe den Antrag Nr. 25/14 ein:

(Bleher, Andrea)

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Modelle der Zusammenarbeit der Kirchenbezirke auf Landkreisebene zu entwickeln, die den strukturellen Veränderungsprozessen unserer Landeskirche Rechnung tragen.

Begründung:

Strukturen sollen sicherstellen, dass Aufgaben bestmöglichst wahrgenommen werden können. Der PfarrPlan hat viele Kirchengemeinden dazu gebracht, ihre Strukturen neu zu überdenken. Unterschiedliche Formen der Kooperation mit Nachbargemeinden bis hin zur Fusion wurden entwickelt.

Kleinere Kirchenbezirke hat schon die letzte PfarrPlanrunde vor kaum lösbare Herausforderungen gestellt. Damit die Landeskirche auch künftig in der Fläche präsent sein kann, müssen die Strukturen der Kirchenbezirke neu überdacht werden. Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen wurden bereits gesammelt: im Dekanat Ravensburg mit Codekan in Friedrichshafen und im Dekanat Balingen mit Codekan in Sigmaringen, im Kirchenkreis Stuttgart, mit der Fusion der Kirchenbezirke Urach Münsingen, aber auch mit Verbandslösungen auf Landkreisebene z. B. bei den Kreisdiakonieverbänden.

Ziel ist nicht, eine einheitliche Struktur für alle Kirchenbezirke zu entwickeln, sondern unterschiedliche Modelle, die jeweils den lokalen Gegebenheiten und Traditionen entsprechen.

Präsidentin Schneider, Inge: Damit ist der Antrag eingebracht. Ich schlage vor, ihn in den Strukturausschuss zu verweisen. Wer kann dem zustimmen? Das ist wieder die große Mehrheit. Damit so verwiesen.

Wir kommen zu Antrag Nr. 26/14: Newsletter für Kindergarteneltern. Erstunterzeichner ist Peter Schaal-Ahlers.

Schaal-Ahlers, Peter:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, einen regelmäßigen, aktuellen, attraktiven Newsletter für Kindergarteneltern zu erstellen.

Begründung:

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg engagiert sich zu Recht stark in der frühkindlichen Erziehung. Im Bereich der Religionspädagogik, der Familien- und Erwachsenenbildung, der musikalischen Bildung, der Männer- und Frauenarbeit usw. gibt es hervorragende Angebote in der Landeskirche. Diese Angebote sind jedoch vielen Eltern wenig bekannt. Mit einem attraktiven Newsletter sollen Kindergarteneltern und Interessierte in ihrem Bildungsbemühen unterstützt und begleitet werden. Hilfreich könnte es sein, eine Bildungseinrichtung zu bestimmen, die die Angebote auswählt und attraktiv aufbereitet. Zu prüfen ist, ob das Medienhaus hier unterstützend tätig werden

kann. Der Newsletter sollte auch im Internet bestellt werden können.

Liebe Frau Präsidentin, liebe Synode, stimmen Sie bitte zu!

Präsidentin Schneider, Inge: Über den Antrag wird nicht abgestimmt, sondern er wird an den Ausschuss für Bildung und Jugend verwiesen. Wer kann dem zustimmen? Die ganz große Mehrheit.

Damit kommen wir zum Antrag Nr. 27/14: Adäquate Einbindung nichtparochialer Aufbruchsimpulse und Gemeindeformen in die Landeskirche. Erstunterzeichner ist Herr Dr. Beck (Unisa).

Beck, Dr. Willi (Unisa): Der Antrag Nr. 27/14 lautet:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ausschuss eine landeskirchliche Einbindung von neuen Gemeindeformen und Aufbruchsimpulsen, für die die Parochie keine adäquate Bezugsgröße darstellt und die sich innerhalb der Landeskirche verorten wollen, auf den Weg zu bringen. Diesbezüglich vorgeschlagen wird

1. die Gründung eines Verbandes nichtparochialer Gemeinden, Personalgemeinden und Aufbruchsimpulsen der Landeskirche oder

2. die Bildung eines landesweiten Dekanats nichtparochialer Gemeindeformen.

Es wird gebeten, zu prüfen, durch welche der beiden angeführten Konstrukte dieses Ziel erreicht werden kann bzw. eine zielführende Lösung zu erarbeiten.

Ein Verweis in den Strukturausschuss wäre wünschenswert.

Begründung:

Kirche der Mission Gottes zu sein (KGR-Handbuch 2013: 139ff.) ruft heute notwendig zum Engagement in unerreichten Milieus und Zielgruppen und ermutigt zu neuen Gemeindeformen sowie Vergemeinschaftungsmöglichkeiten (V. KMU). Vielfach sind derartige Aufbrüche parochieübergreifend organisiert und es gibt gute Gründe, sie dergestalt in die Landeskirche einzubinden und ihr Potenzial nachhaltig zu erhalten.

Das aktive Einbinden von Neuaufbrüchen

- stabilisiert die landeskirchliche Mitgliedschaftsentwicklung,
- stärkt eine hohe Identifikation der Engagierten mit ihrer Landeskirche,
- verhindert die Abwanderung in freikirchliche Kontexte,
- fördert Motivation und Engagement von ehren- und hauptamtlich Mitarbeitenden,
- wirkt Demotivationstendenzen einer kleiner werdenden Kirche entgegen,

(Beck, Dr. Willi (Unisa))

- entkräftet den Separationsverdacht gegenüber neuen Aufbrüchen und regelt Rechte und Pflichten,
- stärkt die parochiale Kirchengemeinde durch Profilbildung und Konzentration,
- wirkt nachhaltig, indem es differenzierte, vielfältige landeskirchliche Gemeindeentwicklung in bisher unerreichten Lebenswelten und Zielgruppen unterstützt und den wahrnehmbaren Ausgrenzungen weiterer Bevölkerungsanteile (Sinus-Studie) entgegenwirkt,
- bietet eine notwendige Innovationsplattform bei der Suche nach einer zukunftsfähigen Kirchengestalt, entgegen Überforderungs- und Ohnmachtserfahrungen im schleichenden Bedeutungsverlust unserer Kirche,
- bildet die geistliche Einheit unserer Kirche in einer postmodernen Welt ab und minimiert leidvolle Auseinandersetzungen um Kirchenspaltung und Konkurrenzempfindungen.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, den Antrag in den Strukturausschuss zu verweisen, aber unter Einbindung des Rechtsausschusses, weil es um ganz knifflige rechtliche Fragen geht. Ich befürchte, dass sie der Strukturausschuss nicht alleine lösen kann. Wer kann dieser Vorgehensweise zustimmen?

(Zuruf **Koepff, Hellger:** Den Theologischen Ausschuss aber auch!)

Präsidentin Schneider, Inge: Von mir aus kann man den Theologischen Ausschuss auch einbinden. Aber der Rechtsausschuss muss auf jeden Fall eingebunden werden. Also Verweisung an den Strukturausschuss und vor allem unter Einbindung des Rechtsausschusses und bei Mitberatung durch den Theologischen Ausschuss. Wer stimmt dem zu? Das ist die Mehrheit. Damit so verwiesen.

Wir kommen zu Antrag Nr. 28/14: Veröffentlichung der Ergebnisse der Milieustudie Baden und Württemberg. Erstunterzeichner, Dieter Abrell, ist nicht mehr da. Dann Herr Dr. Beck (Unisa).

Beck, Dr. Willi (Unisa): Der Antrag Nr. 28/14 lautet:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, die Sinus-Kirchenstudie „Evangelisch in Baden und Württemberg“ in geeigneter Form als Bericht der Synode sowie den weiteren Personen und Institutionen, die sich mit Lebensweltbezügen, Milieufragen, Kirchenmitgliedschaftsstudien befassen, bereitzustellen.

Begründung:

Die von der Landeskirche nach Freigabe der Mittel durch den Finanzausschuss vom Oberkirchenrat beauftragte Kirchen-Milieustudie für Württemberg und Baden wurde 2012 bis Anfang 2013 durch das SINUS Institut Heidelberg erstellt und von Prof. Dr. Heinzpeter Hempelmann wissenschaftlich begleitet. Die Leistun-

gen von SINUS wurden im Dezember 2012 abgeschlossen; der SINUS-Bericht wurde den Oberkirchenräten in Stuttgart und Karlsruhe übergeben. Er wurde bisher nicht veröffentlicht.

In den letzten beiden Jahren sind in vier Schulungen über 70 Pfarrer/innen, Gemeindeberater/innen und weitere Interessierte als Milieuberater (in Zusammenarbeit mit der Sinus-Akademie) ausgebildet worden. Eine Reihe von Kirchenbezirken und Kirchengemeinden haben sich inzwischen unter Anleitung von zertifizierten Berater/innen mit der Frage beschäftigt, wie Ergebnisse der Lebensweltforschung für die Arbeit in Kirchengemeinden und Kirchenbezirken fruchtbar gemacht werden können.

Wenn die Sinus-Studie als Bericht vorliegt und Ergebnisse erkennbar sind, können auch diese für verschiedene Handlungsfelder der Landeskirche reflektiert und für die kirchliche Arbeit nutzbar gemacht werden. Ein besonderer Schwerpunkt könnte auf dem Abgleich der eigenen Kirchenstudie mit der 5. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung liegen. Dabei ist z. B. der Einsatz in folgenden Bereichen denkbar: Verwertung der Ergebnisse in Themenstellungen des synodalen Ausschusses Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeitsarbeit, Einsatz in den Milieuberater-Schulungen, Reflexion im Kontext vor Ort in Kirchenbezirken und Kirchengemeinden, die sich mit Fragen der Lebensweltorientierung und Kirchenmitgliedschaft beschäftigen, fachspezifische Auseinandersetzung aus dem Blick verschiedener Professionen in der Landeskirche, themenspezifische Studientage. Später wäre dann eine Zusammenfassung von verschiedenen Ergebnissen und Befunden mit Artikeln unterschiedlicher Autoren in einem Begleitband zu den Ergebnissen der SINUS-Kirchenstudie Baden und Württemberg denkbar, sinnvoll und wünschenswert.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, diesen Antrag in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu verweisen, weil er mit Medien und Veröffentlichungen zu tun hat. Wer kann sich dem Vorschlag anschließen? Das ist die große Mehrheit. Damit ist verwiesen in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit.

Wir kommen zum Antrag Nr. 29/14: Ehe-Kurse. Erstunterzeichnerin Ute Mayer.

Mayer, Ute: Frau Präsidentin, hohe Synode! Ich bringe den Antrag Nr. 29/14 ein:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Ehe unterstützende Maßnahmen auf Kirchenbezirksebene und in der Landeskirche zu erarbeiten. Diese sollten Ehevorbereitungskurse, Eheseminare sowie Eheseseelsorge (z. B. in Tagungsstätten) umfassen.

Begründung:

Ehe und Familie gelten als Kernzelle unsere Gesellschaft. Seit Jahren betont die evangelische Landeskirche die Ehe als Leitbild. Als Basis stabiler Familien hat

(Mayer, Ute)

die Ehe für die Zukunft unserer Gesellschaft eine zentrale Bedeutung.

Für eine gelingende Ehebeziehung ist zudem eine gute Vorbereitung wichtig. Eine Partnerschaft will gepflegt sein, damit auch die Höhen und Tiefen des Lebens gut bewältigt werden können.

Junge Menschen haben heute oft keine gelingenden Vorbild-Modelle mehr, an denen sie sich orientieren können. Es ist zu beobachten, dass viele Ehen zerbrechen. Auch Ehen von Pfarrerinnen und Pfarrern sind gefährdet und davon nicht ausgenommen und benötigen entsprechende Begleitung.

Daher ist es dringend nötig, dass die evangelische Landeskirche, in Abstimmung mit örtlichen Trägern und in Kooperation mit Beratungsstellen, Maßnahmen fördert, die dazu beitragen können, Ehen zu stabilisieren und das Bewusstsein für einen angemessenen Umgang mit Eheproblemen zu schärfen.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, diesen Antrag in den Theologischen Ausschuss zu verweisen. Wer kann dem zustimmen? Das ist die große Mehrheit. Damit ist in den Theologischer Ausschuss verwiesen.

Ich rufe auf den Antrag Nr. 30/14: Maßnahmen Theologiestudium.

Bleher, Andrea: Liebe Synodale, ich bringe den Antrag Nr. 30/14 ein.

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Maßnahmen vorzulegen, die Studierende in ihrer Persönlichkeitsentwicklung während des Studiums unterstützen und sie auf die vielfältigen Herausforderungen des Pfarrberufes vorbereiten.

Begründung:

Im aktuellen Semesterbericht des Evangelischen Stifts ist zu lesen, dass die Studierenden den Wunsch nach einer stärkeren Begleitung durch die Landeskirche geäußert haben. Viele Studierende beginnen wegen G8 und der Aussetzung der Wehrpflicht ihr Studium bereits mit 17 bzw. 18 Jahren und wünschen sich eine Begleitung der Landeskirche insbesondere bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Derzeit fühlen sich viele Studierende hier alleingelassen. Hinter dem Wunsch nach stärkerer Begleitung durch die Landeskirche verbirgt sich auch eine wachsende Unsicherheit in Bezug auf die Herausforderungen, die der Pfarrberuf mit sich bringt. Viele haben kaum eine Vorstellung vom Gemeindepfarramt und fühlen sich zu Beginn des Vikariats angesichts der Komplexität des Berufes überfordert und nicht genügend darauf vorbereitet. Bei einer Umfrage im Zusammenhang der Herbstkonferenz der Unständigen 2011 äußerten 50 % der teilnehmenden Vikare/Vikarinnen und Pfarrer z. A./Pfarrerinnen z. A. „die Aussicht auf eine 100 % Pfarrstelle macht mir Angst“. Zudem wurde von Ausbildungspfarrern teilwei-

se rückgemeldet, dass ihre Vikare den Anforderungen, die der Beruf mit sich bringe, nicht gewachsen seien.

Die Herausforderung besteht einerseits darin, dem wissenschaftlichen Anspruch eines Universitätsstudiums Rechnung zu tragen, andererseits aber auch die spätere Tätigkeit als Gemeindepfarrer nicht aus dem Blick zu verlieren. Es ist daher dringend notwendig, die Studierenden bereits während des Studiums über den zukünftigen Beruf aufzuklären, ihnen Mut und Lust zum Pfarrdienst zu vermitteln und sie daher in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und zu begleiten.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, diesen Antrag in den Theologischen Ausschuss zu verweisen. Wer kann dem zustimmen? Das ist die überwiegende Mehrheit. Damit ist in den Theologischen Ausschuss verwiesen.

Ich rufe auf den Antrag Nr. 31/14: Kirchliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Wandel. Erstunterzeichnerin ist Tabea Dölker.

Dölker, Tabea: Ich bringe den Antrag Nr. 31/14: Kirchliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Wandel, ein:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Ausschuss für Bildung und Jugend wird beauftragt, sich berichten zu lassen über die Ergebnisse der Studie zur Kinder- und Jugendarbeit in der Evang. Landeskirche und über die möglichen Folgerungen, die aus den Erkenntnissen zu erwarten sind.

Daraus folgend soll im Frühjahr 2015 ein synodaler Themenschwerpunkt gesetzt werden, der sich mit der Frage beschäftigt, wie auf die veränderten Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendarbeit geantwortet werden kann.

Begründung:

Zahlreiche Kirchengemeinden in der Landeskirche stehen vor notwendigen Veränderungen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Angesichts aktueller Entwicklungen, z. B.

- im schulischen Bereich (Ganztageschule, Gemeinschaftsschule),
- demografischer Veränderungen,
- durch Fusionen, Kooperationen,
- veränderte Bedeutung von Kirche in der Öffentlichkeit und somit im Sozialraum,

verändern sich die Rahmenbedingungen für die Angebote für Kinder und Jugendliche.

Zur näheren Betrachtung der aktuellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Württ. Landeskirche wird im Sommer 2014 die in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht.

Kirchengemeinden sind herausgefordert, mit veränderten Rahmenbedingungen umzugehen und gegebene

(Dölker, Tabea)

nenfalls neue Wege für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu suchen.

Wie können Veränderungen konstruktiv angegangen werden und wie können Kirchengemeinden dabei begleitet werden?

Zur schriftlichen Begründung füge ich deutlich den Hinweis hinzu, den Antrag im Lichte der Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 des heutigen Tages zu bearbeiten. Sie erinnern sich, Tagesordnungspunkt 11 war die wissenschaftliche Auswertung der Wahlen. Da ging es ja um die Frage, wie die Beteiligung von jungen Menschen an der Wahl ausgewertet werden soll. Bei Tagesordnungspunkt 10 ging es um Langzeitarbeitslose und damit in einigen Beiträgen um Kinder und Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen. Diesen Fokus sollten wir unbedingt in diesem Antrag mit bearbeiten.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, diesen Antrag wie gewünscht in den Ausschuss für Bildung und Jugend zu verweisen. Eine Mehrheit ist vorhanden. Damit ist so verwiesen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 32/14: Innovative missionarische Strukturen. Erstunterzeichner ist Ralf Albrecht.

Albrecht, Ralf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode! Ich bringe den Antrag Nr. 32/14: Innovative missionarische Strukturen ein:

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Strukturen in unserer Kirche und in unseren Gemeinden zu erproben und zu ermöglichen, die innovatives missionarisches Handeln befördern und stärken.

Begründung:

Demografischer Wandel, PfarrPlan und andere Veränderungsprozesse wirken sich schon jetzt rasant aus. Die ganz großen Herausforderungen kommen aber erst. Jetzt bereits darauf in offensiver Weise zu reagieren, führt zu neuem Mut anstelle von reiner Rückzugsrhetorik.

Unsere Kirche hat in den letzten Jahren mit „Wachsende Kirche“, Milieustudien, „Kurse zum Glauben“ etc. bereits Maßnahmen ergriffen, auf diese Entwicklungen zu reagieren. Diese Maßnahmen sollen nun auch strukturell nachhaltig verankert werden.

Dabei sollen u. a. folgende Anliegen und Fragestellungen berücksichtigt werden:

- Wie kann eine Bewusstseinsveränderung in den Gemeinden gefördert werden, damit sie frische Schritte von Kirche konzeptionell, durch finanzielle Unterstützung und durch bereitstehendes Material leichter angehen können?
- Wie kann einer Überregulierung gewehrt werden, die im Keim entstehende experimentell wertvolle neue

strukturelle innovative Wege verunmöglicht und Entdeckergeist erstickt?

- Wie kann bei all diesen strukturellen Veränderungen besonders die missionarische Kompetenz gestärkt werden, Menschen in unserer Gesellschaft vertieft und ganz neu mit dem Evangelium zu erreichen?

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, auch diesen Antrag in den Strukturausschuss zu verweisen. Wer kann dem zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei vier Enthaltungen und ohne Gegenstimmen ist in den Strukturausschuss verwiesen.

Ich rufe auf Antrag Nr. 33/14: Entlastung des Gemeindepfarramts bei Verwaltungsaufgaben. Erstunterzeichner Philippus Maier.

Maier, Philippus: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich bringe den Antrag Nr. 33/14: Entlastung des Gemeindepfarramts bei Verwaltungsaufgaben, ein.

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Modelle zu entwickeln und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Gemeindepfarramt von Verwaltungsaufgaben entlastet wird.

Begründung:

Das Pfarramt wird bei uns in Württemberg mit den vier Kernaufgaben Verkündigung, Seelsorge, Unterricht sowie Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen beschrieben.

Im Alltag von Gemeindepfarrerinnen und -pfarrern ist jedoch zu beobachten, dass der Bereich Verwaltung einen immer größeren Teil der Arbeitszeit beansprucht. Dies wird dadurch verstärkt, dass durch die PfarrPlanprozesse der letzten Jahre im ländlichen Raum oft mehrere Gemeinden von einer Pfarrperson versorgt werden.

Dabei ist zu prüfen, welche Verwaltungsaufgaben wirklich im Pfarramt vor Ort bearbeitet werden müssen, welche durch die Digitalisierung und andere Entwicklungen obsolet geworden sind und welche auf übergeordnete Ebenen zusammengefasst werden können.

Präsidentin Schneider, Inge: Ich schlage vor, diesen Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen, der den Strukturausschuss mit einbeziehen kann. Der Strukturausschuss hat schon so viele Anträge zu bearbeiten und es geht auch um Finanzen und Verwaltungen. Dies ist Grundauftrag des Finanzausschusses. Wer kann zustimmen? Das ist die große Mehrheit. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Keine. Damit ist in den Finanzausschuss verwiesen.

Wir kommen zu Antrag Nr. 34/14: Freiräume für Kirchenbezirke zur Unterstützung neuer Gemeindeformen. Erstunterzeichnerin ist Andrea Bleher.

Bleher, Andrea: Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich bringe den Antrag Nr. 34/14: Freiräume für Kirchenbezirke zur Unterstützung neuer Gemeindeformen ein.

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, Strukturen zu entwickeln, die Kirchenbezirken Freiräume schaffen, um neue Gemeindeformen zu unterstützen.

Begründung:

Immer wieder stehen Kirchenbezirke vor der Aufgabe, neuen Gemeindeformen Raum zu geben, sie strukturell zu verorten, finanziell angemessen zu unterstützen und personell auszustatten. Zwar besteht inzwischen die Möglichkeit, neue Gemeindeformen und Initiativen auch finanziell zu unterstützen, allerdings sind dabei keine strukturellen Fragen im Blick, d. h. personelle oder auch bauliche Bedürfnisse können damit nicht aufgefangen werden.

Da Kirchenbezirke durch Immobilienkonzepte, Pfarr-Planeinschränkungen und Personalkostensteigerungen immer weniger Spielräume haben, um neue Gemeindeformen zu unterstützen, bedarf es struktureller Überlegungen, damit neue Gemeindeformen eine angemessene Unterstützung durch den Kirchenbezirk erfahren. Bislang können sie vom Kirchenbezirk nur unterstützt werden, wenn der Kirchenbezirk genügend Mittel dafür hat, was selten (oder nie) der Fall ist, oder, wenn er die Mittel von anderen Kirchengemeinden bzw. Projekten abzieht, was in der Regel zu Unmut führt. Deshalb ist es dringend erforderlich, die strukturellen Rahmenbedingungen zu bedenken, in denen neue Gemeindeformen entstehen. Es wäre sinnvoll, diese Frage im Strukturausschuss zu bearbeiten.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir schlagen vor, diesen Antrag in den Strukturausschuss zu verweisen, mit dem ausdrücklichen Hinweis, bei entsprechenden rechtlichen oder theologischen Fragen die anderen Ausschüsse, zu beteiligen. Wer kann dem zustimmen? Das ist die überwiegende Mehrheit.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 8 angekommen und kommen zum Tagesordnungspunkt 9: **Förmliche Anfragen.** Bis zum Ablauf der vom Ältestenrat festgelegten Frist ging eine Förmliche Anfrage ein, und zwar die Förmliche Anfrage Nr. 01/14: Der Oberkirchenrat wird gebeten, während der Sommerpause 2014 der Landessynode folgende Frage zu beantworten: Welche Informationen, Beratung und Hilfe gibt die Landeskirche Gemeinden, die Flüchtlingen zu deren Schutz Kirchenasyl gewähren wollen? Sie haben dazu eine Handreichung der drei evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen und von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe erhalten.

Ich bitte Herrn Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel um die Beantwortung dieser Förmlichen Anfrage.

Oberkirchenrat **Heckel, Prof. Dr. Ulrich:** Frau Präsidentin, hohe Synode! Im Text der Förmlichen Anfrage Nr. 01/15 zu Kirchenasyl im Raum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wird darauf verwiesen, dass gegenwärtig einige Kirchengemeinden in Württemberg erwägen, Kirchenasyl zu gewähren. Anlass dafür sei offensichtlich die zunehmende Zahl von zurückgewiesenen Asylsuchenden, die über ein anderes EU-Land nach Deutschland eingereist sind. Für deren Asylantrag ist also gemäß der sogenannten Dublin-Verordnung von 2003 das EU-Land zuständig ist, in das sie ursprünglich eingereist sind.

Im Alten Testament wird darauf verwiesen, dass Fremdlinge in der Gemeinschaft des Gottesvolkes nicht bedrückt werden sollen (3. Mose 19, 33 ff.), im Neuen Testament wird darauf verwiesen, dass wir, wenn wir Fremde bei uns aufnehmen, letztlich Christus selbst aufnehmen (Mt 25, 35 f.). Auch als Gemeinschaft von Christen in der EKD, der Landeskirche und den Kirchengemeinden treten wir dafür ein, dass das vom Grundgesetz gewährte Recht auf Asyl geachtet wird und wirksam ist. Dies geschieht öffentlich gegenüber der Politik wie in der helfenden Zuwendung zu denen, die hier als Flüchtlinge aus den Krisengebieten leben.

Immer wieder sind Situationen entstanden, in denen die beabsichtigte Abschiebung oder Zurückweisung für die Betroffenen lebensbedrohlich erschienen. Gerade bei Menschen, die von der Kirchengemeinde begleitet wurden, konnte das sogenannte Kirchenasyl in besonderen Fällen eine Möglichkeit sein, Zeit für eine genaue Überprüfung des Falles und das Ausloten der Möglichkeiten zur Hilfe oder auch zur Prüfung von Alternativen zu gewinnen.

Das sogenannte Kirchenasyl ist aber kein Rechtsinstitut neben dem staatlichen Recht, auf das sich Kirchengemeinden berufen könnten. Es stellt daher keine dauerhafte Alternative dar. Es hat letztlich den Charakter eines Apells an den Staat für den konkreten Einzelfall. Das Kirchenasyl muss daher den konkret betroffenen Menschen helfen können und darf deren Situation nicht noch verschärfen. Daher muss die sorgfältige Prüfung der tatsächlichen und rechtlichen Lage erfolgen mit Hilfe der Fachstellen der Diakonie und der Beratung des Oberkirchenrats. In früheren Fällen hat die fachliche und rechtliche Beratung vielfach zu Lösungen für die betroffenen Menschen geführt, sodass sich die Frage nach einem eventuellen Kirchenasyl erübrigte.

Es ist offensichtlich, dass eine Kirchengemeinde, die vor der Frage oder der Entscheidung steht, Kirchenasyl zu gewähren, einen Bedarf an Informationen, Beratung und Hilfen hat. Deshalb haben das Diakonische Werk und der Oberkirchenrat schon vor längerer Zeit eine Orientierungshilfe für solche Fälle herausgegeben, die in der Sache nach wie vor zutrifft. Sie nimmt die Situation in Baden-Württemberg besonders auf.

Die in der Förmlichen Anfrage genannte Handreichung „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt ...“. Kirchenasyl im Raum der evangelischen Landeskirchen, herausgegeben von der Evangelischen Landeskirche von Westfalen, der Evangelischen Landeskirche im Rheinland, der Lippischen Landeskirche und dem Diakonischen Werk Rhein-

(Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich)

land/Westfalen/Lippe bietet zweifellos grundlegende, umfassende und sehr hilfreiche Informationen zum Thema Kirchenasyl und deckt sich weitestgehend mit unserer Orientierungshilfe.

Der Oberkirchenrat nimmt gern die Anregung auf, die Kirchengemeinden auch auf diese Handreichung hinzuweisen. Wir werden prüfen, ob die Informationen für die Kirchengemeinden zu aktualisieren sind und wie eine solche Aktualisierung in geeigneter Form geschehen kann.

Schließlich ist im Zusammenhang mit dem Thema Kirchenasyl auch darauf hinzuweisen, dass das Diakonische Werk Württemberg derzeit zusammen mit den Asylpfarrämtern und Flüchtlingsdiakonaten zur gesamten Flüchtlingsthematik eine Handreichung mit dem Arbeitstitel „Flüchtlinge willkommen heißen, begleiten, beteiligen“ erarbeitet. Diese Handreichung möchte Kirchengemeinden anregen, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende vor Ort zu gestalten. Und nicht zuletzt soll auch daran erinnert werden, dass von der letzten Herbstsynode ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 1,4 Mio. € für Flüchtlingshilfen zur Verfügung gestellt wurde, je zur Hälfte für Hilfen in den Herkunftsländern und für Hilfen bei uns hier vor Ort.

Informationen und Ansprechpartner zum Thema Kirchenasyl für den Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg:

Informationen zum Thema Kirchenasyl:

- „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt ...“. Kirchenasyl im Raum der evangelischen Landeskirchen, herausgegeben von der Evangelischen Landeskirche von Westfalen, der Evangelischen Landeskirche im Rheinland, der Lippischen Landeskirche und des Diakonischen Werkes Rheinland/Westfalen/Lippe: [http://www.lippische-landeskirche.de/daten/kirchenasyl\(1\).pdf](http://www.lippische-landeskirche.de/daten/kirchenasyl(1).pdf)
- In Sachen Kirchenasyl. Eine Orientierungshilfe, von Volker Kaufmann, Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Abteilung Migration und Ökumene, 1998 (11 Seiten).
- „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (wird bei der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland als Nr. 12 in der Reihe „Gemeinsame Texte“ geführt): <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44670.html>
- Gewissensentscheidung und Rechtsordnung, Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD (EKD-Text Nr. 61), 1997, insbesondere Thesen 19, 26, 29, 35–50: <http://www.ekd.de/themen/44733.html>
- Beistand ist nötig, nicht Widerstand, Thesen zum Kirchenasyl, verabschiedet vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter Vorsitz von Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt, 9./10. September 1994.

Ansprechpartner für Kirchenasyl ist:

- Asylpfarrer und landeskirchlicher Beauftragter im Migrationsdienst:
Pfarrer Werner Baumgarten
Postfach 100221 | 70002 Stuttgart
Tel.: 0711/63 13 55
E-Mail: ak.asyl-stuttgart@t-online.de
werner.baumgarten@elkw.de
Homepage: www.elk-wue.de/rat-und-hilfe/seelsorge/asylpfarramt/

Weitere Ansprechpartner sind:

- Diakonisches Werk Württemberg
Ottmar Schickle, Referat Flüchtlingshilfen
Heilbronner Str. 180 | 70191 Stuttgart
Tel./Fax: 0711/1656 -283 / -492 83
E-Mail: schickle.o@diakonie-wuerttemberg.de
Homepage: <https://www.diakonie-wuerttemberg.de/rat-und-hilfe/menschen-mit-migrationshintergrund/>
<https://www.diakonie-wuerttemberg.de/flucht-und-asyl>
- Asylpfarramt Reutlingen
Pfarrerin z. A. Katrin Sältzer | Planie 17 | 72764 Reutlingen
Tel./Fax: 07121/ 94 86 -13 / -25
E-Mail: asylpfarramt@kirche-reutlingen.de
Pfarramt.Reutlingen.Asyl@elkw.de
Homepage: www.diakonie-reutlingen.de/diakonieverband-rt-angebote/asylpfarramt.html
- Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG):
<http://www.kirchenasyl.de/>

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel, für diese Information. Ich denke, diese Information ist insbesondere wichtig für unsere Kirchengemeinden, und sollte entsprechend veröffentlicht werden, damit dort die Information ankommt. Das ist sicher im Sinne dieser Anfrage.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Wir haben mit Frieden begonnen, und wir haben mit dem Thema Auswirkungen von Unfrieden, von Krieg, von Ungerechtigkeit in Form von Asyl geschlossen. Das Ganze hat unsere Tagung umschlossen.

Ich möchte Ihnen zunächst einmal herzlich für Ihre gute Mitarbeit und auch dafür, dass Sie ausgeharrt haben, danken. Ich habe es in den 18 Jahren noch nicht erlebt, dass eine Synode am Schluss so vollständig, wenn die Sitzung auch noch überzogen wurde, vorhanden war. Ganz herzlichen Dank für Ihr Dasein. Es ist nicht ganz selbstverständlich.

Weiterhin möchte ich mich bedanken bei den Referentinnen und Referenten, den Berichterstattern aus dem Oberkirchenrat, den Ausschussvorsitzenden, insbesondere dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, und auch dem Finanzausschuss selbst für seine gute Vorarbeit und allen, die sich an der Aussprache beteiligt haben.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, die vor der großen Herausforderung standen, mit einer neuen Synode an einem neuen Ort zu tagen. Sie machen sich keine Vorstellungen davon, was es da alles zu bedenken und zu organisieren gab, von einer neuen Sitzordnung bis zur Versorgung mit Steckdo-

(Präsidentin Schneider, Inge)

sen und WLAN. Die Geschäftsstelle war wirklich herausgefordert. Es war ein großer zusätzlicher Aufwand. Deshalb möchte ich mich bei der Leitung unserer Geschäftsstelle, Frau Ulrike Seibold, und ihren Mitarbeitern ganz besonders bedanken. Ein besonderer Dank gilt auch dem Medienhaus, das für die Übertragung des Viertelfinales gesorgt hat. (Beifall)

Das ganze Team des Hospitalhofs, insbesondere Herr Wallraven, war durch unsere Sonderwünsche herausgefordert und hat es sogar möglich gemacht, dass Bierbänke im Innenhof aufgestellt wurden und wir bis tief in die Nacht gemütlich zusammensitzen konnten. Ganz herzlichen Dank für Ihre Flexibilität. (Beifall) Für unser leibliches Wohl sorgten diesmal Herr Fischer und Herr Preiser vom Rudolfs mit ihren Mitarbeitern, also auch eine diakonische Einrichtung. Ganz herzlichen Dank. (Beifall)

Unser Dank gilt auch Ihnen, liebe Stenografinnen und Stenografen, und den Damen aus dem Oberkirchenrat, die Sie nie gesehen haben, die jedoch da hinten in der Hitze des Tages gleich die ganzen Protokolle getippt haben, und damit Sie zum Teil die Protokolle schon hier korrigieren konnten. Herzlichen Dank für Ihre Mühe. (Beifall)

Ein herzlicher Gruß geht an die Vertreter der Medien, von denen einige bis heute Abend ausgehalten haben, und die dafür sorgen, dass man im Land draußen erfährt, was hier besprochen und beschlossen wurde. Ein herzlicher Gruß gilt auch den Zuhörern dieser Tagung, die noch hier sind. Natürlich danke ich den Herren und Damen vom Oberkirchenrat, die auch bis zum Schluss ausgeharrt haben. (Beifall)

Vor der Synode liegt noch die eine oder andere Sitzung, z. B. vom Finanzausschuss, und noch andere Aufgaben. Ich möchte Ihnen, liebe Synodale und Ihnen, liebe Damen und Herren aus dem Kollegium, von dieser Stelle aus eine schöne und erholsame Urlaubszeit wünschen. Gott behüte Sie auf Ihren Wegen.

Nun gab es noch einen Zwischenruf.

(Zwischenruf **Bleher, Andrea**: Schließlich und endlich wollen wir dem neuen Präsidium danken, dass ihr uns so souverän durch diese erste gemeinsame Tagung geführt habt.) (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Damit sind wir am Ende der Tagung angelangt. Ich schließe die Sitzung und bitte Herrn Landesbischof July um sein Schlusswort.

Landesbischof **July, Dr. h.c. Frank O.**: Frau Bleher hat das Schlusswort von mir schon etwas verkürzt, denn der Dank an das Präsidium steht bei mir auch immer oben an. Ich danke Ihnen auch noch einmal herzlich für dieses Zusammenspiel zum ersten Mal am neuen Ort.

Ich will es in Anbetracht der Zeit wirklich kurz machen, aber noch einmal auch im Hinblick auf die Debatte, die wir heute im Rahmen der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung hatten und wo wir die Fragen, die Missstände, die Perspektiven, die uns Sorgen machen, angesprochen haben. Es gab dann aber auch ein Votum, ich glaube,

Herr Eißler hat es gesagt, wo gesagt wurde, das Glas sei halb voll. Deshalb möchte ich anhand unserer Tagesordnung daran erinnern, dass wir in Württemberg einen Gabenreichtum haben, den wir manchmal, weil er für uns selbstverständlich ist, nur routiniert beiseite legen. Aber wir haben gelernt, auch in der neueren ekklesiologischen Forschung, dass gabenorientiertes Betrachten oftmals hilfreich ist.

Wir haben über das Reformationsjubiläum nachgedacht; das wir uns unserer geschichtlichen Herkunft und der Gabe der Reformation versichern dürfen und können, damit wir neue Perspektiven für die Zukunft gewinnen. Das ist ein wichtiges Identitätsmerkmal. Wir haben die Gabe der Finanzen in unserer Landeskirche, die reichlich fließen. Bei meinen Begegnungen und bei den Bildern aus Busan ging mir das wieder durch den Kopf. Im Lutherischen Weltbund wird mir immer wieder deutlich, dass wir mit unserer Ausstattung, mit unseren Finanzen, mit unseren Ressourcen, mit unseren Personalien und unseren Projekten fast ein Alleinstellungsmerkmal haben. Die große Mehrheit der Kirchen in dieser Welt ist nicht in dieser guten Verfassung, und deshalb sollten wir diese Gaben auch immer wieder annehmen und bewusst sehen, welche Fülle wir hier haben.

Wir haben die Gabe des diakonischen Hilfsvermögens, damit wir in der Lage sind, diakonisch zu handeln in diesem Land und über dieses Land hinaus, indem wir andere Kirchen unterstützen. Wir haben auch bei der Diskussion über die Beschäftigungsgutscheine gesehen, welche Gaben uns anvertraut sind. Eins möchte ich schon sagen, weil es ein Votum gab, dass ich zwar richtig verstanden habe, das aber einen missverständlichen Eindruck hätte erwecken können: „... solange wir uns das noch erlauben können.“ So wurde es gesagt. Die Gabe der Diakonie und des diakonischen Tuns und sich an den Ärmsten zu orientieren, ist keine Sache, die „nice to have“ ist (Beifall), sondern zum ekklesiologischen Grundbestand unserer Kirche gehört. Mich hat sehr beeindruckt, dass mein Rottenburger Amtskollege Bischof Fürst einmal gesagt hat, als es um die Frage der Asylanten und Flüchtlinge ging, das sei eine Sache – das Rottenburger Bistum hat ja Sankt Martin zum Heiligen – die gehöre zur Identität der „Rottenburger Ekklesiologie“. Deshalb sollten wir mit unserer Diakonie nicht dahinter zurückfallen.

Vielen Dank, dass wir hier auch arbeiten konnten und diese Gabe der Diakonie, die uns anvertraut ist, beschließen konnten. Wir haben, so denke ich, auch die Gabe der Selbstreflexion. Das gehört dazu in einer Kirche in dieser Gesellschaft mit dieser Verantwortung, und es ist ein Geschenk, dass wir nicht immer in der Unmittelbarkeit des eigenen Erfahrens und der eigenen Eindrücke bleiben. Die haben wir auch, die brauchen wir auch. Mit Hilfe der Untersuchungen, die wir hatten, KMU, die Sinus-Studie, die Auswertungen der Wahl, können wir sehen, was in unserer Kirche weiter zu reflektieren und zu bedenken ist. Es ist eine Gabe des Protestantismus, auch des Württembergischen Protestantismus, dass er sich neben allem starken und tiefen Glauben auch die Spiritualität entschuldigen Sie, dass ich jetzt dieses Wort benutzen der Reflexion gönnt. Auch das gehört dazu, dass eine Kirche aus der Unmittelbarkeit heraus in die Distanz geht, um dann wieder in der Unmittelbarkeit der Verkündigung und des Frömmigkeitslebens zu existieren.

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Wir haben die Gabe, auch das haben wir gehört, der ökumenischen Verbundenheit weltweit. Wir haben vom ÖRK aus Busan berichtet bekommen. Ich könnte einiges aus dem Lutherischen Weltbund dazunehmen. Wir haben vom Gustav-Adolf-Werk gehört, wir kennen unsere Missionsgesellschaften und das EMS. All das bewahrt hoffentlich und immer wieder unsere Württembergische Landeskirche vor einer ekklesiologischen Selbstgenügsamkeit und einem Provinzialismus und öffnet uns die Augen für die Gemeinschaft der weltweiten Geschwister, wo immer sie leben mögen. Wir haben die Gabe des kirchlichen Lebens in unserer Landeskirche. Der Tagesordnungspunkt der Agendenarbeit weist darauf hin, dass kirchliches Leben auch immer wieder eine begleitende Ordnung braucht. Die Agenden sind „geistliche Begleithefte“ des gelebten Glaubenslebens in unserer Landeskirche. Auch das ist eine Gabe der Agenden und der kirchlichen Ordnung, damit wir uns nicht bei jedem Gottesdienst, nicht bei jeder Kasualie oder bei jeder kirchlichen Angelegenheit neu erfinden müssen, sich nicht jede Pfarrerin und jeder Pfarrer neu erfinden muss. Das ist übrigens auch etwas Wohltuendes in einer Kirche, das uns zusammenführt und auf das man sich verlassen kann.

Wir haben als letztes, das stand nicht auf der Tagesordnung, doch, es gab einen Hinweis, die Gabe des gemeinsamen Fußballschauens. Es war eine neue Erfahrung für mich, wie Herr Daferner dann doch mal kräftige Zwischenrufe machte vor dem Bildschirm. Es war eine

schöne Erfahrung, die wir uns nicht jedes Mal wünschen können, aber es zeigt, dass die Gabe des gemeinsamen Feierns, der gemeinsamen Begegnung etwas sehr Wertvolles ist für das synodale Zusammenwachsen. In diesem Sinne, danke ich Ihnen für den Reichtum des Gabenteilens bei dieser Synode.

Nun wollen wir uns auf den Sommerweg machen, die Präsidentin hat es schon gesagt, und wir wollen auf allen unseren Wegen gesegnet sein. Und deshalb singen wir noch miteinander das Lied 565 Herr, wir bitten, komm und segne uns. (Die Synode singt das Lied 565)

(Lied) (Segen)

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Ich vertage die Synode.

(Ende der Sitzung: 16:52 Uhr)

Zur Beurkundung:

Stuttgart, den 26. September 2014

Jutta Henrich

Vorsitzende des Protokollausschusses

